

Pia Eberhardt

FINANZLOBBY: IM AUFTRAG DES GELDES

Wie die Finanzlobby in Deutschland die Politik beeinflusst

DEZEMBER 2022





Finanzwende Recherche Motzstraße 32 | 10777 Berlin info@finanzwende-recherche.de

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung	3
1) Einleitung	6
2) Ziemlich beste Freunde – die Finanzlobby und ihre Nähe zur deutschen Politik	7
2.1 Die Finanzlobby: Akteur*innen, Ressourcen, Trends	7
2.2 Der gekaperte Staat: Seitenwechsel, Nebeneinkünfte und geheime Kungeleien	17
3) Denn sie wissen, was sie tun – wie die Finanzlobby arbeitet	25
3.1 Die Vorarbeit: Kontakte, Informationen, geschlossene Reihen	25
3.2 Government Affairs: direktes Lobbying von Parlament und Regierung	29
3.3 Deep Lobbying: Beeinflussung von Öffentlichkeit und Gesellschaft	42
4) Der 341-Milliarden-Euro-Schaden – wie die Finanzlobby auf Kosten der Allgemeinheit agiert	49
4.1 Champions League des Lobbyismus: Wirecard und die helfenden Hände von Politik und Behörden	50
4.2 Tausend Tode eines Jahrhundertprojekts: wie die Finanzlobby die Finanztransaktionssteuer bekämpfte	56
4.3 Rendite statt Rente: die nie enden wollende Kampagne für die Riester-Rente	61
4.4 Für Greenwashing, Gas und Atomkraft: So lobbyierte die Finanzbranche rund um die EU-Taxonomie	67
4.5 Organisierte Kriminalität in Nadelstreifen: der CumEx-Steuerraub und die Politik	72
4.6 Kniefall vor der Lobby: das Baseler Regelwerk und das zu geringe Eigenkapital der Banken	77
4.7 Auf Kosten der Verbraucher*innen: Provisionsvertrieb bei Finanzprodukten	83
5) Von Transparenz bis Entflechtung – den Einfluss der Finanzindustrie begrenzen	88
Ouellenverzeichnis	90

ZUSAMMENFASSUNG

Bisher gab es keine systematische Analyse der Finanzlobby in Deutschland sowie der Kosten, die sie für die Gesellschaft verursacht.

Finanzwende Recherche möchte das ändern. Ende 2020 hat die Bürgerbewegung Finanzwende bereits eine erste quantitative Untersuchung der Finanzlobby in Deutschland vorgelegt, inklusive erster Schätzungen zu Lobby-Budgets und der Zahl der Lobbyist*innen. **Die Studie "Die Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes" taucht nun tiefer ein** und dokumentiert Einfluss, Strategien und Taktiken der Finanzlobby, mit denen es ihr immer wieder gelingt, Gesetzesvorhaben im eigenen Interesse zu beeinflussen. Fallstudien zu Verbraucher*innenschutz (Riester-Rente und Provisionsverbot für Finanzprodukte), Finanzmarktregulierung (Finanztransaktionssteuer und Eigenkapitalauflagen für Banken), Wirtschaftskriminalität (CumEx und Wirecard) sowie der ökologischen Finanzwende (EU-Taxonomie) veranschaulichen Macht und Vorgehensweise der Lobby.

ZENTRALE ERKENNTNISSE:

- 1. Finanzlobbyismus betreiben viele Akteur*innen. Dazu gehören Unternehmen wie der Finanzvertrieb Deutsche Vermögensberatung (DVAG) und der Versicherungskonzern Allianz, Verbände wie der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und der Deutsche Fondsverband (BVI) sowie Kanzleien, Agenturen und Einzelpersonen, die für die Finanzbranche lobbyieren. Wirecard beispielsweise zahlte 62 Millionen Euro an solche Auftragslobbyist*innen, um Unterstützung in Politik und Behörden zu mobilisieren die der Konzern trotz jahrelanger Hinweise auf seine kriminellen Machenschaften auch erhielt.
- 2. **Die Finanzlobby gehört zu den am stärksten aufgestellten Lobby-Branchen.** Im November 2022, knapp ein Jahr nach Einführung des Lobbyregisters für Bundesregierung und Bundestag, waren 11 der 101 finanzstärksten Lobbyakteur*innen Banken, Versicherungsunternehmen und Investmentgesellschaften. Die mächtige Autolobby war nur mit 6 Einträgen unter den Top 100 vertreten, die zweitstärkste Branche, der Energiesektor, mit 9. Der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) allein hat ein Lobbybudget von gut 15 Millionen Euro so viel wie kein anderer. Und in diesen Zahlen ist die Lobbyarbeit in Brüssel, in den Bundesländern und gegenüber Aufsichtsbehörden noch nicht einmal erfasst.
- 3. Dank ihrer Ressourcen kann die Finanzlobby hunderte politische Initiativen beeinflussen. Die Deutsche Kreditbank (DKB) begleitet über 1.000 Gesetzesverfahren und politische Initiativen jährlich. Der Bundesverband Investment und Asset Management (BVI) brüstet sich damit, an allen Stationen der Gesetzgebung mitzuwirken. Der Bankenverband damit, dass er mit mehreren Ministerien und dem Kanzleramt in regelmäßigem intensiven Austausch steht. Die Finanzlobby sitzt in Beratungsgremien, flutet die Politik mit Papieren und liefert sogar fertige Passagen für Gesetzestexte. Zivilgesellschaftliche Gruppen mit weniger Ressourcen können diesen Aufwand nicht betreiben. Das zeigt sich bei Gesetzesentwürfen: Im Schnitt kam bei Referent*innen-Entwürfen des Finanzministeriums zwischen 2014 und 2020 auf neun Stellungnahmen der Finanzlobby nur eine aus der Zivilgesellschaft ein deutliches Ungleichgewicht.
- 4. Allein die Lobbyarbeit gegen die Finanztransaktionssteuer und höhere Eigenkapitalauflagen für Banken sowie der Lobbyismus im Kontext der CumEx-Betrügereien haben nach Schätzungen verschiedener Expert*innen Schäden in Höhe von mindestens 341 Milliarden Euro allein für

Steuerzahler*innen verursacht. Da für zahlreiche andere Fälle, in denen sich die Finanzlobby durchgesetzt hat, keine derartigen Schätzungen vorliegen, dürfte der finanzielle Gesamtschaden für Wirtschaft um Gesellschaft um ein Vielfaches höher liegen. Hinzu kommen in vielen Fällen teils erhebliche finanzielle Schäden für Verbraucher*innen – und der kaum messbare Schaden, den eine Demokratie erleidet, wenn Bürger*innen sich nicht mehr von der Politik vertreten fühlen.

- 5. Personelle Verflechtungen ermöglichen erstklassigen Zugang zu Entscheidungsträger*innen. Mit Seitenwechsler*innen aus der Politik erkauft sich die Finanzlobby Insiderwissen und wertvolle Kontakte dahin, wo Gesetze vorbereitet und beraten werden. Seitenwechsler*innen aus der Finanzlobby besetzen Schlüsselpositionen in der Politik. Mit Posten und Gefälligkeiten werden Politiker*innen wohlgesonnen gestimmt, über gewachsene Beziehungen wird Einfluss ausgeübt. Expert*innen sehen in den Netzwerken zwischen Finanzlobby und Politiker*innen den Grund dafür, dass Finanzpolitik häufig zugunsten einiger weniger und zulasten der vielen wirkt.
- 6. Über Mitgliedschaften knüpft die Finanzlobby ein dichtes Netz von Verbündeten, die ihren Einfluss verstärken. So ist die Deutsche Bank Mitglied in 57 Organisationen vom naheliegenden Bankenverband über Eliten-Netzwerke wie der Atlantik-Brücke bis zu Lobbygruppen, die politischen Parteien nahestehen, etwa dem Wirtschaftsrat der CDU. Rechnet man die Ressourcen aller Vereine und sonstiger Organisationen zusammen, in denen die Bank Mitglied ist, zeigt sich eine beeindruckende Lobby-Power mit einem Budget von mehr als 26 Millionen Euro und mehr als 600 Lobbyist*innen.
- 7. **Die Finanzlobby bedient sich einer Vielzahl an Lobby-Techniken**: von Gesprächen hinter verschlossenen Türen über Auftragsgutachten bis zur Beziehungspflege über Parteispenden und Sponsoring. Durch Gemeinwohl-Rhetorik ("Das schadet der Realwirtschaft" oder "Die kleinen Sparer*innen zahlen den Preis") präsentiert sie sich als Partnerin der Politik. Mit irreführender Rhetorik und Panikmache gelingt es ihr immer wieder, Politik zu verunsichern und so Regulierungen zu verzögern, zu verwässern oder über eine Vielzahl an Ausnahmen hyperkomplex zu machen.
- 8. Immer wieder mobilisiert die Finanzlobby andere Teile der Privatwirtschaft für ihre Interessen. So haben sich große Firmen und Verbände der Realwirtschaft bei der Diskussion um eine Finanztransaktionssteuer und höhere Eigenkapitalauflagen für Banken auf die Seite der Finanzbranche geschlagen, die beides bekämpfte. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass sich in der Finanzregulierung mehr Außenseiter engagieren als in anderen Politikfeldern also Lobbygruppen, die nicht dem zu regulierenden Sektor angehören. Durch die Fähigkeit, vielfältige Verbündete zu organisieren, verstärkt die Finanzlobby ihren Einfluss.
- 9. **Mit dem sogenannten Deep Lobbying zielt die Finanzbranche auf die Gesellschaft als Ganzes.** Mit Lehrmaterialien, Unterrichtsbesuchen und Wettbewerben propagiert die Finanzlobby an Schulen eine positive Haltung zum Finanzmarktkapitalismus. Werbung, Sponsoring und die Beeinflussung von Medien und Wissenschaft tragen dazu bei, in der Öffentlichkeit ein positives Bild der Branche zu zeichnen und die eigenen Ziele für die Masse wünschenswert erscheinen zu lassen. So war die Einführung der Riester-Rente auch das Resultat einer langjährige PR- und Medien-Kampagne der Finanzindustrie, in der von ihr finanzierte, vermeintlich unabhängige Institute und Sachverständige eine wichtige Rolle spielten.

- 10. Selbst bei divergierenden Interessen gelingt es der Finanzlobby häufig, mit einer Stimme sprechen. So war es zum Beispiel nach dem großen Finanzcrash 2008, als die Politik Großbanken schrumpfen und strikter regulieren wollte: Kleine Geldinstitute stellten sich auf die Seite der großen und gegen Vorschläge wie höhere Eigenkapitalauflagen obwohl diese Wettbewerbsnachteile für kleinere Institute verringert hätten.
- 11. Im Krisenfall setzen Teile der Finanzlobby auf Leugnung, Desinformation und das Mundtot-Machen von Kritiker*innen. So wurden Journalist*innen, die den Wirecard-Skandal mit aufdeckten, bespitzelt, bedroht und mit Klagen überzogen. Auch bei CumEx wurden Journalist*innen durch aggressive Medienanwält*innen, Verleumdungen und Strafverfahren immer wieder an ihrer Arbeit gehindert.
- 12. **Die Bundesregierung scheint ihre Kungeleien mit der Finanzlobby vor der Öffentlichkeit verbergen zu wollen.** So verweigerte das Finanzministerium bei Anfragen auf Basis des Informationsfreiheitsgesetzes die Auskunft über Lobbytreffen von Olaf Scholz in seiner Zeit als Finanzminister sowie über die Kontakte des Ministeriums mit Lobbyist*innen des Bankenverbands.
- 13. Den Lobbyeinfluss der Finanzindustrie zurückzudrängen ist eine Zukunftsaufgabe. Einen Beitrag dazu leisten könnten Transparenz und eine ausgewogene Beteiligung bei Lobbykontakten; eine Lobby-Spur für Gesetze, die transparent macht, wer wann Einfluss auf Gesetzesentwürfe genommen hat; schärfere Regeln zur Vermeidung von Interessenkonflikten; mehr Transparenz und strenge Grenzen für Parteispenden und Sponsoring; sowie Vorschläge zur Schrumpfung des Finanzsektors und zur Stärkung von gesellschaftlicher Gegenmacht. Das wichtigste Gegenmittel zu einer von der Finanzlobby getriebenen Politik im Auftrag des Geldes ist eine starke Zivilgesellschaft, die kritisch nachfragt, sich einmischt, recherchiert, auf die Straße geht. Denn tatsächlich zeigt die Lobbyismus-Forschung: Öffentliche Aufmerksamkeit und die Präsenz lauter, gut vernetzter zivilgesellschaftlicher Stimmen können der Finanzlobby die Stirn bieten.

1) **EINLEITUNG**

Die Finanzlobby fügt Ihnen und den Menschen in ihrer Umgebung erheblichen Schaden zu. So lassen sich die Ergebnisse von Forscher*innen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zusammenfassen, die den Lobbyismus der US-Finanzbranche vor der Krise 2007/08 untersucht haben.¹ Ihr Fazit: Die Lobbyarbeit habe Regulierung verhindert, wodurch Finanzinstitute übermäßige Risiken eingehen konnten, die wiederum zur größten Wirtschaftskrise seit der Großen Depression geführt haben. Die Folgen sind bis heute spürbar.

Für Deutschland gab es bisher keine derart systematische Analyse der Finanzlobby sowie der Kosten, die sie für die Gesellschaft produziert. Der frühere Bundestagsabgeordnete Marco Bülow spricht daher von einer "mächtigen Schattenlobby", die trotz massiver Wirkung kaum beachtet werde.

Finanzwende Recherche möchte das ändern. Ende 2020 hat die Bürgerbewegung Finanzwende bereits eine erste quantitative Untersuchung der Finanzlobby in Deutschland vorgelegt, inklusive vorläufiger Schätzungen zu Lobby-Budgets und der Zahl der Lobbyist*innen.² Die Studie "Die Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes" taucht nun tiefer ein und dokumentiert umfangreich **Einfluss, Strategien und Taktiken der Finanzlobby**, mit denen es ihr immer wieder gelingt, Gesetzesvorhaben in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Daraus ergeben sich erste Hinweise auf die massiven Kosten, die der Lobbyismus der Finanzbranche für die Gesellschaft produziert: Allein die Lobbyarbeit gegen die Finanztransaktionssteuer und höhere Eigenkapitalauflagen für Banken sowie der Lobbyismus im Kontext der CumEx-Betrugsfälle haben nach Schätzungen verschiedener Expert*innen Schäden in Höhe von 341 Milliarden Euro allein für Steuerzahler*innen verursacht. **Ein hoher Preis für den Lobbyismus im Namen des Geldes.**

Im Folgenden dokumentieren wir zentrale Akteur*innen der deutschen Finanzlobby, ihre Ressourcen, die Trends der Branche sowie ihre zahlreichen Drähte in die Politik (Kapitel 2). Anschließend geht es darum, wie die Finanzlobby arbeitet - in ihren eigenen Reihen ebenso wie gegenüber politischen Institutionen, Öffentlichkeit und Gesellschaft (Kapitel 3). In sieben Fallstudien aus den Bereichen Verbraucher*innenschutz (Riester-Rente und Provisionsverbot für Finanzprodukte), Finanzmarktregulierung (Finanztransaktionssteuer und Eigenkapitalauflagen für Wirtschaftskriminalität (CumEx und Wirecard) und ökologische Finanzwende (EU-Taxonomie) werden die Strategien und Taktiken der Finanzlobby dann konkret veranschaulicht (Kapitel 4). Abschließend werden Vorschläge aus der Zivilgesellschaft dargestellt, mit denen sich die Macht der Finanzlobby begrenzen lässt (Kapitel 5).

2) ZIEMLICH BESTE FREUNDE – DIE FINANZLOBBY UND IHRE NÄHE ZUR DEUTSCHEN POLITIK

2.1 DIE FINANZLOBBY: AKTEUR*INNEN, RESSOURCEN, TRENDS

Gerade einmal 170 Meter liegen zwischen der Berliner Wilhelmstraße 43 und der Wilhelmstraße 97. Nur zwei Minuten Fußweg, den Lobbyist*innen des mächtigen Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) zurücklegen müssen, wenn sie im Bundesfinanzministerium vorstellig werden wollen. Seit 2007 befindet sich der Sitz des GDV in unmittelbarer Nähe zum Finanzministerium.

Und der GDV ist nicht alleine. Seit Berlin 1999 Parlaments- und Regierungssitz wurde, haben sich im Herzen der Hauptstadt zig Unternehmen und Verbände niedergelassen, die Nähe zu den politischen Entscheidungsträger*innen suchen. **Denn eines der wichtigsten Lobby-Instrumente ist der persönliche Draht.** Und der lässt sich leichter herstellen, wenn das eigene Büro um die Ecke liegt. Bei einem Bier ließen sich eben leichter Kontakte knüpfen, sagte ein GDV-Lobbyist einmal im Gespräch mit dem *Manager Magazin*.³

DIE FINANZLOBBY IM REGIERUNGSVIERTEL



"Gute Lobbyisten brauchen permanenten Zugang zu den wichtigsten Entscheidern […] Das bekommen Sie nur nach jahrelanger Arbeit in der Nähe der Entscheider hin."

Mitarbeiter einer Lobbyfirma⁴

"Eine Parallelwelt des Politikbetriebs" nennen die Journalisten Uwe Ritzer und Markus Balser die Branche der Lobbyist*innen in ihrem Buch "Lobbykratie". **Eine Welt, die sich darauf spezialisiert habe, gegenüber Parlamenten und Regierungen Interessen durchzusetzen, obwohl sie keinerlei demokratisches Mandat dafür habe.** Die Finanzlobby ist in dieser Welt ganz vorne mit dabei: Im Dezember 2022, knapp ein Jahr nach dem Start des Lobbyregisters für Bundesregierung und Bundestag, waren 10 der 100 finanzstärksten Lobbyakteur*innen Banken, Versicherungsunternehmen und Investmentgesellschaften. Die mächtige Autolobby war nur mit 6 Einträgen unter den Top 100 vertreten, die zweitstärkste Branche, der Energiesektor, mit 9.

DIE MACHT DER FINANZLOBBY IN ZAHLEN

- Unter den 101 Organisationen mit den größten Lobbybudgets ist **keine Branche so stark vertreten wie die Finanzlobby**. Im November 2022, nach knapp einem Jahr Lobbyregister für Bundesregierung und Bundestag, kamen 11 Einträge von Banken, Versicherungsunternehmen und der Asset Management Branche. Die mächtige Autolobby war nur mit 6 Einträgen unter den Top 100 vertreten, die am zweitstärksten vertretene Branche, der Energiesektor, mit 9.6
- **295 Organisationen** der Finanzlobby haben zwischen 2014 und 2020 nachweislich versucht, die deutsche Politik zu beeinflussen. Sie standen 79 NGOs, Kirchen, Gewerkschaften und Verbraucher*innenorganisationen gegenüber ein Verhältnis von fast **4:1.**⁷
- Nach vorläufigen Schätzungen der Bürgerbewegung Finanzwende aus dem Jahr 2020 arbeiten 1.500 Personen für Verbände und Unternehmen der Finanzlobby.⁸ Das sind 33 Lobbyist*innen für jede*n der derzeit 45 Bundestagsabgeordneten im Finanzausschuss.
- Die Finanzindustrie gibt laut vorläufigen Schätzungen von Finanzwende aus dem Jahr 2020 pro Jahr 200 Millionen Euro für ihre Lobbyarbeit in Deutschland aus.⁹
- Der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) allein hat laut Lobbyregister ein Lobbybudget von gut 15 Millionen Euro. Der GDV beschäftigt zwischen 141 und 150 Lobbyist*innen. 10 Die Lobbyarbeit des GDV in Brüssel, in den Bundesländern und gegenüber Aufsichtsbehörden ist in diesen Zahlen noch nicht einmal erfasst.
- Dank ihrer Übermacht schafft es die Finanzlobby, im Durchschnitt 9 Mal mehr Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen des Finanzministeriums abzugeben als die Zivilgesellschaft – ein wichtiger Kanal der politischen Einflussnahme.¹¹

DAS WHO IS WHO DER FINANZLOBBY

Wer ist das überhaupt, die Finanzlobby?

Grob lassen sich vier Gruppen unterscheiden:









- Einzelne Finanzunternehmen wie die Deutsche Bank, der Versicherungskonzern Allianz, die Investmentgesellschaft Union Investment oder der Finanzvertrieb Deutsche Vermögensberatung (DVAG);
- Branchenverbände wie der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), der Bundesverband deutscher Banken (BdB), der Deutsche Fondsverband (BVI) oder der Bundesverband Deutscher Vermögensberater (BDV);
- Kanzleien und Agenturen, die unter anderem für die Finanzbranche Lobbyarbeit leisten. Beispiele sind Lobbyagenturen wie MSL (arbeitet unter anderem für den Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute) und FGS Global (lobbyiert unter anderem für den weltgrößten Vermögensverwalter BlackRock) sowie die Kanzlei Freshfields (mit einer wichtigen Rolle im CumEx-Skandal, siehe Kapitel 4.5);
- **Einzelpersonen**, die für die Finanzbranche lobbyieren, ohne einer Agentur, einem Aufsichtsrat oder ähnlichem anzugehören. Beispiele sind der frühere Bundesfinanzminister und SPD-Politiker Peer Steinbrück, der als Senior Advisor des Vorstands die ING-Bank berät, 12 und zahlreiche ehemalige Politiker*innen, die auf Honorarbasis für den Betrugskonzern Wirecard lobbyierten (siehe Kapitel 4.1).

"Mein Stundensatz ist 650 Euro."

Karl Jurka, Lobbyist, arbeitet unter anderem für internationale Finanzkonzerne 13

Die einzelnen Unternehmen und Verbände beschäftigen jeweils eigene Lobbyist*innen und haben teilweise stattliche Budgets zur Verfügung, um Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Allein der GDV lässt sich seine Lobbyarbeit auf Bundesebene gut 15 Millionen Euro im Jahr kosten und beschäftigt zwischen 141 und 150 Lobbyist*innen. Sie schwirren aus, um Abgeordnete, Regierungsmitglieder, Parteien und Mitarbeiter*innen in Abgeordnetenbüros und Ministerien zu bearbeiten. Sie spannen Wissenschaftler*innen für ihre Zwecke ein, platzieren ihre Positionen in Massenmedien und versuchen, mit Bildungsmaterialien an Schulen junge Menschen in ihrem Sinne zu prägen. **Die Lobbyismus-Forschung spricht von einer "Artenvielfalt" der Lobby-Akteur*innen und einer "Pluralität der Strategien" zur Einflussnahme.** 14 "Da den Durchblick zu behalten, zu wissen, mit wem Du gerade sprichst, ist schon herausfordernd", sagt eine ehemalige Mitarbeiterin eines Europaabgeordneten. 15

DIE TOP 10 FINANZLOBBY-GRUPPEN NACH BUDGETS

	Unternehmen oder Verband	Jährliches Lobbybudget ¹⁶	Lobbyist*innen ¹⁷	Beispiele für Seitenwechsler*innen
1	Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft	15.040.001 bis 15.050.000 Euro (2021)	141 bis 150	Jörg Asmussen, Ex- Staatssekretär im Finanzministerium, leitet den Verband seit 2020. 18
2	Bundesverband deutscher Banken	6.930.001 bis 6.940.000 Euro (2021)	61 bis 70	Dietmar Schwarz, stellvertretender Direktor, war vor seinem Wechsel zum Verband 2020 in der EU-Vertretung Hessens und im Auswärtigen Amt jeweils zuständig für Finanzpolitik. ¹⁹
3	Deutscher Sparkassen- und Giroverband	3.660.001 bis 3.670.000 Euro (2021)	91 bis 100	Friedrich Paulsen, Ex- Büroleiter des Bundestagsabgeordneten Bernhard Daldrup, koordiniert seit 2016 die Lobbyarbeit des Verbands. ²⁰
4	Deutsche Bank	3.570.001 bis 3.580.000 Euro (2021)	41 bis 50	Sigmar Gabriel, Ex-Minister und Vizekanzler, sitzt seit 2020 im Aufsichtsrat der Bank. ²¹
5	Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands	3.110.001 bis 3.120.000 Euro (2021)	41 bis 50	Iris Bethge-Krauß war unter anderem Büroleiterin und Pressesprecherin der heutigen Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen. Sie führt den Verband seit 2017. ²²
6	Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken	2.750.001 bis 2.760.000 Euro (2021)	61 bis 70	Daniel Quinten, seit 2022 im Vorstand des Verbands, war früher bei der Bundes- bank, unter anderem als Abteilungsleiter für Fragen der Bankenaufsicht. ²³
7	Commerzbank	2.370.001 bis 2.380.000 Euro (2021)	21 bis 30	Heiner Herkenhoff, in den 90er Jahren Büroleiter von Bundeskanzler Helmut Kohl, ist seit 2000 bei der Bank, heute als Leiter der Öffentlichkeitsarbeit. ²⁴

8	Bundesverband Investment und Asset Management	2.060.001 bis 2.070.000 Euro (2021)	21 bis 30	Sebastian Oys ist seit 2019 beim Verband und arbeitete vorher für den CDU- Bundestagsabgeordneten Fritz Güntzler, zuletzt als sein Büroleiter. ²⁵
9	Verband der privaten Krankenversicherung	1.590.001 bis 1.600.000 Euro (2021)	31 bis 40	Tim Genett, Leiter der Abteilung Politik, war vor seinem Wechsel zum Verband Büroleiter des CDU- Bundestagsabgeordneten Günter Baumann. ²⁶
10	R+V Versicherung	1.490.001 bis 1.500.000 Euro (2021)	11 bis 20	Florian Gerster, unter anderem Ex-Chef der Bundesagentur für Arbeit, ist Berater für betriebliche Altersvorsorge. ²⁷

Stand: 22. November 2022

GLAMOURÖSE REPRÄSENTANZEN UND LOBBY-NEULINGE

Die Finanzlobby unterliegt einem ständigen Wandel. So verlassen sich Unternehmen schon seit Ende der 1990er Jahre nicht mehr darauf, dass Branchenverbände ihre Interessen ausreichend vertreten. ²⁸ Komplementär zu ihrer Mitgliedschaft in Verbänden unterhalten sie eigene Hauptstadtbüros und suchen den direkten Draht zu Parlament, Ministerien und Medien. Zum Beispiel im Haus der Commerzbank, dem Allianz Forum oder dem DZ-Bank-Gebäude am Brandenburger Tor, **alle in unmittelbarer Nähe zum Kanzleramt und dem Bundestag**. In den teils glamourösen Räumlichkeiten trifft sich die Berater*innenelite des Landes.

"Von der Tagung bis zum Galadiner – wo Unternehmer, Botschafter und Politiker reden."

Aus einer Werbebroschüre für die Repräsentanz der DZ Bank im Berliner Regierungsviertel²⁹

Von protzigen Repräsentanzen und fetten Lobbybudgets ist die FinTech-Branche noch entfernt. Eine Lobbyregister-Suche nach 'Fintech' generierte im November 2022 gerade einmal neun Treffer (aus über 5.440 Einträgen). Der Neobroker Trade Republic und die Versicherungsplattform Wefox betrieben laut Register zu diesem Zeitpunkt selbst noch keine eigene Lobbyarbeit. Andere Fintechs wie der Neobroker Scalable Capital, ³0 die Neobank N26 ³1 oder der Online-Marktplatz für Geldanlagen Raisin ³2 gaben verhältnismäßig kleine Lobbybudgets zwischen 0 und 20.000 Euro an. Einen deutschen Verband der Fintech-Branche gibt es noch gar nicht. Aber: **2021/22 lobbyierten Neobroker schon ganz klassisch und erfolgreich beim Finanzministerium gegen ein EU-Verbot ihres Gebührenmodells** – mit Hinterzimmer-Gesprächen, Auftragsstudien und so weiter. ³3 Es ist davon auszugehen, dass die Branche auch in Sachen Lobbyismus bald noch konkurrenzfähiger sein wird.

LOBBYIST*INNEN ZUM MIETEN

Agenturen könnten bei der Arbeit der Finanzlobby eine wichtige Rolle spielen. "Diskrete Helfer der Konzerne" nennen Markus Balser und Uwe Ritzer diese Lobby-Dienstleister – oder, etwas spitzzüngiger, "Lobbysöldner". ³⁴ Andere sprechen von "Lobbyisten, die man mieten kann". ³⁵ Sie sind in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden der Hauptstadt der Republik geschossen. **In der Öffentlichkeit kennt sie eigentlich niemand.** Sie tragen Namen wie EUTOP, MSL, Gauly Advisors oder Berlin Global Advisors. Oder FGS Global – die Lobbyagentur, die unter anderem für BlackRock arbeitet. ³⁶

Die Fremdvertretung von Interessen ist vor allem für Unternehmen und Verbände interessant, die keine eigene Repräsentanz in Berlin unterhalten. So lobbyiert die Unternehmensberatung Brunswick Group für die US-Bank Morgan Stanley, ³⁷ die Agentur Fuchs & Cie für die französische Großbank BNP Paribas ³⁸ und die PR-Firma MSL für den Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute. ³⁹ Aber auch Konzerne und Verbände mit Büros in Berlin engagieren immer wieder Agenturen. Wenn infolge eines Skandals das öffentliche Image aufpoliert werden soll oder eine Kampagne plötzlich hunderte Adressat*innen auf verschiedenen politischen Ebenen erreichen soll, ist das selbst für Global Player manchmal ein zu großer personeller und organisatorischer Aufwand.

"Wenn Sie sich fragen… Was bedeutet diese Gesetzesänderung für mich? […] Was sind meine Ansprechpartner in der Politik? […] Welche Botschaften setze ich wann, wo und bei wem? Dann fragen Sie uns! Wir haben Antworten und Strategien."

Lobbyagentur Joschka Fischer and Company 40

Zu den typischen Dienstleistungen, die Agenturen verkaufen, gehören Newsletter, die Kund*innen früh auf drohende politische Entwicklungen hinweisen, Analysen neuer Regulierungen, die Entwicklung von Kommunikations- und Kampagnenstrategien, das Management von Krisen, aber auch die Organisation von Veranstaltungen und Lobbygesprächen. **Mit anderen Worten: Türen öffnen und Termine auf höchsten Ebenen eintüten.** "Wir bringen Politik und Wirtschaft an einen Tisch", verspricht beispielsweise die Lobbyagentur des ehemaligen Außenministers und Vizekanzlers Joschka Fischer (Bündnis 90/ Die Grünen). ⁴¹ Die Firma Joschka Fischer and Company lobbyierte bis Sommer 2022 unter anderem für die Deutsche Börse. ⁴²

IMMER WICHTIGER: BRÜSSEL

An der Deutschen Börse lässt sich ein weiterer Trend zeigen: die große Relevanz, die Brüssel für die Finanzlobby aufgrund der Europäisierung der Politik bekommen hat. **Das Gros der Stellungnahmen und Positionspapiere der Deutsche Börse Gruppe richtet sich nämlich an die Adresse der EU-Institutionen.** 43

"Die EU-Gesetzgebung bestimmt rund 90 Prozent unserer regulatorischen Rahmenbedingungen", sagt Jörg Asmussen vom GDV. "Daher ist das GDV-Büro in Brüssel integraler Bestandteil unserer täglichen Arbeit, auch meiner."⁴⁴ Zusammen mit dem Verband Öffentlicher Banken ist der GDV in der EU-Hauptstadt der deutsche Finanzlobbyist mit dem größten Budget: **Über 2,7 Millionen Euro jährlich investierten die Verbände zuletzt jeweils in die Beeinflussung der EU-Politik.** ⁴⁵

Auch Christian Ossig, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbands, sagt: "Brüssel hat für uns enormen Stellenwert."⁴⁶ Deshalb habe er den Vorsitz beim Europäischen Bankenverband übernommen, der vermutlich einflussreichsten Bankenlobby-Gruppe auf EU-Ebene. **Die Deutsche Bank wiederum ist der deutsche Finanzlobbyist, der sich am häufigsten mit Top-Beamt*innen der Europäischen Kommission trifft.** Ganze 91 Mal saßen Lobbyist*innen der Deutschen Bank seit Dezember 2014 mit EU-Kommissar*innen, ihrem Kabinett oder Generaldirektor*innen der Europäischen Kommission hinter verschlossenen Türen zusammen. Die Daten werden seitdem veröffentlicht, wenn auch nur für die Ebene der Top-Beamt*innen.⁴⁷

"Brüssel hat für uns enormen Stellenwert."

Christian Ossig, Hauptgschäftsführer des Bankenverbands

Im Europaparlament dagegen scheint der Sparkassen und Giroverband (DSGV) besonders viel Einfluss zu haben. "Der DSGV ist einer der mächtigsten Player der deutschen Finanzlobby in Brüssel", sagt ein Lobbyist. Und begründet das mit dem starken lokalpolitischen Einfluss der Sparkassen, der über die Parteien bis auf die Europaabgeordneten wirkt. ⁴⁸

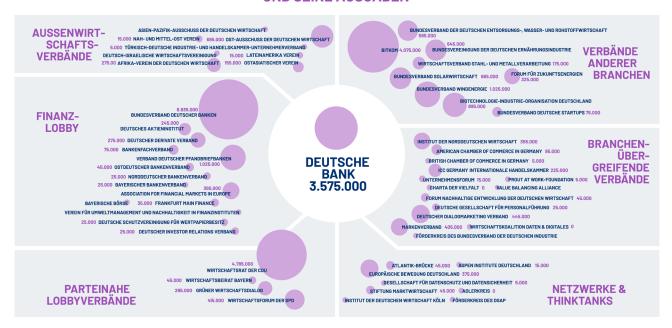
WEITREICHENDE NETZWERKE

Zurück nach Deutschland. Über Mitgliedschaften knüpft die Finanzlobby hier ein umfassendes Netz von Verbündeten, um ihren Einfluss auf politische Debatten zu verstärken. So ist die Deutsche Bank Mitglied in 57 Organisationen. ⁴⁹ Darunter sind naheliegende Finanzlobby-Gruppen wie der Bankenverband, aber auch solche anderer Branchen wie der Bundesverband Windenergie. Klandestine Eliten-Netzwerke und einflussreiche Denkfabriken gehören ebenso zum Lobbynetz der Deutschen Bank wie Lobbygruppen, die politischen Parteien nahestehen. Der Wirtschaftsrat der CDU beispielsweise, laut dem Verein Lobbycontrol "eine der mächtigsten Lobbyorganisationen mit Einfluss auf die CDU". ⁵⁰ Mit einem derart weit gespannten Netz an Verbündeten lassen sich die politischen Interessen der Deutschen Bank umso leichter durchsetzen.

So schreibt der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, einer der Außenwirtschaftsverbände, in denen die Deutsche Bank Mitglied ist: "Als Türöffner vernetzen wir unsere Mitgliedsunternehmen mit der Bundesregierung, den Regierungen unserer 29 Partnerländer und der EU-Kommission und bieten ihnen wertvolle Kontakte zu den relevanten Wirtschaftsakteuren vor Ort." Der Austausch mit der Bundesregierung und den Partnerländern sei eng, so der Ost-Ausschuss.⁵¹ Davon profitiert auch die Deutsche Bank.

DAS LOBBY-NETZ DER DEUTSCHEN BANK

UND SEINE AUSGABEN



Angegebene Mitgliedschaften der Deutschen Bank im Lobbyregister. Bei den Budgets wurde der Mittelwert der angegeben Aufwendungen genommen. Stand: 22. November 2022

Über 26 Millionen Euro Lobbybudget und mehr als 600 Lobbyist*innen – das ist die Gesamt-Lobbypower des Netzwerks an Organisationen, bei denen die Deutsche Bank Mitglied ist.

Quelle: Bürgerbewegung Finanzwende. 52

ALLIANZEN MIT DER REALWIRTSCHAFT

Durch den Trend der Finanzialisierung, bei dem immer weitere Teile der Wirtschaft immer mehr der Logik des Finanzsektors unterworfen werden, ist es für Banken, Versicherungsunternehmen und Fonds heute leichter, Allianzen mit anderen Branchen einzugehen. Konzerne wie Volkswagen, Siemens und der Softwareriese SAP haben heute Abteilungen, die wie Investmentbanken agieren und spekulieren. So findet sich etwa der Volkswagen-Geschäftsbereich "Financial Services", der die weltweiten Finanzdienstleistungs-Aktivitäten des Autokonzerns koordiniert, laut Lobbyregister unter den 20 finanzkräftigsten Lobbygruppen der Finanzindustrie.⁵³

"Wenn dem Finanzsektor neue Regulierungen drohen, kommen ihm häufig Lobbyisten aus anderen Wirtschaftssektoren zu Hilfe."

Kevin Young, University of Massachusetts und Stefano Pagliari, City, University of London⁵⁴

Die Politikwissenschaftlerin Lisa Kastner, heute Beraterin des europäischen Arbeitgeber- und Lobbyverbands BusinessEurope, schreibt: "Jeder Versuch, die Aktivitäten der Finanzindustrie neu zu regulieren, muss als direkte Infragestellung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus verstanden werden."⁵⁵ Daher ist es nur konsequent, dass sich auch große Firmen und Verbände der Realwirtschaft bei Themen wie der Finanztransaktionssteuer und höheren Eigenkapitalauflagen für Banken immer wieder auf die Seite der Finanzlobby geschlagen haben (siehe Kapital 4.2 und 4.6).

Entsprechend groß ist das Potential der Finanzlobby, andere Teile der Privatwirtschaft für ihre Interessen zu mobilisieren. In einer breit angelegten Untersuchung kommen die Wissenschaftler Kevin Young und Stefano Pagliari zu dem Ergebnis, dass sich in Debatten um Finanzregulierung im Vergleich zu anderen Politikfeldern mehr "Außenseiter engagieren – also Lobbygruppen, die nicht zu dem zu regulierenden Sektor gehören. Durch die Fähigkeit, diese "Akteurspluralität" zu organisieren, weite die Finanzlobby ihren Einfluss erfolgreich aus, so die beiden Forscher. Sie sei eine "unterschätzte Facette der Macht der Finanzindustrie". 56

AUS ÖKONOMISCHER WIRD POLITISCHE MACHT

Eine Darstellung der Finanzlobby wäre nicht komplett ohne einen Hinweis auf die ökonomische Macht des Sektors. Denn "wirkungsmächtiger Lobbyismus hat reale wirtschaftliche Macht und gesellschaftlichen Einfluss zur Voraussetzung", so die Autoren einer Lobbyismus-Studie der Otto-Brenner-Stiftung. Riesige Vermögen, viele Arbeitsplätze und die zentrale Stellung der Finanzkonzerne als Kreditgeber von Wirtschaft und Politik begründen die besondere Stellung ihrer Lobby in der Politik. ⁵⁷ Anders gesagt: **Die Finanzlobby ist nicht nur irgendeine weitere Interessengruppe innerhalb der Geschäftswelt. Sie ist vielleicht die Mächtigste.**

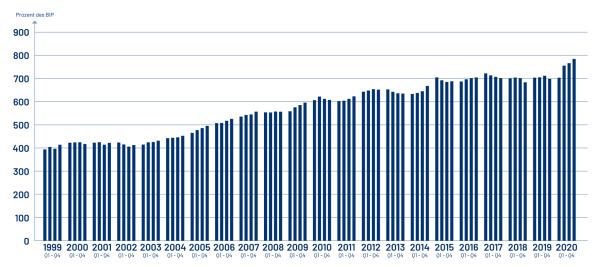
"Die Konzentration ökonomischer Macht ist eine Gefahr für die Demokratie. Große Unternehmen können ihre Marktmacht in politischen Einfluss ummünzen."

Lobbycontrol⁵⁸

Durch die Finanzialisierung der Weltwirtschaft seit den 1970er Jahren ist die Macht des Finanzsektors dramatisch gewachsen. Schon 2011 wurden drei Viertel der Weltwirtschaft laut Forscher*innen der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich von Finanzkonzernen kontrolliert. Mit weltweiten Unternehmens-Beteiligungen war die britische Barclays Bank damals am einflussreichsten. Fig. Heute ist es der US-Vermögensverwalter BlackRock. Mit einem verwalteten Vermögen von über neun Billionen US-Dollar im Jahr 2021 reicht seine Macht weit über einzelne Unternehmen und Wirtschaftssektoren hinaus. Fig. 1970 ist der Macht weit über einzelne Unternehmen und Wirtschaftssektoren hinaus.

FINANZSEKTOR: DOPPELT SO GROB WIE VOR 20 JAHREN

Gemessen am Gesamtbestand finanzieller Vermögenswerte im Verhältnis zur jährlichen Wirtschaftsleistung in der Eurozone



Quelle: Eurostat, Vermögensbilanzen, Gesamtbestand der finanziellen Vermögenswerte relativ zum BIP

Die ökonomische Macht der Finanzkonzerne schränkt das politische Umfeld auf eine Weise ein, die der Finanzlobby zugutekommt: Wenn es um Maßnahmen geht, die die Profite im Finanzsektor beeinträchtigen können, sind Politiker*innen bisweilen vorsichtig. Zu zentral ist die Stellung des Sektors. "Die Politik weiß um die enorme Gestaltungsmacht des Finanzsektors in Wirtschaft und Gesellschaft", sagt eine ehemalige Mitarbeiterin eines Bundestagsabgeordneten. "Der Finanzsektor entscheidet, wer Kredite bekommt, welche Projekte gefördert werden und durchdringt alle Lebensbereiche, von arm bis reich. Daher ist der Sektor hier im Bundestag für alle wichtig – und zwar fraktionsübergreifend."⁶¹

2.2 DER GEKAPERTE STAAT: SEITENWECHSEL, NEBENEINKÜNFTE UND GEHEIME KUNGELEIEN

Die deutsche Finanzlobby ist nicht nur finanziell und personell stark aufgestellt. Sie ist auch eng verflochten mit der Politik. **Nicht selten wechseln Politiker*innen in die Finanzlobby.** "Wer heute als Lobbyist sein Geld verdient", schreibt der Journalist Hans-Martin Tillack im Buch "Die Lobbyrepublik", "hat uns in vielen Fällen eben noch als Politiker oder Spitzenbeamter regiert."⁶²

Diese Seitenwechsel von der Politik in die Lobbyindustrie – auch bekannt unter dem Bild der Drehtür – sind oft problematisch. Zwar brauchen Politiker*innen Exit-Optionen aus der Politik, ihre Erfahrungen können der Wirtschaft nutzen. Allerdings schafft die Aussicht auf lukrative Lobby-Jobs am Ende der Politiker*innen-Karriere einen Anreiz, schon während der Amtszeit im Sinne der Finanzbranche zu entscheiden – oder sie zumindest nicht zu verärgern. Zudem verschaffen Seitenwechsler*innen der Lobby durch ihr Insiderwissen und Kontakte privilegierten Zugang zur Politik. Diese kann die Finanzlobby so leichter beeinflussen.

"Das Phänomen der regulatory capture, der Vereinnahmung von Politikern und Behörden durch diejenigen, deren Verhalten eigentlich im öffentlichen Interesse kontrolliert werden sollte, lässt sich in allen Wirtschaftszweigen beobachten, ist aber im Finanzsektor besonders ausgeprägt."

Martin Hellwig und Anat Admati in ihrem Buch "Des Bankers neue Kleider"63

2021 veröffentlichten Zeit Online und das Portal abgeordnetenwatch Dokumente, die das Lobbying früherer Minister*innen und Parlamentarischer Staatssekretär*innen belegten. Mindestens 509 Mal hatten sich die Seitenwechsler*innen in der damaligen Legislaturperiode mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihren Regierungsmitgliedern getroffen. Mit dabei: der ehemalige Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP), der als Lobbyist der Allianz seinen Amtsnachfolger Jens Spahn (CDU) traf. Möglicherweise, um für eine neue Gesundheits-App zu werben, an der die Allianz beteiligt war. Mit Gestelligt war. Mit Gestelligt war. Mit Gestelligt war der ehemalige CDU-Generalsekretär und Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Peter Tauber, seine guten Kontakte zu Ex-Kolleg*innen nutzt, um für die Deutsche Vermögensberatung (DVAG) und den Deutschen Unternehmensverband Vermögensberatung (DUV) zu lobbyieren. Mit Gestelligt war den Deutschen Unternehmensverband Vermögensberatung (DUV) zu lobbyieren.

In den Dokumenten taucht auch der SPD-Politiker, ehemalige Minister und Vizekanzler Sigmar Gabriel auf. Seit 2020 sitzt er im Aufsichtsrat der Deutschen Bank – für satte 200.000 Euro im Jahr. 66 Im Frühjahr 2020 schickte Gabriel ein streng vertrauliches Schreiben an die "liebe Frau Bundeskanzlerin", bei der er sich "herzlich [...] für das Telefonat heute morgen" bedankte. Nach ein paar Schmeicheleien bat er Angela Merkel, sich auf EU-Ebene für die Aussetzung der EU-Bankenabgabe einzusetzen. Einen Vorschlag der Deutschen Bank, die in der Corona-Pandemie auf finanzielle Entlastung hoffte, schickte er gleich mit. "Ich finde die Idee verantwortbar und hilfreich", schrieb Gabriel. Der frisch gebackene Lobbyist nutzte also den kurzen Draht zu seiner früheren Chefin, um an oberster Stelle für die Deutsche Bank zu lobbyieren. Noch 2018 hatte er so etwas ausgeschlossen und gegenüber der *Bild Zeitung* erklärt: "Man soll nicht an Türen klopfen, hinter denen man selbst mal gesessen hat."



"Ich bin ehrlich gesagt ziemlich froh, dass Sie gerade 'an Deck' sind."

Lobbymail von Sigmar Gabriel an Bundeskanzlerin Angela Merkel, April 2020

Quelle: abgeordnetenwatch⁶⁸

EBEN NOCH BEAMTE*R, JETZT SCHON LOBBYIST*IN

Nicht alle Seitenwechsler*innen sind so prominent wie Sigmar Gabriel. Auch Politiker*innen aus der zweiten Reihe, eher unbekannte Beamte und Mitarbeiter*innen von Abgeordneten wechseln in die Finanzlobby. Sie heißen zum Beispiel:

Frank Dornseifer:

Geschäftsführer beim Bundesverband Alternative Investment, davor drei Jahre stellvertretender Leiter für Investmentaufsicht bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, BaFin⁶⁹

Carolin Breuer:

heute Cheflobbyistin für
Europa bei American Express,
davor beim Bundesverband
Öffentlicher Banken, VÖB, und
davor vier Jahre Büroleiterin
und Mitarbeiterin für
Finanzmarktregulierung beim
CSUBundestagsabgeordneten
Alexander Radwan⁷⁰

Daniel Holefleisch:

Lobbyist bei der Agentur MSL, die unter anderem für den Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute arbeitet; früher 13 Jahre lang zuständig für Fundraising und Unternehmenskontakte bei den Grünen, außerdem verheiratet mit Außenministerin Annalena Baerbock⁷¹

In allen Fällen gilt: Die Finanzlobby setzt darauf, sich Insider-Kenntnisse über die Abläufe in Ministerien, Aufsichtsbehörden, Parteien und den Bundestag zu erkaufen – und erstklassige politische Adressbücher, also gute Kontakte zu den Orten, an denen Gesetze vorbereitet und beraten werden. In Stellenausschreibungen für künftige Lobbyist*innen suchen Verbände wie der Verband Öffentlicher Banken (VÖB) entsprechend nicht nur Menschen mit "mehrjähriger Erfahrung im Politikumfeld", darunter dem Parlament. Auch "ein belastbares Netzwerk im politischen Bereich" sei von Vorteil, so der VÖB in einer Stellenausschreibung im Frühjahr 2022. Strippenzieher*innen mit guten Drähten in die Politik sind für die Finanzlobby Gold wert.

"Damit können Sie punkten: Sie haben ein [...] belastbares Netzwerk im politischen Bereich."

Stellenausschreibung "Leiterln Government Affairs" beim Verband Öffentlicher Banken, Frühjahr 2022⁷³

Was als guter Draht gilt, hat sich übrigens mit der Bundestagswahl 2021 dramatisch verändert. Erstmals seit 16 Jahren flog die Union aus der Regierung. "Für viele Lobbyverbände erweist sich das als Problem, weil plötzlich neues Personal hermuss", berichtete *Die Welt* im Februar 2022. Verbänden, die vor allem auf Lobbyist*innen mit Nähe zur CDU gesetzt hätten, fehlte der direkte Draht zu Liberalen und Grünen, so die Zeitung. Auch darum habe der Hauptgeschäftsführer des Bankenverbands (BdB), Andreas Krautscheid, Anfang 2022 seinen Hut nehmen müssen: Die führenden Positionen, die er früher in der CDU innehatte, seien für den BdB unter der rot-grün-gelben Bundesregierung plötzlich zum Problem geworden, so *Die Welt*.⁷⁴

SO RICHTET DIE DREHTÜR SCHADEN AN

Besonders deutlich wurde die Rolle ehemaliger Politiker*innen in der Finanzlobby im Fall Wirecard (siehe Kapitel 4.1). Zahlreiche Ex-Politiker*innen verschafften sich als Wirecard-Lobbyist*innen über persönliche Kontakte Zugang zu Ministerien, Kanzleramt und Behörden. Die Folge: Die Verantwortlichen gingen Betrugshinweisen gegen Wirecard nicht nur nicht nach, sondern ergriffen immer wieder aktiv Partei für den Konzern. Das verbreitete eine trügerische Sicherheit, wegen der Anleger*innen am Ende Milliarden verloren.

"Die Lobbyelite ist mit der politischen Elite in einem Ausmaß verschmolzen, dass Wirtschaftsinteressen informell mitregieren und die Interessengegensätze von Industrie und Politik zu einer Interessenkoalition mutieren."

Thilo Bode, Gründer von Foodwatch und Autor von "Die Diktatur der Konzerne"⁷⁵

Unter anderem die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) machte bei Wirecard schwere Fehler. 2019 zeigte sie kritische Journalist*innen an und erließ trotz fachlicher und rechtlicher Bedenken ein umstrittenes Leerverkaufsverbot, von dem Wirecard massiv profitierte. Auch bei diesem Teil der Geschichte spielte die Drehtür möglicherweise eine Rolle. Denn verantwortlich war die damalige BaFin-Vizepräsidentin Elisabeth Roegele, die von der Dekabank zur Aufsicht gekommen war. Als Chefjuristin hatte sie dort den illegalen CumEx-Steuerbetrug des Hauses verteidigt.

"Mit einer solchen Aufsicht können die Banken gut leben", kommentierte das Handelsblatt die Seitenwechslerin, die "in der Branche beliebt wie eh und je" sei. Roegele selbst brüstete sich mit ihren Seitenwechseln und ihrer Nähe zur Finanzbranche. "Ich war schon dreimal Aufseherin, aber auch dreimal in der Privatwirtschaft", sagte sie laut Handelsblatt. Und: "Viele Kollegen" aus ihrer Zeit vor der BaFin nähmen sie "nach wie vor positiv auf". ⁷⁶ Gut möglich, dass Roegeles Nähe zu ihren früheren Kolleg*innen der Finanzindustrie dazu beitrug, dass sie dem Betrugskonzern Wirecard zur Seite stand.

VON DER FINANZLOBBY IN DIE POLITIK

Seitenwechsel gibt es auch in die andere Richtung. Wenn Ministerien und Behörden sich Expertise aus der Wirtschaft holen. Oder einstige Lobbyist*innen für den Bundestag kandidieren. So wie Klaus Wiener. Er sitzt seit 2021 für die CDU im Bundestag – nach 23 Jahren als Chef-Volkswirt beim Versicherungskonzern Generali und dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) arbeitet Wiener nun unter anderem als stellvertretendes Mitglied im Finanz- und im Wirtschaftsausschuss an Gesetzentwürfen. Ein weiteres Beispiel ist Jörg Kukies: Der ehemalige Co-Deutschland-Chef der Investmentbank Goldman Sachs wechselte 2018 als Staatssekretär ins Finanzministerium und besetzt seit 2021 als wichtigster Wirtschaftsberater von Bundeskanzler Olaf Scholz eine Schlüsselposition im Kanzleramt.

"Ich möchte seine Arbeitsaufnahme nicht dadurch belasten, indem ich mich zu sehr freue."

Andreas Krautscheid, damals Hauptgeschäftsführer des deutschen Bankenverbandes (BdB), 2018 über Jörg Kukies Ernennung zum Finanz-Staatssekretär⁷⁸

Die Lobbyismus-Forschung spricht in diesen Fällen von "Built-in Lobbyisten". ⁷⁹ Sie führen in Parlament und Ministerialbürokratie nicht unbedingt eins zu eins die Politik ihrer früheren Arbeitgeber*innen weiter. **Aber sie stehen deren Interessen vermutlich nah und pflegen gute Beziehungen zu früheren Kolleg*innen.** Früher als andere können sie diese mit wichtigen Informationen versorgen, unmittelbar und immer wieder.

PROMINENTE SEITENWECHSLER UND DIE FINANZLOBBY



Jörg Asmussen GDV, Vorstand

Der frühere SPD-Politiker hatte eine lange Karriere im Finanzministerium (1996-2011), unter anderem als Staatssekretär. Seit 2020 ist er Cheflobbyist des Gesamtverbands der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV). Schon als Staatssekretär arbeitete er eng mit der Finanzindustrie zusammen, lieh Praktiker*innen von der Deutschen Bank und dem Bankenverband aus und trieb die Deregulierung der Finanzmärkte mit voran.



Daniel Bahr, FDPAllianz, Vorstand

Der ehemalige Gesundheitsminister wechselte 2014, nur zehn Monate nach seinem Ausscheiden als Minister, zur Allianz Private Krankenversicherung, wo er mittlerweile im Vorstand sitzt. Bahr gilt als Vater der staatlich geförderten Pflegezusatzversicherung, auch "Pflege-Bahr" genannt. Bi Eine*r der größten Anbieter*innen von Pflege-Bahr-Policen ist die Allianz. In der Legislaturperiode 2017 bis 2021 stand Bahr als Allianz-Vorstand mindestens viermal im direkten Kontakt mit Regierungsvertreter*innen. Bis 2015 in der Legislaturgeriode 2017 bis 2021 stand Bahr als Allianz-Vorstand mindestens viermal im direkten Kontakt mit Regierungsvertreter*innen. Bis 2016 in der Legislaturgeriode 2017 bis 2021 stand Bahr als Allianz-Vorstand mindestens viermal im direkten Kontakt mit Regierungsvertreter*innen.



Joschka Fischer, Bündnis 90/Die Grünen Joschka Fischer and Company, Geschäftsführer

Der frühere Außenminister und Vizekanzler gründete 2009 zusammen mit dem langjährigen Pressesprecher der Grünen im Bundestag, Dietmar Huber, die Lobby- und Beratungsfirma Joschka Fischer and Company. ⁸³ Die Agentur lobbyierte bis Sommer 2022 unter anderem für die Deutsche Börse. ⁸⁴



Sigmar Gabriel, SPDDeutsche Rank, Aufsichtsrat

Der ehemalige Minister und Ex-Vizekanzler ist seit 2020 im Aufsichtsrat der Deutschen Bank. Früher kritisierte er, die Bank habe "das Spekulantentum zum Geschäftsmodell gemacht". ⁸⁵ Doch 2021 zeigten vertrauliche Unterlagen, dass Gabriel am Telefon und per E-Mail die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel für ein Anliegen der Deutschen Bank lobbyiert hatte. Gabriel hat weitere Lobby-Jobs, unter anderem als Berater der PR- und Lobbyagentur Brunswick, die zum Beispiel für die Bank Morgan Stanley lobbyiert. ⁸⁶



Jörg Kukies, SPD Kanzleramt

Der Topberater von Kanzler Olaf Scholz (SPD) war im Finanzministerium sein Staatssekretär. Er spielte eine Blockade-Rolle bei der Stärkung des Eigenkapitals von Banken (siehe Kapitel 4.6) und traf sich allein von September bis Dezember 2021 fast hundert Mal mit BlackRock, Commerzbank und Co.⁸⁷ Vor seinem Wechsel in die Politik war Kukies 17 Jahre bei der Investmentbank Goldman Sachs, zuletzt als Co-Chef für Deutschland. Die Bank verfolgt wie keine andere die Strategie, über personelle Verflechtungen Einfluss auf die Politik zu nehmen. Die New York Times nannte die US-Regierung einmal "Government Sachs". ⁸⁸



Friedrich Merz, CDU CDU-Vorsitzender

Merz hat eine lange Karriere als Lobbyist und Politiker mit Interessenkonflikten. Als Abgeordneter hatte er zig Nebentätigkeiten für Lobbygruppen – weigerte sich aber, seine Nebeneinkünfte offenzulegen. 89 Allein 2006 saß er in acht Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten. 90 Bis 2021 war Merz Vizepräsident des Lobbyverbands "Wirtschaftsrat der CDU"; von 2016 bis 2020 Aufsichtsrat des Vermögensverwalters BlackRock. 91 Als BlackRock-Lobbyist traf er mehrmals Mitglieder der damaligen Bundesregierung. 92



Gerhard Schröder, SPD

Betriebliche Versorgungswerke für

Unternehmen und Kommunen
(BVUK), Vorstandsmitglied (bis 03/22)

Der ehemalige Bundeskanzler und Vielfach-Lobbyist saß von 2020 bis 2022 im Vorstand der Betrieblichen Versorgungswerke für Unternehmen und Kommunen (BVUK). Das ist ein Lobbyverband der BVUK-Gruppe, die betriebliche Altersvorsorge-Produkte an Unternehmen verkauft. 2021 zeigten interne Unterlagen, dass Schröder mehrfach bei der Bundesregierung zum Thema Rente lobbyiert hatte – am Telefon, in teuren Restaurants und teilweise in Begleitung des BVUK-Chefs. ⁹³ Wegen seiner Russlandverbindungen beendete der BVUK das Verhältnis zu Schröder im März 2022. ⁹⁴

WIE DIE FINANZLOBBY SICH ZUTRITT ZUR POLITIK ERKAUFT

Nebentätigkeiten und -einkünfte von Abgeordneten sind laut einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung ein weiteres "zentrales Einfallstor" für den Lobbyeinfluss auf die Politik. ⁹⁵ In der 19. Wahlperiode (Oktober 2017 bis 2021) verdienten die Bundestags-Abgeordneten so viel wie nie zuvor nebenher: fast 53 Millionen Euro. Die Einkünfte stammten aus üppig bezahlten Vorträgen, Sitzen in Aufsichtsräten und anderen Nebentätigkeiten. **Über ein Drittel aller Abgeordneten kassierte neben dem Mandat Geld aus der Wirtschaft.** ⁹⁶

Die Finanzlobby erkauft sich auf diesem Weg Zugang zur Politik. Zum Beispiel die Vermögensverwalter DWS und Allianz Global Investors: Für Vorträge und Diskussionsrunden überwiesen sie dem FDP-Parteichef (und damals noch nicht Finanzminister) Christian Lindner in der 19. Wahlperiode pro Auftritt jeweils zwischen 7.000 und 15.000 Euro. ⁹⁷ Insgesamt verdiente Lindner in der Legislaturperiode mehr als 472.000 Euro nebenher. ⁹⁸

Zwischen 2009 und 2013 soll der ehemalige Finanzminister neben seinem Bundestagsmandat zwei Millionen Euro verdient haben – als Autor, Aufsichtsratsmitglied und umtriebiger Redner für die Deutsche Bank, Union Investment und andere. ⁹⁹ "Da wird mit viel Geld ein Diskussionsraum zwischen Politik und Wirtschaft geschaffen", kritisierte der damalige Europaabgeordnete der Grünen, Sven Giegold. "Ein Gegengewicht gibt es nicht. Bei solchen Treffen treten in aller Regel keine Verbraucherschützer oder andere Kritiker auf."¹⁰⁰ Infolge zahlreicher Lobbyskandale wurden Vortragshonorare für Abgeordnete 2021 weitgehend verboten. ¹⁰¹

Beiräte und Aufsichtsgremien sind ein weiterer Ort, an dem die Finanzlobby Politiker*innen in ihre Dienste nimmt. Ganz vorne dabei sind die öffentlich-rechtlichen Landesbanken und Sparkassen, die so im großen Stil Lokal- und Landespolitiker*innen aller Parteien an sich binden. ¹⁰² Ein anderes Beispiel: die Deutsche Vermögensberatung (DVAG). In ihrem Beirat tummeln sich der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber, die frühere SPD-Justiz- und Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries, der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Hermann-Otto Solms, der Ex-Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di und heutige grüne Bundestagsabgeordneter Frank Bsirke und viele mehr. ¹⁰³ Auch Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl, der ehemalige Finanzminister Theo Waigel und andere Politpromis sind beziehungsweise waren jahrzehntelang Teil des Einflussnetzes der DVAG.

DIE INFORMANT*INNEN IM BUNDESTAG

Im Bundestag ist der Finanzausschuss das fachspezifische Gremium, beim dem die Finanzlobby besonders auf die Strategie der personellen Durchdringung setzt. Schließlich werden hier die Änderungen bei finanzpolitischen Gesetzesvorlagen ausgehandelt.¹⁰⁴ In der Legislaturperiode, in der die Riester-Rente verabschiedet wurde, war beispielsweise fast jedes fünfte Mitglied (18 Prozent) des Ausschusses mit der Finanzbranche verbunden, ob als Aufsichtsratsmitglied oder über eine vorherige Berufs- oder Nebentätigkeit.¹⁰⁵

Solche "Verbandsverbindungen" von Abgeordneten nennt der Politikwissenschaftler Thomas von Winter einen "Stein im Mosaik multipler Machtressourcen einzelner Verbände". ¹⁰⁶ Dabei geht es weniger um das konkrete Abstimmungsverhalten einzelner Abgeordneter. Es geht um "anderweitig nutzbringende Kontakte", so die Volkswirtin Diana Wehlau, die den Lobbyismus rund um die Riester-Rente erforscht hat: "Es geht um den frühen und möglichst exklusiven Zugang zu nicht-öffentlichen

Informationen und Diskussionsprozessen aus den Ausschüssen und die rechtzeitige, zielgerichtete Intervention in politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse im Interesse der Branche."¹⁰⁷ Dank der nutzbringenden Kontakte landen immer wieder vertrauliche Papiere bei den Lobbyist*innen der Finanzindustrie – als säßen sie selbst mit am Tisch.

"Durch die Beschäftigung und Postenvergabe an Abgeordnete können sich finanzstarke Unternehmen einen Zugang zur Politik erkaufen."

abgeordnetenwatch¹⁰⁸

KUNGELN IM GEHEIMEN

Der Bundesregierung scheint viel daran gelegen, ihre Kungeleien mit der Finanzlobby vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Die Strippenzieher*innen sollen beim Strippenziehen wohl nicht beobachtet werden. Dabei setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass Transparenz "nicht nur die demokratischen Beteiligungsrechte der Bürger*innen stärkt und damit der Politik- und Staatsverdrossenheit entgegenwirkt, sondern auch Manipulation und Korruption erschwert" – wie es ein Bündnis aus Journalist*innen und gemeinnützigen Organisationen jüngst formulierte. 109 Zwei Beispiele aus der Welt der Geheimniskrämerei:

Keine Transparenz über Treffen mit Finanzlobbyist*innen. Mit welchen Unternehmen und Verbänden der Finanzbranche traf sich Olaf Scholz in seiner Zeit als Bundesfinanzminister? Wie oft haben sich Beamte des Finanzministeriums mit Lobbyist*innen des Bankenverbands getroffen? Mit Anfragen auf Basis des Informationsfreiheitsgesetzes haben Bürger*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen versucht, Antworten auf solche Fragen zu bekommen. Doch das Finanzministerium verweigerte die Auskunft. Nun laufen mehrere Klagen auf die Herausgabe der Information, darunter eine von Finanzwende Recherche. Mommt die Regierung mit ihrer Argumentation durch, müssten künftig kaum noch Auskünfte über Treffen mit Lobbyist*innen erteilt werden. Mit verschaft werden.

Weniger Transparenz bei Aufträgen an externe Berater*innen. Beim Thema externe Beratung von Ministerien versucht das Finanzministerium, den Begriff so zu definieren, dass zukünftig weniger Aufträge offengelegt werden müssten. In der Vergangenheit war das Ministerium wegen Interessenkonflikten und exorbitanten Kosten für externe Berater*innen in die Kritik geraten. So hatte es 2008 die Kanzlei Freshfields beauftragt, Gesetze zur Bankenrettung auszuarbeiten – für gut 1,8 Millionen Euro Honorar. Die Kanzlei arbeitete damals auch für Banken, die später Hilfe aus dem Rettungsfonds beanspruchten. Klar, dass Freshfields dafür genau das richtige Know-how hatte. Ginge es nach dem Finanzministerium, würden diese Aufträge an Kanzleien nicht mehr als externe Beratung gelten. Sie müssten dann auch nicht mehr vom Innenministerium veröffentlicht werden – eine öffentliche Kontrolle der Praxis wäre damit schier unmöglich. 112

EINE MÄCHTIGE SCHATTENLOBBY

Im April 2008 schmeißt Angela Merkel im Kanzleramt auf Staatskosten eine Geburtstagsparty für den damaligen Deutsche-Bank-Chef Joseph Ackermann. Im Mai 2022 postet der oberste Lobbyist der Versicherungsbranche, Jörg Asmussen, ein Arm-in-Arm-Foto von sich und Finanzminister Christian Lindner (FDP) und dankt ihm für das "tolle Dinner". ¹¹³ Das sind Eindrücke aus einer Welt, für die der ehemalige Bundestagsabgeordnete der Grünen und Finanzwende-Gründer Gerhard Schick den Begriff "Machtwirtschaft" geprägt hat: eine Welt, in der es den Konzernen gelingt, über Kungeleien mit der Politik den fairen Wettbewerb auszuschalten. ¹¹⁴ Der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Marco Bülow spricht vom "Lobbyland", in dem die Interessen einer immer kleiner werdenden Elite bedient und alles dem Profit der Großen und Mächtigen unterordnet wird. ¹¹⁵

Dass diese Machtungleichgewichte und einseitige Einflussnahme das Misstrauen gegenüber Politik und Demokratie verstärken und so den Nährboden für autoritäre Kräfte bereiten, davor warnen Zivilgesellschaft, Medien und Sozialwissenschaften seit Jahren. Bei der Finanzlobby spricht Bülow von "einer mächtigen Schattenlobby" – "wenig beachtet und doch mit einer massiven Wirkung". ¹¹⁶ Wie genau die Finanzlobby ihre Wirkung entfaltet, soll Gegenstand des nächsten Kapitels sein. Denn ökonomische Macht und ein kurzer Draht in die Politik sind noch keine Garanten dafür, dass ein Lobbyanliegen am Ende zum Erfolg führt.

3) DENN SIE WISSEN, WAS SIE TUN – WIE DIE FINANZLOBBY ARBEITET

3.1 DIE VORARBEIT: KONTAKTE, INFORMATIONEN, GESCHLOSSENE REIHEN

Gute Kontakte sind das oberste Ziel von Lobbyist*innen. Sie gilt es frühzeitig aufzubauen – um sie aktivieren zu können, wenn es nötig wird. **"Build relationships before you need them"**, fasst ein britischer Top-Lobbyist diese oberste Maxime der politischen Beeinflussung zusammen.¹¹⁷



Kontakte werden im Rahmen dessen geknüpft, was eine ehemalige Mitarbeiterin dem Europaparlament "Rahmenprogramm"¹¹⁸ der **Finanzlobby** nennt: Empfänge, Workshops, parlamentarische Abende und vieles mehr. Ob "politischen Frühstück", Commerzbank regelmäßig während Sitzungswochen des Bundestages organisiert¹¹⁹ oder beim Sommerfest des Lobbyverbands der Fondswirtschaft (BVI) auf dem Dach des Reichstags in Berlin¹²⁰: Bei solchen Events werden nicht nur Häppchen vertilgt und Positionen ausgelotet, sondern auch Handynummern ausgetauscht.

Twitter Post von einem Public-Affairs-Spezialisten der Commerzbank nach dem "Politischen Frühstück" der Bank mit Florian Toncar (FDP), Parlamentarischer Staatssekretär im Finanzministerium, März 2022¹²¹

"Feierabend? – Fehlanzeige", schreibt eine Mitarbeiterin am Abend eines typischen Arbeitstages bei der Lobbyagentur elfnullelf, die seit vielen Jahren für die Finanzbranche arbeitet, etwa für den Ostdeutschen Bankenverband. Die Lobbyistin weiter: "Als Berater kann man nicht um Punkt 5 oder 6 den Stift fallen lassen, nein, ganz im Gegenteil. Jetzt ist "Netzwerken' angesagt! Im politischen Berlin finden täglich, meist abends, mehrere spannende Veranstaltungen mit Vertretern

aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft statt. Diese sollte man nicht nur für die Kunden, sondern auch für sich selbst wahrnehmen, um sich ein eigenes Netzwerk aufzubauen oder dieses zu erweitern."¹²² Besteht der Kontakt erst einmal, wird er gepflegt – bei einem Mittagessen, auf der nächsten Veranstaltung oder über Social Media Kanäle. ¹²³

"Mich hat irritiert, wie diese Lobbyist*innen immer so einen auf Kumpel mit mir gemacht haben. Aber klar, du bearbeitest das gleiche Feld, du bist im selben Alter …"

Ehemalige Mitarbeiterin eines Abgeordneten des Wirtschafts- und Währungsausschusses im EU-Parlament 124

Mit der Zeit wächst dann eine Beziehung. Ein Finanzlobbyist beschreibt das so: "Dadurch, dass man den Abgeordneten das Gefühl gibt, dass sie wichtig sind, dass sie Expertise haben, entsteht bei ihnen vermutlich das Gefühl, dass sie sich aktiv für den Sektor einsetzen müssen. Irgendwann ist ein Draht da, vielleicht nicht freundschaftlich, aber man schätzt die andere Person und ist deshalb vielleicht eher geneigt, etwas für sie zu machen."¹²⁵

Schätzungen gehen davon aus, dass ein*e Lobbyist*in regelmäßig etwa 80 politische Kontakte pflegt. 126 Die Adresslisten der Branche sind entsprechend lang und werden ständig aktualisiert. Neben Namen von Bundestagsabgeordneten steht dann beispielsweise, in welchen Ausschüssen sie Mitglied sind, wo sie politisch stehen, manchmal auch Persönliches. "Schließlich macht sich ein Geburtstagsgruß für den richtigen Mann oder die richtige Frau am richtigen Tag zuweilen gut", schreiben die Journalisten Sascha Adamek und Kim Otto in ihrem Buch "Der gekaufte Staat". 127

FRÜHZEITIGE INFORMATIONSBESCHAFFUNG

"Wer als Lobbyist zu spät informiert ist, hat das Spiel schon zur Hälfte verloren", schreibt der Journalist Hans-Martin Tillack im Buch "Die Lobbyrepublik!. Die Beschaffung von Interna aus Behörden und Parlamenten gehört zum A und O der Arbeit von Lobbyist*innen. Denn nur wer Entwicklungen in der Gesetzgebung früh erkennt, kann rechtzeitig Gegenstrategien entwickeln.

Lobbyagenturen und Verbände agieren wie ein Frühwarnsystem für ihre Kund*innen und Mitgliedsunternehmen. In einer Stellenausschreibung des Bundesverbands Öffentlicher Banken (VÖB) vom Frühjahr 2022 wird die Tätigkeit der künftigen "Leiterln Government Affairs" so beschrieben: "Sie arbeiten eng mit unserem Team in Brüssel zusammen, um als "Frühwarnsystem" agieren zu können und rechtzeitig Entwicklungen auf nationaler und europäischer Ebene zu antizipieren."¹²⁹ Die Agentur elfnullelf spricht vom "passgenauen Monitoring", das ihre Kundschaft "in die Lage versetzt, das berühmte Gras wachsen zu hören." Dadurch, so das Versprechen, "können Sie rechtzeitig und bestmöglich reagieren, um Ihre Interessen zu wahren."¹³⁰

"Wer sich ein wenig im politischen Alltagsgeschäft auskennt, weiß, dass Lobbyisten oft genug früher über den Inhalt von Referentenentwürfen Bescheid wissen als selbst die Abgeordneten von Regierungsfraktionen."

Hartmut Bäumer, bis September 2022 Vorsitzender von Transparency International Deutschland 131

Der direkte Draht in die Politik ist für die frühzeitige Informationsbeschaffung extrem wichtig – aber auch der Zugriff auf andere Lobbyist*innen, die im Austausch mit den Behörden stehen und frühzeitig von Vorhaben Wind bekommen. Der Anwalt Hanno Berger, einer der Haupt-Strippenzieher und – Profiteure beim CumEx-Steuerraub (siehe Kapitel 4.5), hatte solche Informant*innen. Der Journalist

Oliver Schröm beschreibt sie so: "Manchmal sind es langjährige persönliche Kontakte aus der Finanzszene, die Berger oder seine Mitarbeiter versorgen. Manchmal werden die Zuträger gezielt aufgebaut, mitunter auch finanziell versorgt. Das Wissen, das sie ihm liefern, ist im Zweifel weitaus mehr wert als ein gezahltes Honorar."¹³²

Einer von Bergers Informanten war Steuerexperte beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV), stets bestens informiert über Gesetzesvorhaben im Finanzministerium. Was der Sparkassen-Mann dort erfuhr, gab er an Berger weiter. Dessen Kanzlei wiederum überwies dem Lobbyisten monatlich 1.000 Euro für seine Dienste. Als sich das Ministerium 2005/06 anschickte, CumEx-Steuertricksereien zu unterbinden, wusste Berger so als einer der ersten davon. Und hatte Zeit, die kommende Gesetzesänderung zu analysieren und nach den eigenen Vorstellungen zu beeinflussen. ¹³³ Tatsächlich wurde das Gesetz zum Brandbeschleuniger, der CumEx-Geschäfte erst so richtig anheizte. (siehe Kapitel 4.5)

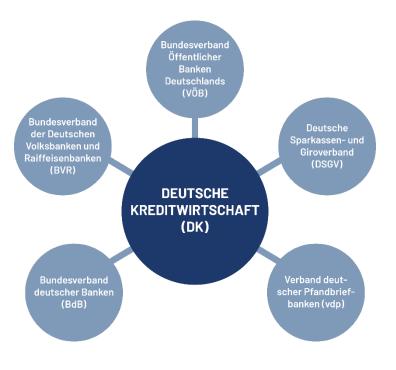
VERBANDSARBEIT: DIE EIGENEN REIHEN SCHLIEßEN

Die Abstimmung von Positionen ist essentiell, um gegenüber Politik und Öffentlichkeit mit einer Stimme sprechen zu können. Selbst und manchmal gerade dann, wenn es in der Finanzbranche divergierende Interessen gibt. Die Arbeit in und zwischen Verbänden gehört daher zum Kerngeschäft von Finanzlobbyist*innen.

"Eine weitere Aufgabe des Bankenverbandes besteht in der Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Verbänden, bei der gemeinsame Interessen ausgelotet und gebündelt, Allianzen geknüpft, Lösungen erarbeitet und in politische und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse eingebracht werden."

Bundesverband Deutscher Banken (BdB)¹³⁴

Im Bankensektor spielt die Deutsche Kreditwirtschaft (DK) eine wichtige Rolle beim "Meinungs- und Willensbildungsprozess"135 der Finanzlobby. Die DK koordiniert fünf Mitgliedsverbände: den Bankenverband (BdB) sowie die Verbände der Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), der Öffentlichen Banken (VÖB), der Sparkassen (DSGV) und der Pfandbriefbanken (vdp). "In der DK werden die Kompromisse gebrokert", erklärt ein Lobbyist. "Manchmal geht es intern zur Sache, aber nach außen will niemand den anderen auf die Füße treten. Keiner will den anderen schaden."136



Besonders wichtig war eine solche Einheitsfront nach dem großen Finanzcrash 2008. Um zu verhindern, dass Steuerzahler*innen noch einmal für Mega-Verluste von "Too big to fail"-Banken geradestehen mussten, machte sich die Politik auf, Großbanken zu schrumpfen und strikter zu regulieren. Kleinere Institute hätten die Maßnahmen eigentlich begrüßen müssen – höhere Eigenkapitalanforderungen für Banken zum Beispiel. Oder die Idee eines Trennbankensystems, das Geschäfts- und Investmentbanken weitgehend voneinander trennen sollte. Beides hätte vor allem Großbanken getroffen und die Wettbewerbsnachteile für kleinere Geldinstitute deutlich verringert.

Doch die Verbände der Sparkassen, Volks-, Raiffeisen- und öffentlichen Banken stellten sich auf die Seite von Deutsche Bank, Commerzbank und Co.¹³⁷ **Die Bundesregierung folgte der einheitlichen Lobbyfront, verabschiedete 2013 ein beinahe wirkungsloses Trennbankengesetz** und bekämpft bis heute schärfere Eigenkapitalauflagen für Banken (siehe Kapitel 4.6).

Verbände ermöglichen ihren Mitgliedern gleichzeitig, perfide Doppelstrategien zu fahren. Zum Beispiel beim Thema Sustainable Finance: Einerseits profilieren sich Konzerne wie BlackRock, die Allianz, Deutsche Bank und Commerzbank hier immer wieder als Klima-Champions. Aber fernab der Öffentlichkeit haben dieselben Konzerne über ihre europäischen Lobbyverbände klimaschädliche Positionen vertreten und dafür gesorgt, dass wirksame Regeln für einen grünen Finanzmarkt im Detail immer wieder abgeschwächt wurden (siehe auch Kapitel 4.4). 138

3.2 GOVERNMENT AFFAIRS: DIREKTES LOBBYING VON PARLAMENT UND REGIERUNG

Kerngeschäft der Finanzlobby ist die Beeinflussung von Gesetzesvorhaben. Im Lobbyregister beschreibt es der Bundesverband Investment und Asset Management (BVI) so: "Wir begleiten ein Gesetz von der politischen Idee bis zu seiner Verabschiedung und später in seiner praktischen Anwendung. An sämtlichen politischen und legislativen Stationen eines Gesetzes wirken wir auf dessen praxisgerechte Ausgestaltung hin."¹³⁹

Wie das konkret abläuft, lässt sich anhand einer Darstellung nachvollziehen, die der BVI selbst veröffentlich hat. ¹⁴⁰ Konkret geht es dabei um den Gesetzgebungsprozess zum Kapitalanlagengesetzbuch (KABG), das Investmentfonds reguliert und 2013 in Kraft trat.

Schon vor dem ersten Entwurf für das KABG aus dem Finanzministerium suchte der BVI nach eigener Darstellung das Gespräch – mit Bundestagsabgeordneten, Ministerien und den Ländern. Dieses informelle Lobbying zog der Verband bis zur Verabschiedung des Gesetzbuchs im Bundesrat durch. Daneben schrieb er zahlreiche Stellungnahmen, nahm an Anhörungen teil und betrieb "fortwährende kommunikative Begleitung", kurz: Pressearbeit. **Am Ende konnte der BVI sich auf die Schulter klopfen:**Man habe "Gutes erreicht" und "Schlechtes verhindert". Ganz anders sah das der zuständige Berichterstatter der SPD, der damalige Bundestagsabgeordnete Carsten Sieling. Er kritisierte den lückenhaften Verbraucherschutz im KABG. "Mit der Investmentfondsregulierung haben die einschlägigen Lobbyisten erneut ein wichtiges Finanzmarktvorhaben [...] entschärft", sagte Sieling. ¹⁴¹

"Im letzten Jahr beobachtete die DKB insgesamt über 1.000 Gesetzgebungsverfahren und politische Initiativen."

Deutsche Kreditbank über das Jahr 2021

Nicht alle Gesetze sind gleichermaßen wichtig für die Finanzlobby. Aber sie muss alle im Blick haben, die sich auf den Sektor auswirken könnten. "Im letzten Jahr beobachtete die DKB insgesamt über 1.000 Gesetzgebungsverfahren und politische Initiativen", schreibt die Deutsche Kreditbank in einem Bericht für 2021. 142 Und der Chef des Bankenverbands erklärt in einem Podcast, dass er nicht nur mit dem Finanzministerium einen "intensiven Dialog" pflege – sondern auch mit dem Wirtschafts-, dem Justizund dem Ministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz sowie dem Kanzleramt. 143 Klar, dass zivilgesellschaftliche Organisationen mit weit weniger Ressourcen einen solchen Aufwand nicht betreiben können.

EIGENES AGENDA-SETTING DURCH PROAKTIVES LOBBYING

Anfang 2013 veröffentlichte *Der Spiegel* ein "Lehrstück über den Irrsinn des Lobbyismus" in Deutschland. Les ging um das Sepa-Begleitgesetz zum europäischen Zahlungsverkehr, das der Bundestag im November 2012 verabschiedet hatte. **Fast unbemerkt hatte ein Anhang den Weg ins Gesetz gefunden, der Sparer*innen Milliarden gekostet hätte.** Denn die Regeln "zur Sicherung der Risikofähigkeit bei Lebensversicherungen" hätten es Versicherungsunternehmen ermöglicht, ihren Kund*innen bestimmte Gewinne vorzuenthalten.

Was *Der Spiegel* und andere Medien wie *Öko-Test* zeigen konnten: Der GDV hatte lange für genau diese Regeln lobbyiert. Seit 2011 hatte der Verband seine Forderungen mit einem Fünf-Punkte-Plan proaktiv

bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und im Finanzministerium eingebracht. Als sich ein Gesetz zur Regulierung der Versicherungskonzerne verzögerte, schlug der GDV vor, sein Anliegen anderswo unterzubringen. Das fanden die Beamt*innen im Finanzministerium anscheinend eine gute Idee. Und kopierten komplette Passagen des Fünf-Punkte-Plans ins Sepa-Begleitgesetz. Das Ministerium machte sich auch die alarmistische Argumentation des GDV zu eigen: Ohne die neuen Regeln drohe einigen Lebensversicherungsunternehmen das Aus, warnte es in einem Brandbrief. Zwar gab das Ministerium später zu, dass es der Branche gar nicht so schlecht ging. Und der Bundesrat stoppte das Gesetz in seiner ursprünglichen Version nach unzähligen Protestbriefen von Sparer*innen. **Aber fast hätte die Lobby gesiegt.** 145

"Ein Bundestagsabgeordneter erklärte mir einmal, dass er früher bei seiner Arbeit im Verteidigungsausschuss von der Lobby der Rüstungsindustrie beeindruckt war. Nachdem er aber die Arbeit des GDV kennenlernte, weiß er, dass die Waffenlobby doch noch so einiges zu lernen hat."

Axel Kleinlein, ehemaliger Vorstandssprecher, Bund der Versicherten 146

Der GDV hatte par excellence praktiziert, was der EU-Lobby-Veteran Daniel Guéguen "freundliches proaktives Lobbying" nennt: Lange bevor irgendein Gesetz ansteht ("so früh wie möglich") gehen die Lobbyist*innen auf "Schlüsselakteure" zu und suchen den "strategischen Austausch". Glaubhaft, engagiert und kooperativ werden ein Problem und die entsprechende Lösung präsentiert. Die Vorteile gegenüber dem rein reaktiven Lobbying liegen auf der Hand: "Es sind nur sehr wenige Personen involviert und sie sind sehr offen für Diskussionen", erklärt Guéguen. "Noch besser, alle Ihre Konkurrent*innen und Rival*innen sind wahrscheinlich nicht auf dem Laufenden, weil sie uninformiert oder unvorbereitet sind. Dann sind Sie allein im Spiel und profitieren für mehrere Tage oder Wochen von einem erheblichen Einflussspielraum."¹⁴⁷ Wie oft die Finanzlobby diesen Raum wohl für sich nutzt, ohne dass die Öffentlichkeit je davon erfährt?

FINANZ-LOBBYISMUS IN JUSTIZ UND RECHTSWISSENSCHAFT

In einer Studie von Anfang 2022 zeigt Finanzwende Recherche, wie finanzstarke Akteur*innen neben der Exekutive und Legislative auch Justiz und Rechtswissenschaften beeinflussen. Beispiele sind gut bezahlte Nebentätigkeiten für Richter*innen, gemeinsame Veröffentlichungen und Auftritte von Richter*innen und Anwält*innen sowie Seitenwechsel zwischen Gerichten und der Lobbyindustrie. Auch auf die Rechtswissenschaft wird Einfluss ausgeübt, zum Beispiel wenn Lehrstühle durch Unternehmen finanziert oder Gutachten aus der Finanzbranche beauftragt werden. So findet man in der deutschen

Universitätslandschaft kaum ein versicherungsrechtliches Institut, das nicht durch die Versicherungswirtschaft (mit-)finanziert wird. Ein weiterer Problembereich ist die selektive Auswahl von Urteilsveröffentlichungen, die gezielt eingesetzt werden, um Lobbyinteressen durchzusetzen.¹⁴⁸

REFERENT*INNEN-ENTWÜRFE UND ANHÖRUNGEN

In Deutschland stammt die große Mehrheit der Gesetze von der Regierung. In der Wahlperiode 2017 bis 2021 beruhten acht von zehn (81 Prozent) der vom Bundestag beschlossenen Gesetze auf Entwürfen der Bundesministerien. 149 Deren Beeinflussung ist für die Finanzlobby besonders wichtig. Der Verein Lobbycontrol erklärt, warum: "Für Lobbyist*innen ist die Frühphase der Entstehung von Gesetzen besonders interessant, da die Einflussmöglichkeiten meist umso größer sind, je weniger Formulierungen bereits festgeklopft wurden. 150

Lange bevor ein Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht wird, werden Lobbyist*innen von den Ministerien aktiv eingebunden – und klopfen proaktiv an deren Türen. "Die wirklich wichtigen Ansprechpartner sind [...] die Referentinnen und Referatsleiter", erklärt ein Ex-Lobbyist. 151 Der Politikwissenschaftler Gerd Mielke schreibt: "Gerade hier kann entscheidender Einfluss genommen werden, aber auch gerade hier besteht auf Seiten der Vertreter des politischen Bereichs die intensivste Nachfrage nach Expertise, so dass sich [...] dauerhafte und wechselseitige Austauschbeziehungen entwickeln lassen."152 Aufgrund dieses frühen informellen Austauschs enthalten Referent*innenwürfe häufig schon die Fußabdrücke der Lobby. 153

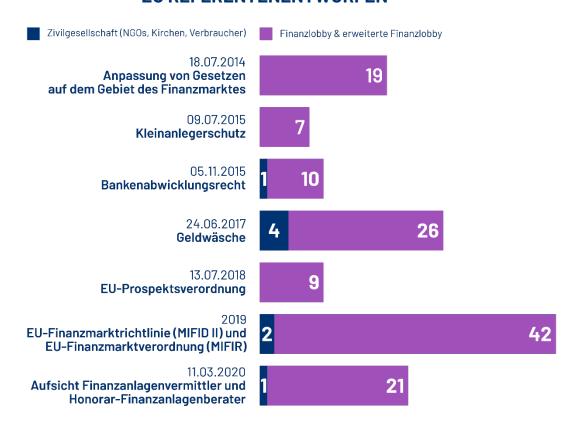
"Die größte Waffenungleichheit herrscht bei der Beteiligung an Gesprächen, bei denen es am Ende um Gesetze geht."

Marco Bülow, Ex-Bundestagsabgeordneter, über Hintergrundgespräche in Gesetzgebungsprozess¹⁵⁴

Daneben gibt es die formelle Einbindung über Stellungnahmen zu den Entwürfen, zu denen das federführende Ministerium einlädt. Eine Analyse von über 500 Kommentaren zu finanzpolitischen Referent*innenentwürfen, die zwischen 2014 und 2020 aus dem Finanzministerium kamen, zeigt: Die Finanzlobby ist in dieser frühen Phase der Gesetzgebung sehr präsent. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) etwa kommentierte fast jeden der analysierten Entwürfe. Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK) äußerte sich zu zwei Dritteln, der Bundesverband Investment und Asset Management (BVI) sowie der Verband der Auslandsbanken (VAB) jeweils zu über der Hälfte der Referent*innenentwürfe. 155

Stimmen aus der Zivilgesellschaft, also beispielsweise von Verbraucherschützer*innen, werden dagegen kaum gehört. Beim Entwurf zum Kleinanlegerschutzgesetz von 2014 gab es keine einzige Stellungnahme einer zivilgesellschaftlichen Organisation. Bei der Konsultation zur EU-Finanzmarktrichtlinie MiFID II im Jahr 2019 lag das Verhältnis bei 20:1 – auf jeden Kommentar aus der Zivilgesellschaft kamen also 20 aus der Finanzlobby. Im Schnitt kam bei den Gesetzentwürfen des Finanzministeriums (2014–2020) auf neun Stellungnahmen von Finanzlobbyist*innen nur eine aus der Zivilgesellschaft – ein massives Ungleichgewicht. 156

DAS UNGLEICHGEWICHT BEI STELLUNGNAHMEN ZU REFERENTENENTWÜRFEN

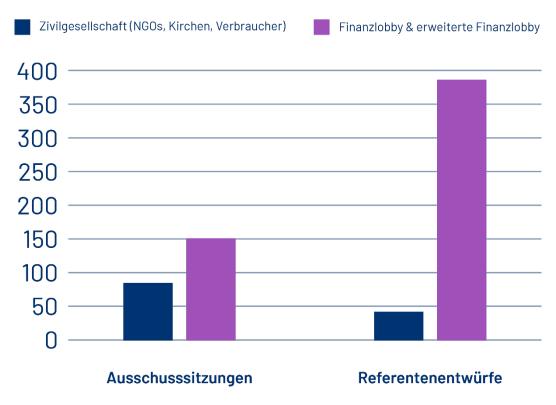


Quelle: Bürgerbewegung Finanzwende 157

Das Verhältnis ist ausgeglichener bei Anhörungen des Finanzausschusses des Bundestags – einem weiteren Kanal der direkten Einflussnahme auf finanzpolitische Gesetze. Hier sind Expert*innen von Universitäten und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft stärker vertreten. **Allerdings ist die Richtung der Gesetze zum Zeitpunkt der Anhörungen im Bundestag längst festgelegt.** "Wenn das Finanzministerium bestimmte Themen nicht in Gesetzentwürfe hineinschreibt, dann würde das Parlament darüber überhaupt nicht diskutieren", erklärte der frühere Geschäftsführer des BVI einmal gegenüber Journalisten. Die Rolle des Finanzministeriums in der Gesetzgebung sei eine besonders starke. ¹⁵⁸ Für die Finanzbranche ist es daher Ziel Nummer Eins der Lobbyarbeit.

FINANZLOBBY VS. ZIVILGESELLSCHAFT BEI LOBBYKONTAKTEN

betrachteter Zeitraum 2014-2020



Quelle: Bürgerbewegung Finanzwende 159

MITTEN IM MINISTERIUM: FINANZLOBBYIST*INNEN ALS LEIHBEAMTE

2006 deckte das Fernsehmagazin Monitor auf, wie Lobbyist*innen regelmäßig als Leihbeamt*innen in Ministerien angeheuert wurden – bezahlt von ihren Unternehmen und Verbänden. Über 100 Lobbyist*innen kamen durch die Recherche ans Licht, darunter zahlreiche Mitarbeiter*innen von Finanzkonzernen und -verbänden, die sich vom Kanzleramt bis zum Gesundheitsministerium in zahlreichen Regierungsbehörden tummelten. Teilweise hatten sie dort eigene Büros und Zugang zu Interna, sprich: Insiderwissen und frühe Eingriffsmöglichkeiten in laufende Prozesse. "Die Konzerne kaufen sich auf diese Weise ganz legal in staatliches Handeln ein", brachten die Fernsehjournalisten Sascha Adamek und Kim Otto den Skandal auf den Punkt. ¹⁶¹

Eine Lobbyistin des Bundesverband Investment und Asset Management (BVI) hatte auf diesem Wege im Finanzministerium am Gesetz zur Modernisierung des Investmentwesens von 2003 mitgewirkt. Das bis dato verbotene Angebot von risikoreichen Hedgefonds wurde damit erstmals auch in Deutschland zugelassen. "Natürlich sind die Interessen vom BVI eingeflossen" sagte der damalige Hauptgeschäftsführer. Und weiter: "Ich glaube [...], dass es dem Gesetz gutgetan hat, dass eine kompetente Fachfrau beim Schreiben des Gesetzentwurfs mitgewirkt hat."¹⁶² Auch Mitarbeiter*innen des Bundesverbands Öffentlicher Banken, der Deutschen Börse und des Bankenverbands schrieben so an Gesetzen mit, die ihre Arbeitgeber*innen betrafen. ¹⁶³

Inzwischen ist die Zahl externer Mitarbeiter*innen in Ministerien zurückgegangen. Und es gelten strengere Regeln. Laut Innenministerium nahmen zuletzt 23 Personen am "Personalaustausch" teil, darunter 5 aus Verbänden beziehungsweise Unternehmen. Das Finanzministerium war an dem Tausch nicht mehr beteiligt. 164

KUMPANEI IN HINTERZIMMERN

Egal, ob sich der Chef-Lobbyist der Deutschen Kreditbank (DKB) nach einem Treffen mit dem finanzpolitischen Sprecher der FDP für die lockere "Jeans-Termin" Atmosphäre bedankt¹⁶⁵ oder ob der Fondsverband BVI eher trocken von "mehreren hundert Fachgesprächen pro Jahr mit dem europäischen und deutschen Gesetzgeber und der Aufsicht" schreibt¹⁶⁶ – vertrauensvolle Gespräche hinter verschlossenen Türen sind eines der wichtigsten Instrumente der Finanzlobby. Sie gehören "zur unmittelbarsten und effektivsten Form des Lobbying", so die Volkswirtin Diana Wehlau. ¹⁶⁷

"Von der Stimmung her absoluter Jeans-Termin!" Twitter-Austausch zwischen Andreas K. Gruber, Leiter Public Affairs und Nachhaltigkeit bei der DKB, und Markus Herbrand, finanzpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag, 22. März 2022¹⁸⁸

"Fach- und Hintergrundgespräche sind eines der stärksten Mittel der Public Affairs", schreiben zwei PR-Berater in einem Magazin Interessenverbände. Lobbyisten könnten solchen Gesprächen nicht nur vertrauliche Informationen erlangen und in eigens für den Termin erstellten Papieren und Präsentationen ihr Anliegen platzieren, sondern auch Vertrauen aufbauen. "Verbände, die einen geschützten Raum für den vertrauensvollen Austausch mit der Politik schaffen, festigen ihre Beziehungen zu den politischen Akteuren langfristig", so die Berater. 169 Ist das Vertrauen da, können sogar gemeinsam Strategien geschmiedet werden.



"Es ist uns gelungen, einer ständig wachsenden Zahl von Abgeordneten und ministerialen Entscheidungsträgern Themen und Standpunkte der Vermittler nahe zu bringen […]. Die Gespräche in Berlin laufen in einer Intensität und gegenseitigen Offenheit […]."

Michael H. Heinz, Präsident des Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVK)¹⁷⁰

Doch nur selten werden solche Lobbytreffen bekannt. Anfragen der Opposition im Bundestag spielen dabei eine wichtige Rolle. So hat die Bundesregierung nach einer Anfrage der Linkspartei eine lange Liste von 120 Lobbykontakten zwischen September und Dezember 2021 veröffentlicht.¹⁷¹ In knapp 100 Fällen¹⁷² war der heutige Staatssekretär im Bundeskanzleramt und ehemalige Goldman-Sachs-Lobbyist, Jörg Kukies, dabei: mit Goldman Sachs, BlackRock, der Commerzbank, der Barclays Bank,

dem Verband der Auslandsbanken, dem Bundesverband der Versicherungskaufleute, Union Investment, dem Verband der Volksbanken und Raiffeisenbanken, der Deutschen Börse, Generali – die Liste ließe sich fortsetzen. Auch Abendessen von Kukies befinden sich darauf, zum Beispiel mit der Allianz, der Citibank und der Bank of America. Mit Gewerkschafter*innen, Verbraucherschützer*innen und anderen zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen saß Kukies dagegen nur sehr selten zusammen.

AUSZUG AUS LISTE VON LOBBYKONTAKTEN DER BUNDESREGIERUNG (SEPTEMBER BIS DEZEMBER 2021)

3.11.2021	Gespräch	St Dr. Kukies (BMF),	Gespräch
	St Dr. Kukies mit	Mitglied des Vorstands der	_
	Deutsche Bank	Deutschen Bank	
3.11.2021	Abendessen mit	St Dr. Kukies (BMF),	Abendessen
	Banken- und	Vorstandsvorsitzende Allianz,	
	Versicherungs-	BlackRock, Citibank, HSBC, Bill	
	vertretern	Gates Foundation, Bank of	
		America	
3.11.2021	Corona-Hilfen für	Vereinigung der Dienstleister an	Antwortschrei-
	Flughafendienst-	Deutschen Flughäfen e. V.	ben von PStin
	leister		Ryglewksi
			(BMF)
3.11.2021	Glasgow Financial	St Dr. Kukies (BMF),	Teilnahme St
	Alliance for Net	Vorstandsvorsitzende Santander,	Dr. Kukies
	Zero	Citigroup, BNP Paribas, Macquarie	
4.11.2021	Gespräch mit Bank	St Dr. Kukies (BMF),	Gespräch
	of America	Vorstandsvorsitzender Bank of	_
		America	

Quelle: Deutscher Bundestag¹⁷³

Was genau in diesen Tête-à-Têtes besprochen wurde, wird die Öffentlichkeit jedoch nie erfahren. Auf Anfrage wurde dem Portal abgeordnetenwatch vom Finanzministerium mitgeteilt, es gäbe keine Aufzeichnungen.¹⁷⁴ In anderen Fällen verweigert die Bundesregierung selbst Informationen darüber, welche Lobbyist*innen ihre Minister*innen und Beamt*innen überhaupt getroffen haben (siehe Box auf Seite 23).

PROFITINTERESSEN IN ALLGEMEININTERESSE VERWANDELN

In den Gesprächen und darüber hinaus ist eines der Hauptinstrumente für erfolgreiches Lobbying, eigene Profitinteressen als Allgemeininteresse zu verkaufen. "Perspektivenwechselkompetenz" nennt das die Lobby-Agentur EUTOP, die unter anderem für die Versicherungskammer Bayern arbeitet. ¹⁷⁵ Die Agentur schreibt: "Es reicht nicht, das eigene Anliegen in klarer Sprache an den richtigen Entscheider heranzutragen. [...] Um Entscheider überzeugen zu können, braucht es einen tiefgreifenden Betrachtungswechsel, der das Gemeinwohl mit dem eigenen Anliegen verknüpft. Auf diese Weise fällt es dem Entscheider leichter, sich im Sinne des Anliegens zu positionieren."¹⁷⁶

"Wenngleich die lobbyistisch vertretenen Sonderinteressen nur in den seltensten Fällen mit dem vom Staat zu vertretenen Gemeinwohl übereinstimmen, gehört es zum Grundsatz der Öffentlichkeitsarbeit, gemeinwohlorientiert und gesamtwirtschaftlich zu argumentieren, da dies die Durchsetzungschancen gemeinhin erhöht."

Diana Wehlau, Autorin des Buchs "Lobbyismus und Rentenreform" 177

Der Erfolg der Finanzlobby bei der Einführung der umstrittenen Riester-Rente (siehe Kapitel 4.3) geht auch auf diese Strategie zurück. Natürlich trat die Lobby nicht auf und sagte: "Ob Menschen im Alter arm sind oder nicht ist uns egal, wir wollen nur ihr Geld." Vielmehr nutzte die Versicherungsbranche Gemeinwohl-Rhetorik. Diana Wehlau, die die Kampagne für die Riester-Rente erforscht hat, schreibt: "Das privatwirtschaftlich motivierte Interesse an einer indirekten Subventionierung der Branche wurde in umfassende Konzepte gefasst, welche nach außen hin die 'Vermeidung von Altersarmut' und die 'Sicherung des Standortes Deutschlands' zum Ziel hatten – allesamt Ziele, welche politische Entscheidungsträger und zudem der Öffentlichkeit relativ gut zu vermitteln waren." **So erschien die Versicherungswirtschaft nicht als "besitzstandswahrender Lobbyist", sondern als "Partner" der Politik**, und wurde früh ins Boot geholt.¹⁷⁸

VERZÖGERN, VERWÄSSERN, IN DETAILS ERTRÄNKEN

Verzögern und verwässern – auf diese Strategien setzt die Finanzlobby immer wieder. Zum Beispiel bei der Finanztransaktionssteuer: Während sie anfangs noch direkt bekämpft wurde, forderte die Finanzlobby irgendwann nur noch eine Ausnahme nach der anderen. **Am Ende einer langen Kette von Ausnahmen stand dann wieder das Ende der Steuer** (siehe Kapitel 4.2). Auch striktere Eigenkapitalregeln für Banken hat die Lobby immer wieder erfolgreich verwässert und mit Forderungen nach längeren Umsetzungsfristen verzögert. In der EU muss die finale Umsetzung der neuen und von vielen als zu lax betrachteten Regeln nun vermutlich erst 2030 abgeschlossen sein – ganze 22 Jahre nach der großen Finanzkrise, die die Notwendigkeit von Reformen gezeigt hatte (siehe Kapital 4.6).

Eine andere Strategie: Regulierung hyperkomplex machen. "Die Lobbyisten der Finanzinstitute verwenden viel Energie darauf, die Gesetzgeber systematisch in Details zu ertränken", sagt Thierry Philipponnat, Chefökonom bei der Brüsseler Organisation Finance Watch. **Denn komplexe Gesetze bieten viel Platz für Schlupflöcher.** Zum anderen bringt Komplexität wieder mehr Zeit: "Jedes Detail nimmt sechs Monate, ein Jahr, zwei Jahre in Anspruch. Währenddessen bleiben die fundamentalen Probleme ungelöst", sagt Philipponnat.¹⁷⁹

"Die Finanzindustrie hat die Politik in die Detailfalle gelockt."

Thierry Philipponnat, Finance Watch¹⁸⁰

Was Finanzlobbyist*innen in die Hände spielt: die Komplexität der Produkte, um die es geht. Das Privatwissen, die technische Expertise in der Finanzbranche kreiert einen enormen Wissensvorsprung für ihre Lobby. Und sie macht es leicht, in der Politik Verwirrung zu stiften und Reformen aufzuschieben. Viele der Behauptungen der Finanzlobby hätten jedoch "ebenso viel Substanz

wie die neuen Kleider des Kaisers in Andersens Märchen", schreiben die Ökonom*innen Anat Admati und Martin Hellwig. 181 In "Des Kaisers neue Kleider" lässt sich der Kaiser einreden, er trage besonders edle Kleider, die nur von besonders edlen Personen gesehen werden können. Aber in Wirklichkeit spaziert er nackt durch die Gegend. Die Behauptungen der Finanzlobby seien wie diese Kleider, argumentieren Admati und Hellwig: Sie werden "zumeist gar nicht hinterfragt", obwohl sie manchmal völliger Humbug seien – "zu einschüchternd wirkt die Fassade der Kompetenz und des Selbstvertrauens dieser Experten."182

DICHTUNG UND WAHRHEIT: LOBBY-BOTSCHAFTEN, DIE VERFANGEN

Wer die Finanzlobby in unterschiedlichen Auseinandersetzungen beobachtet, stößt immer wieder auf dieselben Botschaften. Das sind die Top-Lines der Finanzlobby (siehe Fallstudien, Kapitel 4):

- Das schadet der Realwirtschaft egal ob eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken (Tenor: "verteuert Dienstleistungen für die Realwirtschaft") oder höhere Eigenkapitalanforderungen für Banken (Tenor: "verteuert Kredite, kostet Millionen Arbeitsplätze").
- **Die kleinen Sparer*innen zahlen den Preis** zum Beispiel für ein Provisionsverbot beim Verkauf von Finanzprodukten (nach dem Motto: "die es am dringendsten brauchen, werden so von der Beratung abgeschnitten") oder für die Finanztransaktionssteuer (nach dem Motto: "wer Geld anlegt oder fürs Alter vorsorgt, wird massiv belastet").
- Freiwilligkeit statt Überregulierung unter anderem bekannt aus der Debatte um die EU-Taxonomie (Mantra: "freiwillige Nachhaltigkeit effizienter als starre Nachhaltigkeitsbürokratie").
- Das überleben wir nicht wenn weiter so reguliert wird, gibt es bald keine Finanzvertriebe (wahlweise ersetzen durch: wettbewerbsfähigen Banken, Versicherungen, Filialen...) mehr.
 Dank dieses Mantras musste zum Beispiel die Warburg Bank ihre geraubten CumEx-Gelder anfangs nicht zurückzahlen – und die Politik tanzte inmitten der Finanzkrise nach der Pfeife der Banken.
- Das ist ein Geschenk an unregulierte Finanzplätze beliebtes Argument gegen eine europäische Finanztransaktionssteuer (nach dem Motto: "Börsenprofis können ihren Handelsort ändern und die Steuer umgehen").
- **Das schadet uns im internationalen Wettbewerb** bekannt aus der Eigenkapitaldebatte, wo das übrigens auf beiden Seiten des Atlantiks behauptet wurde, mit wechselnden Rollen.
- Wir waren es nicht angebracht etwa gegen eine Trennbankenreform (Tenor: "deutsche Banken sind gut aus der Krise gekommen, nur die US-Banken hatten Probleme") und Mantra der Versicherungsbranche nach der Krise 2008/09 (Tenor: "wir generieren nicht solche Risiken wie Banken, uns daher bitte nur sanft regulieren").

TEILE UND HERRSCHE

Vor allem im Ping-Pong zwischen den EU-Mitgliedstaaten praktiziert die Finanzlobby immer wieder erfolgreich die "Teile und Herrsche"-Strategie. Hier geht es darum, politische Unterhändler*innen so gegeneinander auszuspielen, dass sie ihr gemeinsames Ziel, beispielsweise stabile Finanzmärkte, vor lauter Differenzen nicht mehr verfolgen. So wie bei der Finanztransaktionssteuer (siehe Kapitel 4.2): Hier hat die Finanzlobby Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedsstaaten verschärft, bis immer mehr aus dem Projekt ausstiegen. Andere EU-Staaten führten eigene nationale Steuern in abgeschwächter Form ein und wollten den europaweiten Vorschlag der Europäischen Kommission entsprechend angepasst sehen. Trotz großer öffentlicher Unterstützung für die Steuer wurde die politische Dynamik so im Klein-Klein erstickt.¹⁸³

Auch bei der Trennbanken-Reform spielte die Finanzlobby politische Ebenen erfolgreich gegeneinander aus. Im Herbst 2012 hatte eine Gruppe von EU-Expert*innen vorgeschlagen, Handelsgeschäfte großer Banken in Tochtergesellschaften auszulagern. Sie sollten vom Einlagengeschäft getrennt, also in ein Trennbanken-System überführt werden. Die Idee dahinter: Im Falle einer Pleite könnte eine Bank, die sich im Investmentgeschäft verzockt hat, leichter abgewickelt – und der Teil der Bank, in dem die Einlagen der Sparer*innen liegen, gerettet werden. Es war der Versuch, Lehren aus der Finanzkrise zu ziehen, in der die Steuerzahler*innen mehrfach für die Milliarden-Verluste der Banken geradestehen mussten.

Besonders die Deutsche Bank lief Sturm gegen den Vorschlag. ¹⁸⁵ Sie profitierte massiv davon, dass staatliche Garantien für das Privatkundengeschäft letztendlich auch das Investmentbanking billiger machten und wollte diese faktischen Subventionen auf keinen Fall verlieren. Um für eine "Bankenregulierung light" zu lobbyieren, verbrachte der damalige Co-Chef der Deutschen Bank, Anshu Jain, deshalb laut *Manager Magazin* die Hälfte seiner Arbeitszeit in Berlin. Mit Erfolg: **Im Entwurf für ein nationales Trennbanken-Gesetz, den die Bundesregierung im Februar 2013 vorlegte, war von der Trennung kaum noch etwas übrig.** ¹⁸⁶ Bei einer Anhörung im Finanzausschuss des deutschen Bundestages ging ein Sachverständiger davon aus, dass nur ein Prozent des Geschäftsvolumens großer Banken durch das Gesetz abgetrennt würde. ¹⁸⁷

"Die EU stand geschlossen hinter dem Ansatz [zur Banken-Regulierung]. Aber dann kam Deutschland und lehnte ihn ab! Die Deutsche Bank war maßgeblich daran beteiligt."

EU-Beamte*r¹⁸⁸

Trotz – oder gerade wegen – seiner Schwäche hatte das deutsche Gesetz massive Auswirkungen auf den EU-Trennbanken-Vorschlag, der in den Folgejahren immer weiter abgeschwächt wurde. 189 2017 zog die Europäische Kommission die Trennbanken-Idee aufgrund mangelnder Unterstützung schließlich ganz zurück. Regierungen und Parlamente unterlägen eben immer noch dem "eisernen Griff der Finanzlobby", kommentierte die Nichtregierungsorganisation Finance Watch die Entscheidung enttäuscht. 190

KAUF DIR EINEN PROF: AUFTRAGSGUTACHTEN

Um die eigenen Anliegen vermeintlich objektiv in Szene zu setzen, bedient sich die Finanzlobby der Wissenschaft. In politischen Auseinandersetzungen werden Studien in Auftrag gegeben, die die Agenda der Lobby durch vermeintlich unabhängige Stimmen untermauern sollen. In vielen der in Kapitel 4 dargestellten Lobby-Auseinandersetzungen spielten solche Auftragsgutachten eine wichtige Rolle: Sie prognostizierten zum Beispiel verheerende Auswirkungen der Finanztransaktionssteuer auf Kleinanleger*innen und Realwirtschaft – und trugen damit zur Verunsicherung der Politik bei, die die Steuer immer weiter verwässerte und verzögerte (siehe Kapitel 4.2). Im CumEx-Skandal befanden bezahlte Wissenschaftler*innen die räuberischen Aktiengeschäfte für rechtmäßig und verpassten ihnen so eine Scheinlegalität, ohne die der Steuerraub seine heute bekannten Ausmaße vermutlich nie erreicht hätte (siehe Kapitel 4.5).

Professor Dr. Joachim Englisch beispielsweise, Experte für Steuerrecht an der Uni Münster, legitimierte in Gutachten mehrfach CumEx-Geschäfte. Beauftragt wurde er von "Mr. CumEx" Hanno Berger. Der soll dem Professor 250.000 Euro gezahlt haben – mehr als sein jährliches Universitätsgehalt. 191 Englisch selbst gab im CumEx-Untersuchungsausschuss an, sich an den Sätzen großer Kanzleien orientiert zu haben: bei 500 bis 600 Euro die Stunde. 192 Auch öffentlich argumentierte Englisch, dass die "Kriminalisierung der Cum-ex-Modelle [...] haltlos" sei – weil sie auf "falschen rechtlichen Prämissen" basiere. 193

"Ein schmuddeliges Geschäft. [...] Man muss es käufliche Wissenschaft nennen."

Michael Adams, ehemaliger Professor für Wirtschaftsrecht, Uni Hamburg, über Kolleg*innen, die sich von der Versicherungswirtschaft einspannen lassen 194

Manche Wissenschaftler*innen scheinen sich immer wieder von der Finanzlobby einspannen zu lassen. Professor Dr. Bernd Raffelhüschen ist so einer, Rentenökonom an der Uni Freiburg und seit den 1990er Jahren einer der wichtigsten Fürsprecher für mehr kapitalgedeckte Altersvorsorge. Er sitzt in diversen Aufsichtsräten (zum Beispiel der Volksbank Freiburg und einer Tochtergesellschaft der Union Investment 195) und ist ein gut bezahlter Referent bei Finanzdienstleistern (zum Beispiel bei den Roadshows des Bundesverbands Deutscher Vermögensberater 196). Sein Forschungszentrum wird unter anderem finanziert von Union Investment und der Ideal Lebensversicherung. 197 Für Union Investment erstellt Raffelhüschen den jährlichen Vorsorgeatlas. Laut Medienberichten zahlte der Vermögensverwalter dafür in der Vergangenheit Summen, die etwa zehn Prozent der gesamten finanziellen Mittel von Raffelhüschens Institut ausmachten. 198 Die Ergebnisse sind wenig überraschend: "Gesetzliche Rente [...] kann Lebensstandard bei Weitem nicht sichern". "Wer privat vorsorgt, kann seine Rentenlücke schließen." Und: "Die Riester-Rente erfüllt ihre sozialpolitischen Aufgaben", so der Vorsorgeatlas 2021. 199 Es mag kaum überraschen, dass Union Investment auch Riester-Fonds-Sparpläne verkauft.

Raffelhüschen und Co. werden in Beratungsgremien der Politik berufen und sind in Medien als unabhängige Sachverständige präsent – **ohne, dass ihre Verbindungen zur Finanzbranche erwähnt werden**. Ihre Seriosität und vermeintliche Unabhängigkeit verleiht dem Treiben der Finanzlobby so wissenschaftliche Weihen.²⁰⁰

"DER PARTEITAG WIRD IHNEN PRÄSENTIERT VON…": PARTEISPENDEN UND - SPONSORING

Hier 200.000 Euro vom Finanzunternehmer Carsten Maschmeyer an die FDP. Da je 100.000 Euro der Deutschen Vermögensberatungsberatung (DVAG) an SPD und Grüne und weitere 150.000 Euro an die FDP sowie 300.000 Euro an die CDU. ²⁰¹ Im Wahljahr 2021 überwiesen reiche Privatpersonen, Konzerne und Lobbyverbände mehr Großspenden an die politischen Parteien als je zuvor. ²⁰² Auch Teile der Finanzbranche bedienten sich des Lobby-Instruments Parteispende. In der 19. Legislaturperiode (2017 bis 2021) stand die DVAG mit über 1,65 Millionen Euro Spenden auf Platz zwei der größten Geldgeber*innen der Parteien. ²⁰³

Ziel dieser Spenden sind nicht unbedingt unmittelbare konkrete Gefallen der Politik – auch wenn es durchaus Spenden in auffallend zeitlicher Nähe zu bestimmten Gesetzesvorhaben gibt. ²⁰⁴ In der Regel geht es jedoch um "parteiübergreifende Landschaftspflege", so die Volkswirtin Diana Wehlau. ²⁰⁵ SPD und Grüne erhielten beispielsweise erstmals 1998 Großspenden von Finanzdienstleistern. Bis dato hatten diese nur an die Unionsfraktion und die FDP gespendet. Aber nach Ankündigung der rot-grünen Rentenprivatisierung hatten Banken, Versicherungsunternehmen und Finanzvermittler*innen anscheinend Interesse an einem guten Draht zu rot-grün. An schwarz-gelb wurde derweil auf hohem Niveau weiter gespendet. Beziehungspflege eben. ²⁰⁶

"Millionenspenden an Parteien korrumpieren. Die Spenden sind ja keine Almosen, sondern die Geldgeber erwarten etwas. In einer Demokratie muss aber jede Stimme gleich viel wert sein."

Fabio de Masi, "Finanzdetektiv" und ehemaliges Mitglied des EU Parlaments und Bundestags²⁰⁷

Andere setzen auf Parteisponsoring. Das Versicherungsunternehmen Debeka, der Verband der privaten Bausparkassen, die Sparkassen Finanzgruppe und Union Investment tauchen regelmäßig als Sponsor*innen von Parteitagen auf – von Grünen, ²⁰⁸ SPD, ²⁰⁹ CDU²¹⁰ und FDP²¹¹ wohlgemerkt. Nach dem Deutschlandtag der Jungen Union im Oktober 2021 feierte das Mitgliedermagazin des Jugendverbandes der CDU seine Sponsoren in einer doppelseitigen Fotokollage. "Jens Spahn schaut bei der Debeka vorbei" war unter den bunten Schnappschüssen zu lesen. Oder: "Dorothee Bär und Philipp Amthor lassen sich die traditionellen Kaffeeverköstigungen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes nicht entgehen."²¹²

Die Fotos illustrieren, warum Lobbycontrol Sponsoring als tendenziell noch effektiveres Lobbyinstrument einschätzt als Parteispenden. "Sponsoren erhalten für ihre Zahlungen das Recht, den gesponserten Entscheidungsträgern ihre Botschaften und Anliegen unmittelbar vorzutragen", ²¹³ so die Organisation. Nach dem Motto: "Neben einem informativen Austausch mit Jens Spahn am Stand der Privaten Krankenversicherung e.V. gibt es auch noch einen der leckeren Smoothies."²¹⁴

DAS A UND O DES FINANZLOBBYISMUS: DAS "BEZIEHUNGSKONTO"

Der Milliardär und langjährige Chef der US-Bank JP Morgan, Jamie Dimon, sagte einmal, seine Bank erziele eine gute Rendite mit ihrem "siebten Geschäftsfeld": den Beziehungen zur Politik. ²¹⁵ Zur Pflege dieser Beziehungen, den "government relations", gehört all das, was hier bereits beschrieben wurde: die formale Beteiligung an Gesetzverfahren, der freundlich proaktive "Lösungsvorschlag" für ein Problem der Branche, der aufmerksame Geburtstagsgruß an die Referent*innen, die Einladung von Abgeordneten zu einem gut bezahlten Vortrag. Auch inhaltlich maßgeschneiderte Webinare für die Mitarbeiter*innen in den Büros der Abgeordneten gehören dazu. "Die Hilfsbereitschaft der Finanzlobby ist wirklich grenzenlos", sagt eine frühere Mitarbeiterin eines Europa-Abgeordneten. ²¹⁶

Als spezialisierte Beraterin macht sich die Finanzlobby so scheinbar unentbehrlich. Mit harmlosen Nettigkeiten stimmt sie Kontakte in Politik und Behörden wohlgesonnen. Über gewachsene Beziehungen übt sie subtil Einfluss aus. "Korruption auf Erste-Welt-Niveau" nennt das der Journalist Hans-Martin Tillack. Und verweist auf den US-Korruptionsexperten Michael Johnston. Diese Form der Einflussnahme sei laut Johnston typisch für Deutschland, direkte Bestechung dagegen eher selten. 217

"Die plumpe Version der Korruption ist es, jemandem einen Geldumschlag zu überreichen, um dafür einen Auftrag der Regierung zu bekommen. Eleganter und auf Erste-Welt-Niveau geht derjenige vor, der nach und nach ein Verhältnis der Nähe zu jemandem aufbaut, der ihm vielleicht irgendwann helfen kann."

Hans-Martin Tillack, Journalist und Autor von "Die Lobby Republik"²¹⁸

Das deutsche Paradebeispiel ist der Finanzunternehmer Carsten Maschmeyer. Die Journalisten Wigbert Löer und Oliver Schröm beschreiben ihn in ihrem Buch "Geld Macht Politik" als "Günstling und Gönner der Mächtigen"²¹⁹, der mit Umgarnungen beispielsweise bei der Riester-Rente die politischen Weichen auf mehr Profit stellte (siehe Kapitel 4.3). Maschmeyer prägte den Begriff "Beziehungskonto": Nettigkeiten und Gefälligkeiten seien Investitionen, die man einzahlt – bis man irgendwann eine Abhebung tätigt. Ganz wie im "siebten Geschäfsfeld" von JP Morgan.

3.3 DEEP LOBBYING: BEEINFLUSSUNG VON ÖFFENTLICHKEIT UND GESELLSCHAFT

Beim indirekten Lobbyismus der Finanzlobby ist die Gesellschaft als Ganzes Adressatin. Ziel ist, die öffentliche Gunst zu gewinnen – und darüber auf politische Entscheidungen einzuwirken. Frei nach dem Motto: Sind Medien und Öffentlichkeit erst einmal an Bord, folgen die Politiker*innen. Doch es geht dabei längst nicht nur um konkrete Gesetzesvorhaben. Sondern um die langfristige Beeinflussung von Meinungen und Gewohnheiten, von Denken und Handeln. Es geht um "Deep Lobbying".

"Lobbyarbeit zielt heute nicht nur auf Politik, sondern auch auf Wissenschaft, Presse und Bürger."

Kai Schulze, Leiter des Berliner Büros des Fonds-Lobby-Verbands BVI²²⁰

Markus Balser und Uwe Ritzer von der *Süddeutschen Zeitung* beschreiben es so: "Strategien wie 'Deep Lobbying' zielen nicht mehr auf die nächste Bundestagsentscheidung. Sie sind langfristig angelegt. [...] **Es geht um eine politisch-gesellschaftliche Manipulation.** Es geht darum, Zeitgeist zu produzieren und die eigenen Ziele für die Masse wünschenswert erscheinen zu lassen."²²¹ Für die Organisation Lobbycontrol ist Deep Lobbying Teil einer erweiterten Lobbystrategie, die darauf zielt, Einstellungen, Stimmungen und Diskurse in eine bestimmte Richtung zu lenken.²²²

Laut Balser und Ritzer setzt die Lobbybranche damit immer früher an: "in Kindertagesstätten und in Schulen etwa, wo beispielsweise die Finanzwirtschaft mit heiligem Eifer bei Jugendlichen an ihrem durch die Finanzkrise ramponierten Image feilt, Zweifel und Unbehagen am Sozialstaat nährt und stattdessen private Eigenvorsorge propagiert, die wiederum bei Banken und Versicherungen ordentlich die Kassen klingeln lässt."²²³ Auch Werbung, Sponsoring und die Beeinflussung von Medien und Wissenschaft tragen dazu bei, in der Öffentlichkeit ein positives Bild der Finanzbranche zu zeichnen und Zeitgeist zu formen.

MEINUNGSMACHE AN SCHULEN UND KITAS

Mit Unterrichtsbesuchen, kostenlosen Lehr-Materialien und Wettbewerben ist die Finanzlobby zunehmend an Schulen präsent. Von der "45 Minuten in Sachen Finanzen" Unterrichtseinheit der Schufa ("eignet sich, um kurzfristig die Vertretung für eine Kollegin oder einen Kollegen zu übernehmen"²²⁴) bis zu sechs vom Bankenverband konzipierten Doppelstunden rund um Geld, Sparen, Anlegen, Rente und Kredite²²⁵ finden Lehrkräfte alles für die Finanzbildung im Klassenzimmer. Über den Schulservice der Sparkassen, ²²⁶ der Volksbanken und Raiffeisenbanken²²⁷ und das "Hoch im Kurs"-Projekt des Fondsverbands BVI können "kostenlose Experten für ihren Unterricht"²²⁸ gebucht werden. Wettbewerbe wie SchulBanker vom Bankenverband, ²²⁹ das Planspiel Börse der Sparkassen²³⁰ und FinanzTuber von der Deutschen Bank²³¹ versprechen Schüler*innen einen spielerischen Zugang zur Finanzwelt.

"Mit den Unterrichtsmaterialien des Bankenverbandes können Lehrerinnen und Lehrer Finanzbildung von spielerisch bis herausfordernd in ihren Schulunterricht integrieren."

Bundesverband Deutscher Banken²³²

Lobbycontrol spricht von Lobbyismus an Schulen, wenn "politische Ansichten vermittelt werden und [...] das politische Klima in der Gesellschaft Ziel der Aktivitäten ist."²³³ Mal geht es um inhaltliche Einflussnahme – beispielsweise wenn die Allianz Umweltstiftung beim Thema Hochwasser prognostiziert, dass Investitionen in Prävention und Warndienste keinen ausreichenden Schutz vor Hochwasserrisiko böten und Betroffene dieses daher selbst absichern müssten.²³⁴ Mal geht es um Image-Aufbesserung. 2015 warb die Bildungsagentur YAEZ, die den FinanzTuber Video-Wettbewerb der Deutschen Bank entwickelt hat, folgendermaßen für Unternehmens-Material im Unterricht: Unternehmen könnten dadurch "als engagiert wahrgenommen", "das Image des Unternehmens oder einer ganzen Branche verbessert" und "ein positives Bild der eigenen Produkte und Meinungen" vermittelt werden.²³⁵

Übrigens geht das schon in der Kita los. Um die ganz Kleinen an das sperrige Thema Kapitalmärkte heranzuführen, hat die Deutsche Börse 2017 das Pixie-Büchlein "Marktplatz der Tiere" herausgegeben. Eichhörnchen Flocke und andere Tiere tauschen darin Nüsse und Walderdbeeren hin und her. Kinder von drei bis sechs lernten so "spielerisch einen Begriff von Eigentum kennen", so die Deutsche Börse. 30.000 Bücher verschenkte sie an 500 hessische Kitas, zusammen mit einem entsprechenden "Aktionspaket". Den damaligen hessischen Familienminister gewann die Börse für eine Kindergarten-Lesetour. 236

DIE FINANZLOBBY ALS MEDIENMACHER

Um die öffentliche Meinung zu formen, brauchen Finanzlobbyist*innen die Medien. "Denn Politik ist nur das, was auch in den Medien stattfindet", schrieb der verstorbene Journalist Thomas Leif einmal.²³⁷ Journalist*innen sind deshalb Adressat*innen und "Journo-Lobbying" ist ein wichtiges Instrument der Finanzlobby.

Laut Uwe Krüger vom Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaften an der Uni Leipzig gehen die Mittel dafür weit über Pressemitteilungen und Pressekonferenzen hinaus. "Ziel ist das langfristige Setzen von Themen und deren strategisches Framing. Dafür wird viel Geld ausgegeben", so Krüger. ²³⁸ Es fließt in Studien, in von Medien gern veröffentlichte Rankings, in Gastkommentare und spezielle Workshops für Journalist*innen. Im besten Fall bringt diese "langfristig angelegte, allgemeine Meinungspflege" erst mediale Aufmerksamkeit und dann Unterstützung für die eigene Agenda, so Diana Wehlau. In ihrer Untersuchung der Lobbykampagne für die Riester-Rente konnte sie zeigen, wie eine langjährige PR- und Medien-Kampagne der Finanzindustrie mit den Boden für die Teilprivatisierung der Altersvorsorge bereitete. ²³⁹

Verbände wie der Gesamtverband der Versicherer (GDV) haben ihre Kommunikationsabteilungen deshalb schon vor Jahren aufgestockt und zu modernen Redaktionen umgebaut, die Medien eigene Inhalte anbieten. ²⁴⁰ In einer internen Präsentation des GDV von 2014 heißt es laut Lobbycontrol: **"Immer häufiger bestimmen Medien und Verbraucherverbände unsere Agenda."** Und weiter: "Wir wollen raus aus der Defensive und Freiräume schaffen – für ein aktives Themenmanagement und 'gute' Geschichten aus unserer Branche."

"Das klassische Lobbying reicht nicht mehr aus […] Deshalb wollen wir mit unserer Kommunikation erreichen, dass ein realistisches, also positives Bild der Versicherungsbranche bei den Meinungsmachern und Entscheidungsträgern entsteht."

Christoph Hardt, freier Communicator und bis 2021 Leiter Kommunikation beim GDV, im Jahr 2015 242

Das Projekt "7 Jahre länger" zeigt, wie der GDV sich als journalistischer Experte positioniert. Es ginge darum, journalistisch zu denken und "durch eigene Recherchen unsere Themen in den Markt" zu bringen, erklärt Ulrike Pott, bis 2020 Leiterin des Themen-Managements beim GDV.²⁴³ Zahlen gingen immer gut. "Jedes dritte Mädchen wird 100 Jahre alt" oder "Acht von zehn Deutschen hadern mit Aufschieberitis – Viele Versäumnisse rächen sich später" lauten die Presseinfos, in denen Versicherungsprodukte außen vor bleiben.²⁴⁴ "Wir kommunizieren: Um im Alter gut drauf zu sein, muss man heute die Hebel stellen", so Pott.²⁴⁵

"Content Marketing" lautet der Fachbegriff für diese Kommunikationsstrategie: in quasijournalistischen Formaten mal unterhaltsam, mal informativ das eigene Image aufpolieren, Kunden binden sowie Werte und politische Standpunkte vermitteln. Laut einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung vermittelt die Deutsche Bank in ihrem Content Management beispielsweise die Botschaft "eine bejahende Haltung gegenüber dem Finanzkapitalismus zahlt sich aus". ²⁴⁶

Dafür werden übrigens mit Vorliebe Journalist*innen angeheuert. So war der Pressesprecher der Deutschen Bank, Claudio De Luca, vor seinem Wechsel zur Bank 2013 Wirtschaftsjournalist (unter anderem bei *Capital* und *Financial Times Deutschland*). ²⁴⁷ Ihm folgten 2016 Jörg Eigendorf ²⁴⁸ (früher in der *Welt*-Chefredaktion, bis September 2022 Konzernsprecher) und Sebastian Jost ²⁴⁹ (früher Leiter des Frankfurter Büros der *Welt*, heute Leiter der Konzernkommunikation) sowie 2021 Sven Afhüppe ²⁵⁰ (früher Chefredakteur beim *Handelsblatt*, heute Chef-Lobbyist der Deutschen Bank). Ihre Erfahrung sowie politischen und medialen Netzwerke nutzen jetzt der Bank. Im Fall von Eigendorf zahlt sie dafür laut Medienberichten ein Gehalt von rund einer Million Euro. ²⁵¹

IMAGEPFLEGE DURCH WERBUNG UND SPONSORING

Werbung ist neben Produktwerbung auch Imagepflege. Die hat in der erweiterten Lobbyarbeit der Finanzindustrie einen festen Platz. Wenn der Fußballtrainer Jürgen Klopp für die umstrittene Deutsche Vermögensberatung (DVAG) wirbt zum Beispiel. Dann geht es auch darum, positive Assoziationen mit der DVAG in der Öffentlichkeit aufzubauen – mit dem Erfolgsimage des Coachs und Botschaften wie: "sich immer weiterentwickeln", "sich für andere interessieren", "sich gut vorbereiten und einen Plan haben". ²⁵² Das passt zur "Vision" der DVAG, die von Medien und Verbraucherschützer*innen immer wieder scharf kritisiert wird. **Die Vision beinhaltet, dass der "Beruf des Vermögensberaters im Ansehen der Bevölkerung an den des Hausarztes herangeführt" wird.** ²⁵³ Ein solch positives Ansehen brächte nicht nur Kund*innen, sondern würde es auch der Politik leichter machen, sich für die DVAG einzusetzen – zum Beispiel, damit Vermittler*innen beim Verkauf dubioser Finanzprodukte weiter üppige Prämien kassieren können (siehe Kapitel 4.7).

Jürgen Klopp:

"Im Leben sollte man sich immer weiterentwickeln. […] Und dabei braucht man durchaus manchmal Hilfe."

Sprecher:

"Als Finanzcoach unterstützt sie ihr Vermögensberater darin, möglich zu machen, was möglich ist – bei Absicherung, Altersvorsorge und Vermögensaufbau."

Aus einem Werbespot der DVAG mit dem Fußballtrainer Jürgen Klopp 254

Gesellschaftliches Engagement und Sponsoring ist ein weiteres Spielfeld der Imagepflege. Beim Wettbewerb "Sterne des Sports" beispielsweise zeichnen der Olympische Sportbund und die Volksbanken besonders engagierte Sportvereine aus. Der Bundesverband der Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) preist seinen Mitgliedsbanken die "unverwechselbare Kommunikationsmaßnahme" recht unverhohlen an. Anhand von Sportvereinen ließe sich gut zeigen, "wie sie sich für ihre Region engagieren". Der Lobbyverband weiter: "Die lokale Verankerung der Maßnahme, die über die Landesebene bis zum Bundesfinale führt, bringt umfangreiche Berichterstattung in der Presse mit sich, getreu dem Motto "Tue Gutes und rede darüber"."255

Auch die Sparkassen-Finanzgruppe tut Gutes. Sie ist laut eigenen Angaben "der größte Kulturförderer in Deutschland nach der öffentlichen Hand". Die Sparkassen sind einer der Hauptsponsoren des "Jugend musiziert" Wettbewerbs; sie unterstützen Ausstellungen und Museen. ²⁵⁶ Auch die Deutsche Bank, ²⁵⁷ die Allianz Versicherung, ²⁵⁸ die HypoVereinsbank ²⁵⁹ und viele andere Finanzmarktplayer fördern im großen Stile Kunst, Kultur und Sport. Selbst die Krypto-Branche drängt immer stärker ins Profisport-Sponsoring. ²⁶⁰

In einer "Orientierungshilfe für Unternehmen" zum Thema Sponsoring, an der die Deutsche Bank mitgearbeitet hat, wird deutlich, was sich Unternehmen und Verbände davon versprechen: Sich "in einem einzigartigen emotionalen Umfeld zu präsentieren" bringt "positive Imagewerte". Denn: "Erfolge einer gesponserten Mannschaft oder ein gelungenes kulturelles Event werden auf positive Art mit dem Sponsor verknüpft."²⁶¹ Die Finanzlobby erobert so klammheimlich die Herzen von Sport- und Kultur-Fans.

VERDECKTE EINFLUSSNAHME

Manchmal fliegen die Finanzlobby und ihre Verbündeten mit Versuchen auf, die öffentliche Meinung auf Schleichwegen zu manipulieren. Zum Beispiel als es darum ging, um die Jahrtausendwende herum die Privatisierung der Altersvorsorge voranzutreiben. Millionen von Menschen sahen 2003 im öffentlichrechtlichen Fernsehen einen Doku-Dreiteiler zu den Fehlern der deutschen Sozialpolitik, darunter "Das Märchen von der sicheren Rente". Vermeintlich ausgewogen wurde hier für mehr private Vorsorge plädiert und vermittelt, nur auf Finanzmärkten angelegte Renten seien sicher. Ko-finanziert wurde das Ganze von der neoliberalen Arbeitgeber-Initiative neue soziale Marktwirtschaft (INSM), deren Unterstützer*innen die Doku spickten. 262

Zwei Jahre später flog im Rahmen der Schleichwerbung-Affäre der ARD auf, dass der GDV mehr als 200.000 Euro dafür gezahlt hatte, in der Fernsehserie *Marienhof* verschiedene Versicherungsfälle zu thematisieren. Der GDV wurde für die "heimlich gekaufte Platzierung von Botschaften" vom Selbst-Kontrollorgan der PR-Branche, dem Deutschen Rat für Public Relations, gerügt.²⁶³

"Lobbyarbeit ist aufwendiger und undurchsichtiger geworden – dies begünstigt finanzstarke Akteure."

Lobbycontrol, aus "Zehn Thesen zu Lobbyismus in Deutschland ²⁶⁴

Auch Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) kassierte eine Rüge vom PR-Rat. Im März 2020 veröffentlichte der ehemalige Bundesminister einen Kommentar in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Unter dem Titel "Ein Virus namens Leerverkäufe" plädierte Guttenberg für ein Leerverkaufsverbot für Zahlungsdienstleister und andere systemrelevante Branchen in der Corona-Krise. Und verschwieg, dass er den Text im Rahmen einer Kampagne des Betrugskonzerns Wirecard veröffentlichte, der von einem solchen Verbot profitiert hätte. Ausgedacht hatte sich das Wirecards PR-Agentur Edelman, die den Artikel letztendlich auch an die Redaktion schickte. Der PR-Rat rügte Guttenberg wegen verdecktem Lobbyismus²⁶⁵ (siehe Kapitel 4.1).

UNTERWANDERUNG DER WISSENSCHAFT

Mehr als 60 Prozent der Menschen in Deutschland haben großes Vertrauen in Wissenschaft und Forschung. ²⁶⁶ Das macht es für die Finanzlobby interessant, über Kooperationen mit Universitäten, die Finanzierung von Professuren und den Aufbau eigener "Forschungsinstitute" den wissenschaftlichen Diskurs zu prägen.

Bei der Einführung der Riester-Rente (siehe Kapitel 4.3) spielten vermeintlich unabhängige Institute eine wichtige Rolle. Das 1997 von der Deutschen Bank gegründeten Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA) zum Beispiel. Heute wird es finanziert von der Bank, ihrer Fondstochter DWS, der BHW Bausparkasse und dem Versicherer Zurich²⁶⁷ – die alle mit Altersvorsorge-Produkten Geld machen. **Mit Dutzenden Studien "hat das DIA die öffentliche Meinung in Sachen Privatisierung der Altersvorsorge ganz wesentlich beeinflusst"**, so die Autor*innen Holger Balodis und Dagmar Hühne im Buch "Die Vorsorge Lüge". ²⁶⁸ Im Akkord verfassten die immer gleichen Professor*innen Studien mit dem immer gleichen Tenor: Weniger gesetzliche Rente und mehr private Altersvorsorge sind der einzige Weg. Auch Bürger*innen, die Finanzmärkten skeptisch gegenüberstehen, werden so langsam zu Privatanleger*innen gemacht. Bis heute trommelt das DIA in Studien, in Podcasts und mit Tools wie dem "Rentenlückenrechner" vermeintlich "unabhängig und neutral" für die private Altersvorsorge. ²⁶⁹

"Das Ergebnis konnte nicht überraschen: Sinngemäß lautete es: Aktien- und Fondsanlage – spitze. Lebensversicherung – so lala. Gesetzliche Rente – grottenschlecht."

Holger Balodis und Dagmar Hühne über die erste Publikation des DIA^{270}

Die Finanzierung von Lehrstühlen ist eine weitere Möglichkeit für die Finanzlobby, ihr passende wissenschaftliche Ausrichtungen zu fördern und ihnen mehr öffentliches Gehör zu verschaffen. Seit dem Jahr 2000 fördert beispielsweise der Bundesverband Investment und Asset Management (BVI)

einen "Lehrstuhl für Investment, Portfolio Management und Alterssicherung" an der Uni Frankfurt und erfreut sich an den über 18.000 Studierenden, die dort schon "investmentspezifische Vorlesungen" besucht haben. ²⁷¹ Eine Kooperation der Deutschen Bank mit zwei Berliner Universitäten wurde dagegen wieder aufgelöst. Ein empörter Professor hatte 2011 publik gemacht, dass der Bank am von ihr gesponserten Institut für Finanzmathematik zu viel Mitspracherecht eingeräumt worden war – bei Lehre, Forschung und Personal. ²⁷²

Laut Lobbycontrol erfordert Deep Lobbying über Wissenschaftsförderung "nicht zwangsläufig, dass der Initiator oder Geldgeber Einfluss auf konkrete Forschungsprojekte nimmt." Denn: "Es reicht aus, dass Organisationen oder Wissenschaftler mit einer passenden Ausrichtung gefördert werden und ihnen damit mehr öffentliches Gewicht verliehen wird."²⁷³ So betreibt die Finanzlobby fast unbemerkt Agenda-Setting.

KRITIK MUNDTOT MACHEN

Wenn es sein muss, kämpft die Finanzlobby auch mit harten Bandagen. Im Wirecard-Skandal zum Beispiel (siehe Kapitel 4.1). Der Journalist Dan McCrum von der *Financial Times*, der den Betrug des Konzerns mit aufdeckte, wurde im Auftrag von Wirecard bespitzelt, bedroht, verleumdet und mit Klagen überzogen.²⁷⁴ Eine Vielzahl von Berater*innen und Kanzleien arbeiteten daran, Wirecard-Kritiker*innen mundtot zu machen.

"Ich habe in der FT gelesen, was für ein unartiger Junge du bist ;-) [...] Mach diese Zeitung fertig!! :-)"

Alexander Schütz, damals Deutsche-Bank-Aufsichtsrat, in einer Email an den damaligen Wirecard-Chef Markus Braun, Februar 2019 275

2016 hatte die PR-Agentur WMP EuroCom laut interner Emails, die der *Stern* veröffentlichte, sich angeboten, Wirecard "unverwundbar zu machen". Unter anderem wollte WMP Listen unliebsamer sowie dem Konzern wohlgesonnener Journalist*innen erstellen. Gemeinsam mit einer Kanzlei sollten zudem juristische Schritte gegen Wirecard-Kritiker*innen umgesetzt und medial verkauft werden: "WMP entwickelt eine wirksame Storyline für die Medien und verhindert, dass die Gegenseite die Deutungshoheit über den Vorgang gewinnt."²⁷⁶ Über eine Million Euro zahlte Wirecard zwischen 2017 und 2020 an die PR-Agentur.²⁷⁷

Eine andere Agentur, Cardo Communications mit Sitz in Berlin, bekam 1,6 Millionen von Wirecard (zwischen 2016 und 2020). Sie ist spezialisiert auf "Kommunikation in Krisen". Auf ihrer Homepage schreibt die PR-Agentur: "Ein professionelles Kommunikationsmanagement ist unabdingbar, um Krisen zu steuern und negative Konsequenzen wie Vertrauensverlust, Imageeinbußen und wirtschaftliche Schäden zu vermeiden." Für Wirecard nahm Cardo dazu kritische Journalist*innen ins Visier. Laut einer internen E-Mail an Wirecards Kommunikationschefin ging es darum, "wie wir mit der Berichterstattung im Spiegel und Herrn Holtermann umgehen". Gemeint war Felix Holtermann vom Handelsblatt, der Wirecard früh kritisiert hatte. Zu ihm und anderen Kritiker*innen wurden "presserechtliche Optionen besprochen". "Wichtiger war jedoch unsere Hintergrundarbeit, um eine weitere Verbreitung der wilden Thesen zu verhindern", behauptete Cardo. 280

Wirecard ist kein Einzelfall. Auch beim CumEx-Skandal (siehe Kapitel 4.5) wurden Journalist*innen durch aggressive Medienanwält*innen, Verleumdungen und Strafverfahren immer wieder an ihrer

Arbeit gehindert.²⁸¹ Das Mundtot-Machen von Kritiker*innen ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit von gewissen Finanzkonzernen und ihrer Lobby. Die betreibt eben nicht nur Wohlfühl-Lobbyismus, sondern setzt im Krisenfall auch auf Leugnung, Verharmlosung, Desinformation und Gegenangriffe.

4) DER 341-MILLIARDEN-EURO-SCHADEN – WIE DIE FINANZLOBBY AUF KOSTEN DER ALLGEMEINHEIT AGIERT

In diesem Kapitel zeigen sieben Fallstudien, wie die deutsche Finanzlobby arbeitet und dem Gemeinwohl schadet. Sie kommen aus unterschiedlichen Feldern: dem Verbraucher*innenschutz (mit Studien zur Riester-Rente und zum Lobbyismus gegen ein Provisionsverbot für Finanzprodukte), aus der Finanzmarktregulierung (mit einer Untersuchung der Kampagnen gegen die Finanztransaktionssteuer und gegen höhere Eigenkapitalauflagen für Banken), der Finanzkriminalität (mit Studien zum Lobbyismus rund um den CumEx-Steuerraub und den Betrug des Wirecard-Konzerns) sowie aus der Welt der nachhaltigen Finanzmärkte (mit einer Analyse der Lobbyarbeit der Finanzbranche rund um die EU-Taxonomie).

Der Schaden für die Allgemeinheit wird in allen Fällen deutlich. In manchen gibt es zudem konkrete Angaben zum Schaden, der den deutschen Steuerzahler*innen mindestens entstanden ist:

- Durch die Verhinderung der Finanztransaktionssteuer verliert der deutsche Fiskus laut Schätzungen jährlich Einnahmen zwischen 13 und 45 Milliarden Euro. Nimmt man den Mittelwert – 29 Milliarden Euro – und geht davon aus, dass die Steuer ohne den Lobbyismus der Finanzbranche 2014 eingeführt worden wäre, wie es die EU-Kommission vorgesehen hatte, ergibt das einen Gesamtschaden von **261 Milliarden Euro** für die Steuerzahler*innen in Deutschland (siehe Kapitel 4.2).
- Laut dem CumEx-Untersuchungsausschuss des deutschen Bundestages beläuft sich der Schaden des Steuerskandals auf **10 Milliarden Euro**. Nur ein Bruchteil davon wird über aufwändige Ermittlungen und Gerichtsentscheide zurückgeholt werden können (siehe Kapitel 4.5).
- Nach der Finanzkrise 2008 haben die Steuerzahler*innen in Deutschland über 70 Milliarden Euro für Bankenrettungen gezahlt. Vor der Krise hatte die Finanzlobby strikte Eigenkapital-Auflagen für Banken verhindert. Die Folge: eine massive Verschuldung der Banken, die weitläufig als eine der Hauptursachen der Krise gilt (siehe Kapitel 4.6).

Allein in diesen drei Fällen hat die Finanzlobby also Schäden in Höhe von mindestens **341 Milliarden Euro** für Steuerzahler*innen mitverursacht. Hinzu kommen in vielen Fällen teils erhebliche Schäden für Verbraucher*innen. Durch den Wirecard-Betrug verloren Anleger*innen laut Schätzungen des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages zum Beispiel über **20 Milliarden Euro** (siehe Kapitel 4.1). Und den Schaden des provisionsgetriebenen Vertriebs schlechter Finanzprodukte schätzte eine Studie im Auftrag der Grünen-Bundestagsfraktion im Jahr 2012 – wenn auch noch unter anderen Vorzeichen als heute – auf **50 Milliarden Euro** jährlich.

Da für zahlreiche andere Fälle, in denen sich die Finanzlobby durchgesetzt hat, keine Schätzungen vorliegen, dürfte der finanzielle Gesamtschaden noch um ein Vielfaches höher liegen. Kaum zu beziffern ist außerdem der enorme Vertrauensverlust bei Bürger*innen, die ihr Steuergeld bei Finanzkriminellen versacken sahen, bei Kleinanleger*innen, die Teile ihrer Altersvorsorge verloren haben, und bei Finanzmarktakteur*innen, die nun die Integrität des Finanzmarkt Deutschlands bezweifeln. Nicht zuletzt wird auch die Demokratie beschädigt, wenn Bürger*innen sich nicht mehr von der Politik vertreten fühlen. Ein hoher Preis, den die Gesellschaft für den Lobbyismus im Namen des Geldes zahlt.

- **Worum geht es?** Wirecard, den größten Bilanzbetrug der deutschen Wirtschaftsgeschichte
- **Lobby-Akteur*innen**: Wirecard-Konzern, PR und Lobbyagenturen wie Edelman und Spitzberg Partners sowie eine lange Liste ehemaliger Politiker*innen, die für Wirecard lobbyierten
- **Strategien:** Verleumdung von Kritiker*innen; über Ex-Politiker*innen Unterstützung in Politik und Behörden mobilisieren; Opfermythos vom unschuldig attackierten Unternehmen
- **Schaden**: Über 20 Milliarden Euro für geprellte Anleger*innen²⁸²

4.1 CHAMPIONS LEAGUE DES LOBBYISMUS: WIRECARD UND DIE HELFENDEN HÄNDE VON POLITIK UND BEHÖRDEN

Als der Betrugskonzern Wirecard Insolvenz anmeldete, ging erstmals ein Dax-Konzern pleite. Es entstand ein Milliardenschaden für Anleger*innen. Trotz zahlreicher Hinweise auf kriminelle Machenschaften hatten Politik und Behörden jahrelang schützende Hände über den Börsenliebling gehalten. Dafür sorgte eine Vielzahl von Berater*innen, Lobbyist*innen und Ex-Politiker*innen. Die zuständige Aufsichtsbehörde ließ sich sogar für Wirecards aggressives Agieren gegen die Medien einspannen – und zu einem beispiellosen Markteingriff zu Gunsten Wirecards verleiten.

Dan McCrum traute seinen Augen nicht, als ihm im April 2019 eine Strafanzeige der Bundesanstalt für Finanzaufsicht (BaFin) ins Haus flatterte. Seit 2015 hatte der Journalist der *Financial Times* mehrere kritische Artikel über den Zahlungsdienstleister Wirecard veröffentlicht. Nun beschuldigte die BaFin ihn und eine Kollegin der Marktmanipulation. Sie hätten brisante Infos über Wirecard vor Veröffentlichung an Spekulant*innen durchgestochen, um von Wetten auf zu erwartende Kursverluste zu profitieren.²⁸³

"Ich war gewissermaßen daran gewöhnt, dass Wirecard mich einen Verbrecher nannte", erzählt McCrum im Video über seine Recherche. "Aber wenn dann tatsächlich strafbehördliche Ermittlungen in Deutschland gegen einen laufen, mit Aufsichtsbehörden, die anscheinend einen kurzen Draht zu dem Unternehmen haben, über das du schreibst – da gab es Momente, wo das ziemlich stressig wurde", so McCrum. ²⁸⁴ "Ich hatte an einem gewissen Punkt Probleme zu schlafen." ²⁸⁵

"In gewisser Weise war es fast so, als ob man, nachdem jemand eine Straftat angezeigt hat, anstatt in dieser Strafsache zu ermitteln, gegen den Überbringer der schlechten Nachricht ermittelt, um herauszufinden, ob er rechtswidrig geparkt hat."

Matthew Earl, Blogger und Shortseller, über das Vorgehen der BaFin im Wirecard-Skandal²⁸⁶

Ein gutes Jahr später platzte die Wirecard-Blase. Im Juni 2020 meldete der Konzern Insolvenz an. In der Bilanz fehlten 1,9 Milliarden Euro – Geld, das es womöglich nie gegeben hatte. Die Staatsanwaltschaft ermittelte wegen Bandenbetrug, Geldwäsche und weiterer Delikte. Der Konzern-Chef Markus Braun landete in Untersuchungshaft, Vorstandsmitglied Jan Marsalek floh. Das Verfahren gegen McCrum wurde schlussendlich eingestellt. Und der damalige BaFin-Chef gab zu: "Mit dem Wissen von heute hätten wir die Staatsanwaltschaft angerufen und hätten gesagt: Verhaftet diesen Haufen Krimineller."²⁸⁷ Stattdessen wurden lange diejenigen verfolgt, die den Kriminellen das Handwerk legen wollten.

Wie konnte das passieren? Warum standen Behörden bei Wirecard so lange auf der falschen Seite?

LOBBY-BARON ZU GUTTENBERG

Durch den Wirecard-Untersuchungsausschuss des Bundestages und journalistische Recherchen ist heute das Lobbynetz bekannt, das für Wirecard die Strippen zog und die Illusion vom deutschen FinTech-Wunder aufrechterhielt. Selbst als sich die Anzeichen mehrten, dass bei Wirecard krumme Geschäfte liefen, konnten die Lobbyist*innen noch Unterstützung in Politik und Behörden mobilisieren. Der Journalist Felix Holtermann nennt sie die "Möglichmacher". ²⁸⁸ 62 Millionen Euro zahlte der Konzern zwischen 2016 und 2020 für ihre Dienste. ²⁸⁹ Ein "Honigtopf" für Berater*innen, so die Tagesschau. ²⁹⁰

Der schillerndste Wirecard-Lobbyist ist wohl Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU). Die PR-Agentur des Ex-Wirtschafts- und Verteidigungsministers, Spitzberg Partners, unterstützte Wirecard beim Markteintritt in China. In einem persönlichen Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im September 2019 – die Betrugs-Vorwürfe gegen Wirecard waren längst bekannt – gewann Guttenberg seine frühere Chefin dafür, in Peking für Wirecard zu werben. Die "richtige Formulierung" für die anstehende China-Reise der Kanzlerin schickte er an ihren Wirtschaftsberater Lars-Hendrik Röller. Der antwortete nur Tage später: "Thema ist durch die Chefin [geschwärzt] angesprochen worden. Bitte halten Sie mich auf dem Laufenden. Ich werde das auch weiter flankieren."²⁹¹ Im November 2019 verkündete Wirecard den Einstieg bei der chinesischen Firma Allscore. Guttenberg kassierte über seine Agentur Spitzberg Partners mindestens 760.000 Euro von Wirecard.²⁹²

"Das ist Lobbyismus Champions League: eine dubiose Firma schafft es, mit einem über seine Doktorarbeit gestolperten Ex-Minister auf die Agenda der Kanzlerin."

Daniel Pontzen, Journalist im ZDF-Hauptstadtstudio 293

@spitzberg-partners.com Gesendet: 3. September 2019 19:50 An: Lars-Hendrik.Roeller@bk.bund.de Betreff: Rückmeldung nach Gespräch mit Frau BKin Lieber Herr Professor Röller, Ich hoffe es geht Ihnen bestens. Ich hatte heute Nachmittag einen Termin bei meiner ehemaligen Chefin und wir sprachen mit Blick auf die anstehende Reise nach China u.a. kurz über das Dax-Unternehmen Wirecard. Dieses befindet sich derzeit im Schlussspurt, ein chinesisches Unternehmen zu akquirieren, um im Rahmen der schrittweisen Öffnung des chinesischen Finanzmarktes dort eine Payment Lizenz zu erhalten. Der Prozess läuft insgesamt sehr positiv, benötigt wird indes noch eine zeitnahe Zustimmung des Regulators, PBOC. Wir waren uns einig, dass ein kurzer Hinweis im Rahmen des Besuches sehr hilfreich sein könnte. Die Frau Bundeskanzlerin bat mich, Ihnen noch einige Zeilen zukommen zu lassen, um die richtige Formulierung an der Hand zu haben. Ich erlaube mir eine kurze, formlose Zusammenfassung des Sachverhaltes anzuhängen. Bitte zögern Sie nicht, mich jederzeit bei Rückfragen zu kontaktieren (mobil Morgen bin ich in London und ab morgen Abend wieder in NYC. Wenn ich richtig informiert bin, gibt es demnächst evtl. auch ein Treffen zwischen Ihnen und Burkhard Ley (Wirecard). Dies ist wohl aber erst nach dem China-Trip terminiert. Herzlichst, Ihr Karl-Theodor zu Guttenberg

Mail von Karl-Theodor zu Guttenberg an den Wirtschaftsberater von Angela Merkel im Kanzleramt, Lars-Hendrik Röller, September 2019.

Quelle: abgeordnetenwatch²⁹⁴

Von: Röller, Lars-Hendrik

Gesendet: Sonntag, 8. September 2019 09:34

An: Karl-Theodor zu Guttenberg @spitzberg-partners.com>

Betreff: Re: Rückmeldung nach Gespräch mit Frau BKin

Kurzes Feedback.

Thema ist durch die Chefin angesprochen worden.

Bitte halten Sie mich auf dem Laufenden.

Ich werde das auch weiter flankieren.

Beste Grüße Ihr Hendrik Röller

Antwortmail von Röller an Guttenberg, September 2019.

Quelle: abgeordnetenwatch²⁹⁵

TÜRÖFFNEN À LA CDU/CSU

Guttenberg war nicht der einzige Ex-Politiker, der für Wirecard die Türen der Mächtigen öffnete.

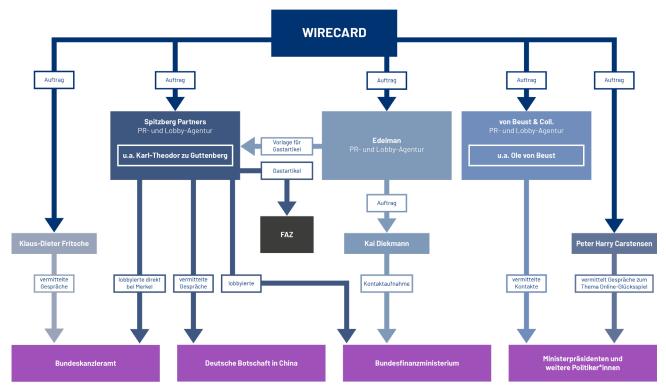
Klaus-Dieter Fritsche (CSU), früher Staatssekretär im Kanzleramt, vermittelte im September 2019 für zwei Wirecard-Vorstände einen "Kennenlerntermin" mit Merkels Berater Lars-Hendrik Röller. 296 Dem Bundestags-Untersuchungsausschuss erklärte Fritsche: "Bei Herrn Röller einen Termin zu bekommen, ist nicht läppisch." Die Kanzlerin würde die meisten Konzernchefs wegen ihres vollen Kalenders an ihn verweisen. Da Fritsches letzte Tätigkeit im Kanzleramt gewesen sei und Röller dort arbeitete, fand er es "nachvollziehbar [...], dass ich als Türöffner genutzt werde". 297 Fürs Türöffnen kassierte Fritsche von Wirecard 1.500 Euro am Tag. 298

Peter Harry Carstensen (CDU, früher Ministerpräsident von Schleswig-Holstein) vermittelte Gespräche, damit Wirecard für laxere Regeln bei der Bezahlung von Online-Glücksspielen lobbyieren konnte, einem seiner Geschäftsfelder. Auch die Agentur von Ole von Beust (CDU, früher Hamburger Bürgermeister) stellte für Wirecard "zurückhaltend und gezielt" Kontakte mit Politiker*innen her, die für weniger strenge Glücksspiel-Regulierung "aufgeschlossen und aktivierbar" waren. ²⁹⁹ Beust & Coll kassierte dafür 5.000, später 7.500 Euro monatlich. Günther Beckstein (CSU, früher bayrischer Ministerpräsident) fädelte ein Treffen und einen Besuch des Wirecard-Hauptsitzes durch die damalige Digital-Staatsministerin Dorothee Bär (CSU) ein. ³⁰⁰ Und so weiter und so fort. **Die Liste der Wirecard-Türöffener*innen ließe sich fortsetzen.**

"Bei Wirecard haben zu viele Lobbyisten Geld gerochen."

Hans Michelbach, ehemaliger CSU-Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Wirecard Untersuchungsausschuss³⁰¹

WIRECARDS LOBBYNETZWERK: ZENTRALE AKTEUR*INNEN UND VORGÄNGE



[Angelehnt an eine Grafik von Lobbycontrol.]

WIRECARD, EIN LOBBYISMUS-SKANDAL

Durch seine Lobbykontakte zu hochrangigen Politiker*innen sorgte Wirecard vor allem für eins: **ein positives Klima in Politik und Behörden**. Ein "richtiges bayerisches Amigonetzwerk" habe Wirecard unterhalten, so die SPD-Abgeordnete Canzel Kiziltepe. Es lobbyierte anscheinend sogar "für eine nachsichtige Behandlung" durch die Staatsanwaltschaft München. Die Folge: BaFin und Staatsanwaltschaft hielten Wirecard "für ein unschuldig attackiertes Unternehmen", so die Grünen-Politikerin Lisa Paus. Wirecard sei daher auch ein Lobbyismus-Skandal, so Paus. 303

Besonders folgenschwer glaubten die Behörden dem Opfer-Märchen im Februar 2019. Die Staatsanwaltschaft München leitete hanebüchene Anschuldigungen von Wirecard an die BaFin weiter, der Konzern würde von Medien und Spekulant*innen erpresst. Darauf erließ die BaFin ein zweimonatiges Leerverkaufsverbot für Wirecard-Aktien, also ein Spekulationsverbot. **Nie zuvor in der deutschen Börsengeschichte hatte es einen solchen Markteingriff zugunsten eines einzigen Unternehmens gegeben.** Die fatale Botschaft: Wirecard ist sauber. Das verbreitete trügerische Sicherheit, die den Schaden noch größer machte. Denn Anleger*innen, Banken und Aufseher*innen glaubten der BaFin. 304 Unzählige steckten weiter ihre Ersparnisse in Wirecard. Die Aktie legte um rund 15 Prozent zu. 305

AKTIONSPLAN LEERVERKÄUFE

Ein Jahr später wurde die Lobby erneut aktiv. Edelman, eine weltweit tätige PR- und Lobby-Agentur und zuständig für Wirecards Kommunikation, erstellte im März 2020 einen "Aktionsplan Leerverkäufe". Das Ziel: in Politik und Medien Unterstützung für ein erneutes Leerverkaufsverbot zu mobilisieren. Um die "Zielgruppe Politik" kümmerte sich unter anderem Kai Diekmann, der ehemalige Chefredakteur der Bild-Zeitung. Er schrieb zwei ihm bekannten Staatssekretären im Finanzministerium, um sie für das Thema "zu sensibilisieren". Einer der beiden, Diekmanns Duzfreund Wolfgang Schmidt, reagierte positiv: "Ich habe das dann gleich weiter gegeben an unsere Experten im BMWi [...] Ich bin noch dran."³⁰⁶

"Gerade weil Wirecard so eine Illusionsfabrik war und nicht wirklich etwas zu bieten hatte, mussten sie [...] die Politik an der Nase herumführen. Und dafür brauchte man Lobbyisten."

Fabio De Masi, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Linken und Mitglied im Wirecard Untersuchungsausschuss³⁰⁷

Für die "Zielgruppe Medien" sah der Aktionsplan einen "Gastkommentar Karl-Theodor zu Guttenberg, FAZ oder Die Welt" vor. Praktischerweise sitzt Guttenberg bei Edelman im Board. Im März 2020 erschien der besagte Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; Edelman hatte ihn der Redaktion geschickt. Guttenberg plädierte darin für ein Verbot von Leerverkäufen für Zahlungsdienstleister und andere systemrelevante Branchen in der Corona-Krise – zufällig ganz auf einer Linie mit dem Aktionsplan von Edelman. 308 Und freilich ohne zu verraten, wer ihn für die Meinungsmache bezahlte. "Der FAZ-Artikel von KT war extremst hilfreich heute", schrieb Guttenbergs Lobby-Kollege Diekmann. 309 Seine Bemühungen bekamen durch den renommierten Kommentator Rückenwind. **Edelman indes kassierte im Jahr 2020 von Wirecard 1,4 Millionen Euro.** 310

Es kam zu keinem weiteren Leerverkaufsverbot. Dennoch zeigt die Episode – wie auch die gesamte Causa Wirecard – wie Lobbyismus in Deutschland funktioniert: Über persönliche Kontakte und Nettigkeiten werden Politik und Behörden um kleine Gefallen gebeten. **Auf den ersten Blick wirken diese oft nicht verwerflich. Die Folgen können trotzdem verheerend sein.** Bei Wirecard sind es viele tausende Kleinanleger*innen, die ihre Lebensersparnisse und Altersvorsorge verloren haben. Lobbyist*innen haben manche Existenzen mit zerstört – und den Ruf des Finanzmarktstandorts Deutschland gleich mit.



Worum geht es? Verhinderung einer europäischen Finanztransaktionssteuer



Lobby-Akteur*innen: Deutsches Aktieninstitut, Großbanken wie die Deutsche Bank und Goldman Sachs, Fondsverband BVI, Deutscher Derivate Verband, Bankenverband sowie zahlreiche europäische und internationale Finanzlobby-Verbände



Strategien: Durch Horrorszenarien Zweifel sähen und so Prozess verzögern; Drängen auf Ausnahmen, die Steuer wirkungslos machen; Lobbying über Verbündete in Realwirtschaft und Zentralbanken



Schaden: Seit 2014 jährlich schätzungsweise 29 Milliarden Euro an Steuergeldern in Deutschland³¹¹

4.2 TAUSEND TODE EINES JAHRHUNDERTPROJEKTS: WIE DIE FINANZLOBBY DIE FINANZTRANSAKTIONSSTEUER BEKÄMPFTE

Nach der Finanzkrise 2008 schien die Zeit reif für eine Steuer auf Finanztransaktionen. Spekulation eindämmen, die Banken an den Kosten der Krise beteiligen, Geld in geschröpfte Staatskassen spülen – all das hätte sie leisten können. Entsprechend groß war die Unterstützung für die sogenannte Robin Hood-Steuer in Öffentlichkeit und Politik. Doch mit einer massiven Kampagne gelang es der Finanzlobby, die Steuer erst zu verzögern und zu verwässern und sie schließlich ganz im Sande verlaufen zu lassen.

Der Finanzsektor genießt in Deutschland und anderswo ein seltenes Privileg: Er zahlt keine Umsatzsteuer. Für jeden noch so kleinen Konsumartikel zahlen Bürger*innen Mehrwertsteuer. Aber Wertpapiere und Derivate werden im Wert von Billionen gehandelt, ohne dass Steuern erhoben werden. **Die Finanzbranche profitiert so von milliardenschweren Steuervorteilen.**

Die Finanztransaktionssteuer (Financial Transaction Tax, FTT) sollte das ändern. Gleichzeitig sollte sie den Handel von Wertpapieren im Millisekundentakt unattraktiv und so die Kapitalmärkte stabiler machen. Die Idee: Jeder Kauf und Verkauf eines Finanzprodukts sollte mit einer kleinen Steuer belegt werden – je nach Produkt in Höhe von 0,01 bis 0,1 Prozent. So zumindest sah es der Vorschlag vor, den die Europäische Kommission für eine EU-weite FTT 2011 veröffentlichte. 312 2014 sollte sie eingeführt werden und 57 Milliarden Euro jährlich einbringen. Eine "Frage der Fairness" nannte das der damalige Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Denn: "Es ist Zeit, dass der Finanzsektor der Gesellschaft einen Beitrag zurückgibt", so Barroso. 313

Doch es kam anders.

AUFMARSCH DER LOBBY

Die Finanzlobby hatte die FTT lange nicht ganz ernst genommen. ³¹⁴ Und anders als vor der Finanzkrise 2008 war sie während der Vorbereitung des Vorschlags mit ihrem Widerstand bei der EU-Kommission auf taube Ohren gestoßen. Es sei "eine sehr harte Zeit" gewesen, um in der Politik Gehör zu finden, sagte ein Finanzlobbyist später. **Die Expertise seiner Branche war der Politik nach dem großen Crash 2008 anscheinend erst einmal suspekt.** Ihr schlechter Ruf führte auch dazu, dass die Finanzlobby bis zum Kommissions-Vorschlag von 2011 weitgehend auf eine öffentliche Kampagne gegen die FTT verzichtete: "Für den Bankensektor ist es sehr schwierig, sich gegen eine Finanztransaktionssteuer auszusprechen, wenn die Banken von staatlichen Rettungsmaßnahmen profitieren", beschrieb ein Finanzlobbyist das Dilemma. ³¹⁵

"Finanzorganisationen […] lehnen grundsätzlich jede zusätzliche steuerliche Belastung des Finanzsektors oder der Finanzmärkte im Allgemeinen ab."

Europäische Kommission über die FTT-Position der Finanzindustrie 316

Im Kampf gegen die FTT mussten die Banken also Verbündete finden, die in der Finanzkrise weniger in Verruf geraten waren. Im März 2012 berichtete *Der Spiegel*, dass es ihnen gelungen war, die Lobbyist*innen der "eher unverdächtigen" Fondsbranche für den "Aufmarsch" zu gewinnen. 317 Der Bundesverband Investment und Asset Management (BVI) hatte kurz zuvor erschreckende Zahlen veröffentlicht. Sie sollten zeigen, dass die FTT vor allem diejenigen treffen würde, die weder Verursacher*innen der Finanzkrise waren, noch staatliche Krisen-Unterstützung bekommen hatten: Unternehmen der Realwirtschaft, Investor*innen mit Sitz in Deutschland und Bürger*innen, die privat fürs Alter vorsorgen. Sparer*innen, die ihr Geld in Riester-Fonds zur Altersvorsorge einzahlen, würden mit Steuern von bis zu 14.000 Euro belastet, so der Lobby-Verband. 318 Dabei zeigten Berechnungen von Wissenschaftler*innen schon damals, dass Fondsgebühren und Bankprovisionen die Anleger*innen um ein Vielfaches mehr kosteten als die vorgeschlagene Steuer. 319

SCHÜTZENHILFE VON REALWIRTSCHAFT UND ZENTRALBANKER*INNEN

Das Deutsche Aktieninstitut (DAI), bis heute eine der lautesten Stimmen gegen eine FTT in Deutschland, schlug in die gleiche Kerbe. "Quer durch die Volkswirtschaft werden Bürger und Unternehmen von dieser Steuer betroffen sein", behauptete die Leiterin des Instituts im November 2013. 320 Die FTT würde die größten Industrieunternehmen mit Mehrkosten von jährlich bis zu 1,5 Milliarden Euro belasten. Davon entfielen angeblich 45 Millionen Euro auf den Chemie- und Pharmakonzern Bayer und ganze 100 Millionen Euro auf Siemens. Vertreter*innen beider Konzerne sprachen sich daher auch gegen die FTT aus. 321 Im November 2013 warnten vor einer Anhörung zur FTT im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages ganze acht Wirtschaftsverbände, die Steuer hätte "schädliche Folgen für Unternehmen, Beschäftige und die Wirtschaft insgesamt". 322 Die gesamtgesellschaftlichen Vorteile der FTT durch mehr Steuereinnahmen und ein krisenfesteres Finanzsystem wurden geflissentlich verschwiegen.

Dass es der Finanzindustrie gelang, Unternehmen und Verbände der Realwirtschaft für ihre Kampagne gegen die FTT zu gewinnen, trug wesentlich zu ihrem Erfolg bei.³²³ Ein Finanz-Lobbyist erläuterte die Strategie so: "Der bessere Weg für den Finanzsektor, dieses Thema anzugehen, ist, andere Parteien ins

Boot zu holen. **Wenn sich die Deutsche Bank über etwas beschwert, denken die Leute, dass es etwas Gutes sein muss, aber wenn Siemens sagt, dass es schädlich für seine Kund*innen ist, dann hat man ein starkes Argument.**"³²⁴

"Nach der Krise gab es eine breite Unterstützung für eine Finanztransaktionssteuer in Europa. Aber die Finanzindustrie hat erfolgreich lobbyiert, um die Vorschläge zu verwässern und zu verzögern."

Lisa Kastner, Politologin³²⁵

Auch Zentralbanker*innen ließen sich vor den Lobby-Karren der Finanzindustrie spannen. In einem Papier an ausgewählte Politiker*innen behauptete die Investmentbank Goldman Sachs, eine FTT würde sich negativ auf die Geschäfte von Zentralbanken und insbesondere die Bereitstellung von Liquidität auswirken. The Bereitstellung von Liquidität auswirken. Hehrere europäische und internationale Finanzlobby-Gruppen schrieben entsprechende Briefe an Zentralbanker*innen in ganz Europa. Kurz darauf positionierten sich hochrangige Notenbanker*innen gegen die FTT, darunter der damalige Bundesbankchef Jens Weidmann. Die Botschaft kam an: Die EU-Mitgliedstaaten, die zu diesem Zeitpunkt aktiv über eine FTT verhandelten, nahmen weitere Geschäfte aus dem Anwendungsbereich der Steuer heraus. Seit verhandelten verhandelte

ZWEIFEL SÄHEN, POLITIK VERUNSICHERN

Zu diesem Zeitpunkt war das Projekt einer EU-weiten FTT bereits gestorben. Großbritannien, Luxemburg und andere EU-Mitgliedstaaten hatten ihr Veto gegen den ersten Vorschlag der EU-Kommission eingelegt. **Aber die öffentliche Unterstützung für die Steuer war ungebrochen.** 64 Prozent der EU-Bevölkerung befürworteten laut einer Umfrage das Projekt, 329 tausend Ökonom*innen, 330 viele Organisationen der Zivilgesellschaft 331 und das Europaparlament 332 ebenfalls. 2012 sprachen sich sogar 50 Promi-Banker*innen öffentlich für die Steuer aus: "Finanztransaktionssteuern [...] bieten eine echte Chance, dem Finanzsektor wieder zu seiner eigentlichen Rolle zu verhelfen und gleichzeitig enorme Einnahmen für Menschen in Not [...] zu erzielen", schrieben sie. Gleichzeitig entkräfteten sie in ihrem Brief diverse Schein-Argumente der FTT-Gegner*innen, darunter die Behauptung, die Steuer schade dem Wirtschaftswachstum und der Liquidität. Es gebe immer mehr Anzeichen dafür, dass die FTT das Funktionieren der Märkte verbessern und sich durch Mehreinnahmen und weniger Volatilität positiv auf das Wachstum auswirken würde, so die Banker*innen. 333

Trotzdem begannen nur noch elf EU-Mitgliedsländer, darunter Deutschland und Frankreich, im Februar 2013 Verhandlungen über die Steuer im Rahmen der so genannten "verstärkten Zusammenarbeit" der EU. 334 Die Finanzlobby war perfekt vorbereitet. Im Akkord brachten Banken, Verbände und Unternehmensberatungen Studien über die vermeintlich negativen Auswirkungen der FTT heraus. 335 "Zeitweise kam wöchentlich eine neue Studie heraus, wonach die Steuer angeblich den einfachen Sparern schade", erinnert sich der damalige Europaabgeordnete Sven Giegold (Grüne). 336 Parallel suchten die Lobbyist*innen immer wieder das persönliche Gespräch. Bundestagsabgeordnete berichteten von etlichen Besuchen der Finanzlobby. 337

"Die Finanzlobby bombardierte […] die Öffentlichkeit mit wilden Behauptungen über die verheerenden Wirkungen der Steuer. Die waren zwar weder neu noch empirisch fundiert, aber ihre schiere Zahl hatte die Wirkung eines Flächenbombardements."

Stephan Schulmeister, Wirtschaftsforscher³³⁸

Ökonomen wie Stephan Schulmeister vom österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO bemühten sich, die gravierenden methodischen Fehler hinter den Horrorszenarien der Industrie offenzulegen. Immer wieder wurden die Einwände gegen die FTT widerlegt. Aber um die Qualität der Argumente ging es nicht. Die schiere Masse der Gutachten sollte die Politik verunsichern. Und das gelang. Der FTT-Vorschlag wurde während der Verhandlungen zunehmend verwässert. Im Mai 2014 erklärte der damalige Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), die Situation sei so verfahren, dass die Verhandler*innen mit der Einführung einer begrenzten Steuer auf Aktien und einige Derivate beginnen sollten – also auf nur einen Bruchteil der Finanzprodukte am Markt. "Die Lobbystrategie der Finanzbranche [...] hatte sich offensichtlich ausgezahlt", so das Urteil der Politologin Lisa Kastner, die zur Auseinandersetzung um die FTT geforscht hat.

DER ANFANG VOM ENDE

Das vorläufige Ende der FTT kam dann Ende 2018. Gemeinsam mit seinem französischen Kollegen schlug der damalige Finanzminister Olaf Scholz (SPD) eine Aktiensteuer vor.³⁴² Alle anderen Finanzinstrumente – mehr als 90 Prozent aller Transaktionen und ausgerechnet der spekulative Handel mit Derivaten – sollten steuerfrei bleiben. **Die FTT als zentrales Instrument zur Zähmung der Finanzmärkte würde so in ihr Gegenteil verkehrt.** Denn es würden eher private Sparer*innen und nicht der Finanzsektor zahlen – und der Gewinn für die Stabilität des Finanzsystems wäre dahin. Viele Befürworter*innen der FTT wandten sich daher explizit gegen den Plan von Olaf Scholz.³⁴³ Der Journalist Harald Schumann nannte ihn einen "Etikettenschwindel" und fragte fast verzweifelt: "Warum sabotieren die EU-Regierungen ein Vorhaben, das zwei Drittel der Bürger und die große Mehrheit des EU-Parlaments immer unterstützt haben?"³⁴⁴

Die Finanzlobby wetterte trotzdem weiter. "Die Finanztransaktionssteuer muss endlich beerdigt werden", forderte das Deutsche Aktieninstitut in zig Papieren und Presse-Interviews. 345 Und der damalige Präsident des Bankenverbands zeichnete 2021 ein besonders düsteres Szenario von Regulierungen wie dem "Schreckgespenst" FTT: "Jeder, der die Banken in einem schwierigen Marktumfeld zusätzlich belastet, muss sich im Klaren sein, welche Folgen das hat. Wenn wir nicht aufpassen, gibt es in fünf Jahren keine europäische Bank mehr mit internationaler Bedeutung", so Hans-Walter Peters im Handelsblatt. 346

"Die Transaktionssteuer zeigt wie kaum ein anderes politisches Vorhaben, wie groß der Einfluss der Finanzindustrie ist."

Carla Neuhaus, Journalistin 347

Im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP von 2021 tauchte die FTT gar nicht mehr auf. Die Zeitung Die Welt berichtete, dass Finanzminister Christian Lindner (FDP) der Gruppe der EU-Staaten, die eine

FTT weiter unterstützten, "sanft" den Rücken kehren wolle. ³⁴⁸ Zehn Jahre nach dem ersten Vorschlag der Europäischen Kommission war die Finanzlobby am Ziel.



Worum geht es? Einführung und Aufrechterhaltung der umstrittenen Riester-Rente



Lobby-Akteur*innen: Versicherungslobby, besonders der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, Versicherungsvertriebe wie der damalige Allgemeine Wirtschaftsdienst von Carsten Maschmeyer, Think Tanks wie das von der Deutschen Bank gegründete Deutsche Institut für Altersvorsorge, aber auch andere wie der Fondsverband BVI



Strategien: PR für die private Altersvorsorge; Auftragsgutachten; Parteispenden; frühzeitige Hinterzimmergespräche; lukrative Nebenjobs und Gefälligkeiten für Entscheidungsträger*innen



Schaden: Milliardenverluste für Steuerzahler*innen und Anleger*innen, die viel zu teure und unrentable Riester-Produkte subventionieren bzw. erwerben

4.3 RENDITE STATT RENTE: DIE NIE ENDEN WOLLENDE KAMPAGNE FÜR DIE RIESTER-RENTE

2002 eröffnete die rot-grüne Teilprivatisierung der Altersvorsorge ein lukratives neues Geschäftsfeld für die Finanzbranche. Über 16 Millionen Riester-Renten-Verträge haben Banken, Versicherungsunternehmen, Fonds und Wohnriester-Anbieter seitdem abgeschlossen, ³⁴⁹ üppig subventioniert aus Steuergeldern. Für die Sparer*innen springt dabei bisweilen nur ein mickriges Taschengeld heraus. Trotzdem gelang es der Finanzlobby bis heute, die Subventionsmaschine Riester-Rente am Leben zu erhalten – und sogar auszuweiten.

Wie Honigkuchenpferde strahlten der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder und Arbeitsminister Walter Riester (beide SPD) als sie im Mai 2001 auf einer Pressekonferenz die Verabschiedung ihrer Rentenreform verkündeten. Nachdem das Niveau der gesetzlichen Rente gekürzt worden war, sollte die entstandene Vorsorge-Lücke durch staatlich geförderte private Altersvorsorge-Verträge geschlossen werden. Am Ende habe jede*r Rentner*in sogar mehr Geld in der Tasche als vorher, versprach Riester. Tasche zum Namensgeber der neuen privaten Zusatzrente, die zum 1. Januar 2002 in Kraft trat.

Es war der Bruch mit der Alterssicherung der Nachkriegszeit und der paritätisch finanzierten Rente. Denn während die Arbeitgeber*innen seitdem nur noch ihren gesetzlichen Beitragssatz zahlen müssen, kompensieren allein die Beschäftigten das niedrigere Rentenniveau mit zusätzlichen privaten Vorsorge-Produkten. **Davon profitieren vor allem die Anbieter*innen von Versicherungen, Bank- und Fonds-Sparplänen.** Die einst guten Leistungen der gesetzlichen Rente hatten ihr Geschäft zuvor eingeschränkt, nun erwarteten sie ein Jahrhundertgeschäft. Ein "Segen für die Finanzbranche", so die ABN Amro Bank zur Rentenreform. ³⁵¹

"Je madiger die Rentenversicherung gemacht wird, umso mehr klingelt das Geld in den Kassen der Allianz. Darum geht es und um sonst nichts."

Norbert Blüm, CDU, Bundesarbeitsminister 1982 bis 1998³⁵²

PRIVATISIERUNGS-PR UND WISSENSMANAGEMENT

Laut der Volkswirtin Diana Wehlau, die den Einfluss der Finanzlobby auf die Alterssicherung ausgiebig untersucht hat, war die Teilprivatisierung der Altersvorsorge Ergebnis einer langjährigen PR-Kampagne. Versicherungskonzerne, Banken und Kapitalanlagegesellschaften machten Stimmung gegen das umlagefinanzierte Rentensystem und trommelten für die private kapitalfundierte Altersvorsorge als einzig mögliche Antwort auf die alternde Gesellschaft. Dazu steigerten die Lebensversicherungsunternehmen ihre Brutto-Werbeaufwendungen zwischen 1995 und 2000 um 55 Prozent, die Großbanken um 58 Prozent und die Finanzanlage- und Fondsgesellschaften um sage und schreibe 651 Prozent.

Unterstützt wurde die Finanzlobby von vermeintlich unabhängigen Instituten wie dem 1997 von der Deutschen Bank gegründeten Deutschen Institut für Altersvorsorge (DIA), dem von Arbeitgeber*innenverbänden finanzierten Institut der deutschen Wirtschaft (IW) sowie seiner Tochtergesellschaft, der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). An der Universität Frankfurt investierte der Bundesverband Investment- und Asset Management (BVI) in die Gründung eines eigenen Lehrstuhls "Investment, Portfolio Management und Alterssicherung". Zudem unterhielt die Lobby enge Beziehungen zu einflussreichen Wissenschaftler*innen. Mit teils unhaltbaren Prognosen schürten sie die Angst vor dramatisch steigenden Rentenbeiträgen und der Ausbeutung der jungen durch die alte Generation – und präsentierten die private Altersvorsorge als einzig möglichen Ausweg. Dass auch sie ihre Risiken hat, wurde geflissentlich verschwiegen. 354

"Wir haben in der Diskussion sicherlich eine glückliche Rolle gespielt."

Hans Schreiber, früher Chef der Mannheimer Versicherung, zum Einfluss der Branche auf die Riester-Rente 355

"Wissensmanagement" nannte Hans Schreiber, damals Chef der Mannheimer Versicherungen und Präsident des Arbeitgeber-Verbands der Versicherungsunternehmen (AGV), die Strategie der von der Finanzlobby finanzierten pseudowissenschaftlichen Aufklärung. Als Walter Riesters Pläne für die Rentenreform im Jahr 2000 deutlich wurden, sah Schreiber darin einen Erfolg der Versicherungsbranche. "Wir haben in der Diskussion sicherlich eine glückliche Rolle gespielt", sagte er. ³⁵⁶ Die zahlreichen Parallelen zwischen den Positionen der Branche und den ersten Vorschlägen aus Riesters Arbeitsministerium gaben ihm Recht. ³⁵⁷

SPENDENSEGEN

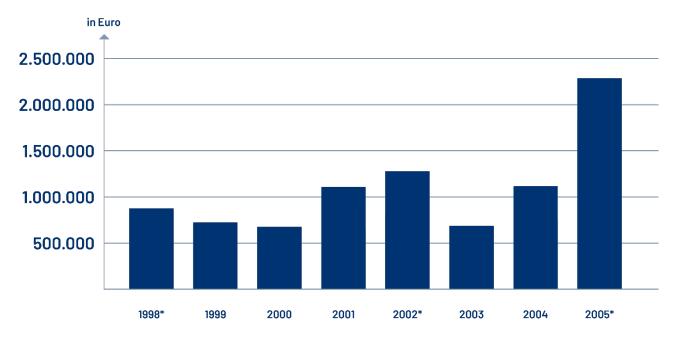
Nebenbei wurde die Politik mit Großspenden bedacht. Zwischen der Ankündigung der Rentenprivatisierung 1998 und ihrem Inkrafttreten 2002 spendete die Finanzbranche 4,5 Millionen Euro an die Parteien – doppelt so viel wie in der vorherigen Legislaturperiode. **2001 überstiegen die Spenden der Finanzlobby erstmals die Eine-Million-Euro-Marke.** Fast eine halbe Million Euro – zwölfmal so viel wie im Wahljahr 1994 – kamen vom Versicherungskonzern Allianz, bis heute einer der Hauptanbieter von Riester-Rentenprodukten. "Politische Landschaftspflege im Vorfeld wichtiger Entscheidungen" nennt das die Lobbyismus-Forschung. ³⁵⁸

In der Regierung stieß die Finanzlobby auf offene Ohren. In der Entwurfsphase der Rentenreform wurde vor allem der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) aktiv eingebunden. Mit zwischen 141 und 150 Lobbyist*innen und einem jährlichen Lobby-Budget von gut 15 Millionen Euro allein auf Bundesebene ist er einer der stärksten Player der Finanzlobby in Deutschland. Aber auch der Bundesverband deutscher Banken (BdB) und der Bundesverband Investment- und Asset Management (BVI) wurden früh konsultiert. **Unter Hans Eichel (SPD) hatte sich das Finanzministerium neben dem Arbeitsministerium eine Schlüsselrolle in der Rentendebatte gesichert**, es fungierte als Einfallstor für die Lobbyist*innen der Finanzbranche. Später tauchten diese in Anhörungen, vertraulichen Hintergrundgesprächen und auf parlamentarischen Abenden wieder auf.

"Die Teilprivatisierung der Rente im Jahr 2001 war besonders stark durch die Finanzlobby beeinflusst, soviel ist klar. [...] hierbei handelt es sich um ein Geflecht aus vielen Akteuren: Banken, Versicherungen und auch Finanzdienstleister wie AWD."

Diana Wehlau, Autorin des Buchs "Lobbyismus und Rentenreform"³⁶¹

SPENDEN DER FINANZBRANCHE AN DIE BUNDESPARTEIEN



* = Bundestagswahljahr

Quelle: WSI Mitteilungen 6/2012

LOBBY-ERFOLG DANK PERSONELLER VERFLECHTUNGEN

Der Lobbyismus der Finanzbranche hatte Erfolg. Am Ende des Gesetzgebungsverfahrens wurden zahlreiche Details des Altersvermögensgesetzes in ihrem Sinne verändert. So wurde das Förderverfahren für Riester-Rentenprodukte vereinfacht, Bank- und Fonds-Sparpläne wurden zusätzlich zu Rentenversicherungen als geförderte Geldanlage aufgenommen. Damit letzteres möglich wurde, erarbeiteten das Finanzministerium, das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen und der vom Bundesverband Investment- und Asset Management (BVI) geförderte Lehrstuhl an der Universität Frankfurt eine spezielle Lösung, mit der die Fondswirtschaft die hohen Eigenkapitalauflagen der Förderung von Riester-Produkten umgehen konnte. 362

Personelle Verflechtungen mit der Politik halfen der Finanzlobby beim Zugang zu Entscheidungsträger*innen. Von den Bundestagsabgeordneten der Legislaturperiode, in der die Riester-Rente verabschiedet wurde, waren mehr als jede*r zehnte mit der Finanzbranche verbandelt, ob als Aufsichtsrat-Mitglied, wegen einer vorherigen Berufs- oder einer Nebentätigkeit. Im Finanzausschuss war fast jedes fünfte Mitglied (18 Prozent) mit der Branche verbunden, darunter die Ausschussvorsitzende Christine Scheel von den Grünen (damals im Beirat der Barmenia und der Hamburg Mannheimer Versicherung). Hansgeorg Hauser von der CSU, ehemaliger Finanz-Staatssekretär und ebenfalls Mitglied im Finanzausschuss, wurde parallel zu seinem Mandat als Abgeordneter ab 2000 von der Commerzbank bezahlt: als "Beauftragter des Vorstands [für] die Pflege der Beziehungen zu Politik, Parteien". Auf mögliche Interessenkonflikte angesprochen antwortete Hauser, er habe sich schon immer als Lobbyist für den gesamten Finanzbereich gesehen.

DIE SPRUDELNDEN GEWINNE DES CARSTEN MASCHMEYER

Trotz des Erfolgs der Finanzlobby schwächelte die Nachfrage nach Riester-Rentenprodukten erst einmal. Das änderte sich nach der nächsten großen Reform 2004/05. Sie hob sechs von elf Kriterien auf, die ein Finanzprodukt erfüllen musste, um als Riester-Rente staatlich gefördert zu werden. Zudem mussten Vermittler*innen nur noch halb so lang auf ihre Verkaufsprovisionen warten. Der Abschluss von Verträgen wurde für sie damit attraktiver. **Plötzlich boomte das Geschäft mit der Riester-Rente.** 366

Auf die Änderungen hatte neben der Versicherungsbranche vor allem die Lobby der Finanzvermittler*innen hingewirkt. Diese bringen Finanzprodukte im Auftrag von Banken, Fonds und Versicherungsunternehmen an die Leute. **Mittendrin: Carsten Maschmeyer, Gründer des Allgemeinen Wirtschaftsdiensts (AWD) und heute Milliardär mit gewichtigen Freund*innen in Politik und Medien.** 1998 hatte er die Kanzlerkandidatur des Renten-Privatisierers Gerhard Schröder (SPD) mit einer 650.000 D-Mark teuren Anzeigenkampagne unterstützt. 367 Später nutzte Maschmeyer den persönlichen Kontakt zum Kanzler, um die Rahmenbedingungen bei der Riester-Rente so zu verändern, dass sie für die Vermittler*innen profitabler wurde. In ihrem Buch "Geld Macht Politik" zeigen die Journalisten Wigbert Löer und Oliver Schröm anschaulich, wie sich Maschmeyer über private Gespräche in Villen, auf Partys und beim Fußball immer besseren Zugang zum Kanzleramt verschaffte. 368

"Herr Schröder hat mit mir besprochen, dass wir uns Ende dieser Woche – möglichst bei ihm zuhause – treffen, um [...] über Pensionsreform/Riester-Rente/Lebensversicherungsbesteuerung zu sprechen [...] Herr Schröder deutete an, dass ihm Freitag- oder Samstagabend am liebsten wäre."

Carsten Maschmeyer an die Büroleiterin des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder³⁶⁹

Und das mit Erfolg. Nach der Rentenreform wurde die private Altersvorsorge einer der Umsatzschwerpunkte des AWD. Der Aktienkurs stieg und Maschmeyer schrieb von "hervorragenden Arbeitsbedingungen" für den Vertrieb von Finanzprodukten.³⁷⁰ Nach der Verlagerung von der staatlichen zur privaten Altersvorsorge stehe die Branche "vor dem größten Boom, den unsere Branche je erlebt hat", sagte er. "Es ist jedoch so, als wenn wir auf einer Ölquelle sitzen. Sie ist angebohrt, sie ist riesig groß, und sie wird sprudeln."³⁷¹

Ein Teil der sprudelnden Gewinne landete bei denen, die die Riester-Rente politisch vorangetrieben hatten. So finanzierte Maschmeyer Schröders Autobiographie, deren Urheberrechte er für zwei Millionen Euro erwarb. The Frühere einflussreiche Regierungsberater Professor Dr. Bert Rürup, einer der Hauptverfechter von Schröders Rentenreform, arbeitete 2009 als Chefökonom für den AWD und gründete 2010 gemeinsam mit Maschmeyer ein Beratungsunternehmen zur Alters- und Gesundheitsvorsorge. Walter Riester wurde nach Ende der rot-günen Koalition zu einem der Bundestagsabgeordneten mit den meisten Nebenverdiensten – dank gut bezahlter Reden für den AWD und als Berater für die Maschmeyer-Rürup AG. The den der schale de

VERSICHERUNGSLOBBY VERSCHLEIERT RIESTER-DESASTER

Viele Sparer*innen profitierten hingegen kaum von der Riester-Rente. Seit Jahren berichten Verbraucherschützer*innen und Medien über die hohen Kosten der Anbieter von Riester-Rentenprodukten und über intransparente Konditionen. So fließt laut einer Finanzwende-Auswertung aus dem Dezember 2020 bei einem durchschnittlichen Riester-Vertrag nahezu jeder vierte eingezahlte Euro in die Kosten. Die heutige Riester-Rente ist keine Altersvorsorge mehr, sondern bringt nur ein mickriges Taschengeld", urteilte Axel Kleinlein vom Bund der Versicherten deshalb schon 2019. Und kritisierte Riester-Rentenprodukte, die Sparer*innen über den Tisch ziehen, als "legalen Betrug mit staatlicher Unterstützung". So

"Ich würde sagen, dass die Riester-Rente insgesamt ein ziemliches Geschenk an die Finanzindustrie, insbesondere an die Versicherungswirtschaft war. [...] Der Verbraucher verliert."

Dorothea Mohn, Finanzexpertin beim Bundesverband der Verbraucherzentralen 379

Die Politik erkenne selber, dass die Riester-Rente gescheitert ist, finden Expert*innen wie Dorothea Mohn vom Verbraucherzentrale Bundesverband. Es fehle ihr aber die Klarheit und der Mut, Riester entsprechend zu beenden und eine neue Lösung zu entwickeln. Der extreme Lobbyismus seitens der Versicherungswirtschaft und ihrer Vertriebe dürfte hierfür verantwortlich sein. Für den Wunsch der Verbraucher*innen nach einer guten ergänzenden privaten Altersvorsorge sei das ein Schlag ins

Gesicht, so Mohn. 380 Dabei gehe es nicht nur darum, den Markt mit Riester-Renten-Produkten zu erhalten und auszuweiten, erklärt der ehemalige Vorstandsprecher des Bundes der Versicherten, Axel Kleinlein. Es gehe auch darum, ein Image-Desaster zu verhindern. "Das Scheitern der Riester-Rente als Symbol für das Versagen der Versicherungsbranche soll um jeden Preis verhindert werden", so Kleinlein. 381 Der rot-grün-gelbe Koalitionsvertrag von 2021 jedenfalls schweigt sich zu einer möglichen Abschaffung der Riester-Rente vielsagend aus. 382

- **Worum geht es?** Verwässerung der EU-Taxonomie, inklusive Greenwashing für Erdgas und Atomkraft
- Lobby-Akteur*innen: Europäische Verbände wie der Europäische Bankenverband und AFME (Association for Financial Markets in Europe), Fondsverband BVI, Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, Deutsche Kreditwirtschaft, Deutsche Bank, Union Investment und viele mehr
- **Strategien:** Frühe Einflussnahme durch EU-Expert*innengruppe und Konsultationen; Hintergrundgespräche; irreführende Behauptungen über den Zwangscharakter der Taxonomie; Warnung vor Überregulierung
- **Schaden**: Wichtiges Instrument gegen Greenwashing von Finanzprodukten geschwächt und in der Glaubwürdigkeit beschädigt

4.4 FÜR GREENWASHING, GAS UND ATOMKRAFT: SO LOBBYIERTE DIE FINANZBRANCHE RUND UM DIE EU-TAXONOMIE

Nicht nur Energiekonzerne und einzelne EU-Mitgliedstaaten haben dafür gesorgt, dass in der EU Investitionen in Gas und Atomkraft bald als nachhaltig gelten. Vor allem zu Beginn der Debatte um die so genannte Taxonomie lobbyierte kein Sektor so heftig gegen dieses Herzstück des EU-Aktionsplans zu "Sustainable Finance" wie die Finanzbranche. Über ihre europäischen Verbände stellten Banken, Fonds und die Versicherungsbranche früh die Weichen für das Greenwashing schädlicher Energieträger.

Erdgas gilt als emissionsärmster fossiler Brennstoff – aber sind Erdgas-Investitionen deshalb nachhaltig? Ist eine Mine nachhaltig, in der wichtige Metalle für die Elektromobilität gewonnen werden, die aber negative Folgen für die Umwelt und Bevölkerung vor Ort hat? Und was bedeutet das überhaupt, "nachhaltig"?

Mit der Taxonomie wollte die EU den Begriff der Nachhaltigkeit für den Finanzsektor genauer definieren. Das Ziel: ein einheitliches Öko-Klassifikationssystem für Wirtschaftsaktivitäten. Damit sollten Investor*innen besser einschätzen können, ob ein Projekt, ein Unternehmen oder ein Fonds, in den sie investieren wollen, nachhaltig ist. **Dank dieser Orientierungshilfe würde mehr Geld in klima-und umweltfreundliche Projekte fließen, so die Hoffnung**. Nachhaltige Investitionen würden durch die Taxonomie "einen kräftigen Schub erhalten", versprach der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Valdis Dombrovskis, Ende 2019. 383

Da war die erste heiße Phase der Auseinandersetzung um die Taxonomie gerade gelaufen. Europaparlament und EU-Mitgliedstaaten hatten sich auf die Grundzüge geeinigt. Viele Details und strittige Punkte, darunter die Frage, ob Atomkraft und Erdgas als nachhaltig eingestuft würden, waren aber noch ungeklärt.³⁸⁴

MISSION: VERWÄSSERUNG DER TAXONOMIE

Als sich 2017/18 abzeichnete, dass die EU es ernst meinte mit der Transformation zu einem nachhaltigen Finanzsystem, verfiel die Finanzlobby "reflexartig" ins "Jammern", ärgerte sich damals Silke Stremlau, Vorständin der Hannoverschen Kassen, einem Verbund nachhaltiger Pensionskassen, und seit 2022 Vorsitzende des Sustainable Finance-Beirats der Bundesregierung. ³⁸⁵ Wie im Film "Und täglich grüßt das Murmeltier" warnte die Lobby vor Überregulierung. In den Worten des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) klang das so: "Oftmals sind Marktlösungen besser als starre Vorgaben des Gesetzgebers, um regulatorische Ziele zu verwirklichen. Ein gutes Beispiel hierfür ist Sustainable Finance. [...] Eine freiwillige Verbreitung von Nachhaltigkeit im Finanzsektor [...] ist effizienter als verpflichtende gesetzliche Regelungen."³⁸⁶

Zu Beginn der Taxonomie-Debatte verfolgte die Finanzlobby vor allem zwei Ziele: Erstens sollte der Anwendungsbereich der Taxonomie begrenzt bleiben. So sollte sie nicht für alle Finanzprodukte gelten, sondern nur für solche, die als nachhaltig vermarktet werden. Gleichzeitig sollte es keinen separaten Katalog für umwelt- und klimaschädliche Aktivitäten geben – eine Voraussetzung, um ihre Finanzierung zu verteuern. Zweitens lobbyierte die Branche dafür, möglichst viele Wirtschaftsaktivitäten als "grün" einzustufen. Dafür sollten bestimmte Klima-Schwellenwerte abgesenkt werden, zum Beispiel bei der Stromerzeugung aus Gas. Außerdem sollten "Übergangstechnologien" Eingang in die Taxonomie finden, die zwar selbst nicht nachhaltig sind, aber den Weg in eine klimaneutrale Zukunft unterstützen können, so die Argumentation.³⁸⁷ Laut der Gruppe InfluenceMap, die den Lobbyismus in der ersten Phase der Entwicklung der Taxonomie untersucht hat, war das Ziel der Finanzlobby eindeutig, die Taxonomie "zu verwässern".³⁸⁸

TAKTIK: VERTRAULICHE GESPRÄCHE, IRREFÜHRENDE BOTSCHAFTEN

Dafür legte sich die Finanzlobby ziemlich ins Zeug. Sie stellte 11 von 20 Mitgliedern einer Expert*innengruppe, die die EU-Kommission bei der Entwicklung ihres ersten Taxonomie-Vorschlags beriet. Seine Parallel dazu rannte sie der Kommission für Hintergrundgespräche quasi die Türen ein (siehe Grafik). Keine andere Branche lobbyierte laut InfluenceMap in dieser Phase der Taxonomie-Debatte so heftig wie der Finanzsektor. Seine Zudem beteiligte er sich aktiv an öffentlichen Konsultationen. Heine Seine der Frage, ob die Taxonomie um eine so genannte "braune Taxonomie" für umweltschädliche Tätigkeiten erweitert werden sollte, stellte die Finanzlobby die größte Gruppe derjenigen, die sich dagegen aussprachen. Unter den Nein-Sager*innen befanden sich die Deutsche Bank, Union Investment, die Deutsche Kreditwirtschaft (DK), der Verband Öffentlicher Versicherer (VöV), der Derivate Verband (DDV) – um nur einige zu nennen. Seine Senz anders die Europäische Zentralbank, die europäische Bankenaufsichtsbehörde und zivilgesellschaftliche Organisationen: Sie wollten eine solche Taxonomie, um die Finanzindustrie von umwelt- und klimaschädlichen Investitionen abzuhalten.

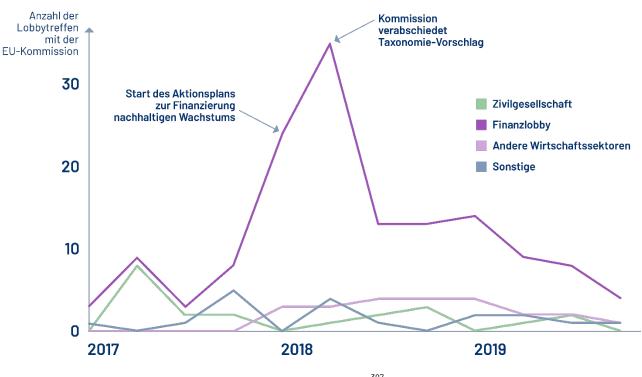
"Die Mehrheit der EU-Finanzlobby-Gruppen hat darauf gedrängt, die Taxonomie zu verwässern."

InfluenceMap-Analyse zum Lobbyimus rund um die EU-Taxonomie 394

Europäische Verbände der Finanzlobby waren in der Debatte besonders aktiv – und vertraten oft negativere Positionen zur Taxonomie als ihre Mitgliedsunternehmen.³⁹⁵ Laut Reclaim Finance, einer

Kampagnen-Organisation für ein sozial- und ökologisches gerechtes Finanzsystem, ist das beim Thema Klima durchaus üblich: **Dann vermarkten sich Player wie BlackRock öffentlich als Klima-Champions, propagieren aber hinter den Kulissen über ihre Verbände eine aggressive Anti-Klima-Agenda** – oder dulden sie zumindest.³⁹⁶

DIE FINANZBRANCHE DOMINIERT DAS LOBBYING ZU BEGINN DER TAXONOMIE-DISKUSSION



Quelle: InfluenceMap³⁹⁷

Irreführende Rhetorik spielt dabei eine wichtige Rolle. Beispielsweise suggerierte die Finanzlobby, die Taxonomie würde Anleger verpflichten, in bestimmte Anlagen zu investieren. Der Fondsverband BVI warnte: "Nachhaltiges Investieren darf nicht zur neuen Pflichtaufgabe [...] für Asset Manager in Europa werden."³⁹⁸ Dabei ging es bei der Taxonomie nicht darum, bestimmte Investitionen zu verbieten oder andere zur Pflicht zu machen. Sie ist nur ein grüner Stempel für manche Investitionen. "Eigentlich ist die Taxonomie nur ein Label", erklärt ein früherer Mitarbeiter im Europaparlament. "Aber die Finanzund die Industrielobby haben gerne so getan als wäre sie ein verpflichtendes Kreditvergabesystem. Das wollten viele im Europaparlament natürlich nicht."³⁹⁹

"Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK) begrüßt, dass jetzt auch Übergangs- und Schlüsseltechnologien als nachhaltig qualifiziert werden können."

Pressemitteilung der DK, 18. Dezember 2019⁴⁰⁰

Die Lobby hatte Erfolg, zumindest teilweise. Der Kompromiss vom Dezember 2019⁴⁰¹ verschob die Idee einer separaten Taxonomie für umwelt- und klimaschädliche Aktivitäten in eine ferne Zukunft. Und er legte fest, dass die Taxonomie eben nicht auf alle, sondern vor allem auf "grüne" Finanzprodukte Anwendung fand. Damit erfasst die Taxonomie nur einen kleinen Teil der Aktivitäten der

Finanzindustrie: **2021 betrug der Marktanteil nachhaltiger Geldanlagen in Deutschland weniger als zehn Prozent.** Auch zahlreiche "Übergangs-" und "Ermöglichungsaktivitäten" fanden Einzug in den Text – ein Einfallstor dafür, auch umwelt- und klimaschädliche Aktivitäten mit dem neuen Ökolabel zu versehen, die sich zuhauf in den Portfolios von Fondsgesellschaften, Banken und Versicherungsunternehmen befinden.

ÖKOLABEL FÜR ATOMKRAFT UND ERDGAS

Dann kam die technische Umsetzung der Taxonomie. Und Teile der Finanzlobby lobbyierten dafür, Erdgas als nachhaltig einzuordnen. Eine Expert*innengruppe der EU-Kommission hatte strikte Kriterien für die Stromerzeugung aus Gas vorgeschlagen: Sie sollte nur dann als nachhaltig gelten, wenn weniger als 100 Gramm CO2 pro Kilowattstunde Strom ausgestoßen würden (100g CO2/kWh). 403 Da Gaskraftwerke meist über diesem Wert liegen, wären sie faktisch aus der Taxonomie geflogen. Dagegen rebellierte die Banken-Lobby. Der Europäische Bankenverband 404 und die AFME (Association for Financial Markets in Europe) 405 schlugen einen laxeren Wert von 350 bis 420g CO2/kWh vor. Auch das Institute for International Finance (IIF) – ein Epizentrum der globalen Finanzlobby mit hunderten Banken, Vermögensverwaltern, Hedgefonds und Versicherungsunternehmen als Mitgliedern – monierte die zu hohen Schwellenwerte. 406 Mit Erfolg: Am Ende wurde für bestimmte Gaskraftwerke der Schwellenwert 270g CO2/kWh eingeführt. 407 Sie gelten jetzt als "grün".

"Einige der in der Taxonomie verwendeten Schwellenwerte […] sind sehr ehrgeizig und potenziell unrealistisch – insbesondere für die Stromerzeugung aus […] Gasverbrennung."

Brief des Institute of International Finance (IIF) an die EU Kommission, September 2019 408

Die AFME, ein Zusammenschluss von etwa 175 Großbanken und anderen Finanzmarktplayern, sprach sich auch dafür aus, Atomkraft als nachhaltige Übergangstechnologie zu deklarieren. Im September 2019 schrieb die Lobbyorganisation: "Wir glauben, dass Atomkraft in Betracht gezogen werden könnte, um kurz- bis mittelfristig die Reduktion von Treibhausgasemissionen zu unterstützen."⁴⁰⁹ Wenige Monate vorher hatte die AFME mit Verweis auf "die Rolle für Gas und Kernkraft für die Zwischenzeit" auf eine Taxonomie gedrängt, die eben nicht nur nachhaltige, sondern auch "Übergangsaktivitäten" erfasst.⁴¹⁰

Mit solchen Positionen haben Teile der Finanzbranche der fossilen- und Atomindustrie den Weg geebnet und deren Lobbyismus verstärkt. Als die EU-Kommission Anfang 2022 Atomenergie und Erdgas als nachhaltig im Sinne der Taxonomie erklärte, stieß das zwar in Teilen der Branche auf Kritik. Andere freuten sich aber darüber, dass sie nun mehr Produkte als nachhaltig vermarkten konnten. Die Fondsgesellschaft der Deutschen Bank DWS, bei der es nur Monate später wegen Greenwashing-Vorwürfen zu einer Razzia kam, kündigte prompt an, ihre Anlagepolitik zu überprüfen – um möglicherweise auch atomkraft-freundlichen Anleger*innen grüne Fonds anbieten zu können. Auch der Geschäftsführer des Bundesverband Alternative Investments (BAI), der Lobbyverband der Hedgefonds, sagte über Atomenergie und Gas: "Das sind Übergangstechnologien, die auch gebraucht werden. Man sollte sie deswegen nicht verteufeln."

GREENWASHING VON 1,4 MILLIARDEN TONNEN CO2

Ganz anders sahen das Bürger*innen, Wissenschaftler*innen und Umweltverbände. So halten laut einer von Finanzwende Recherche in Auftrag gegebenen Umfrage 82 Prozent der deutschen Bevölkerung Geldanlagen in Atomkraft für "nicht nachhaltig". 415 Greenpeace warnte davor, dass die Entscheidung bedeuten könnte, "dass ... tatsächlich nachhaltige Projekte das Nachsehen haben." 416 Und die Deutsche Umwelthilfe sagte: "Jeder Euro, der aufgrund der EU-Taxonomie in fossiles Gas oder Atomkraft fließt, fehlt für eine wirkliche Energiewende." 417 Laut Andreas Hoepner, Professor an der Universität Dublin und Mitglied der EU Expert*innengruppe für nachhaltige Finanzen, könnte die Taxonomie nun 1,4 Milliarden Tonnen CO2-Emissionen mit grünem Label versehen. "Das ist so, als würde man Pommes Frites als Salat bezeichnen." 418

- **Worum geht es?** CumEx, den größten Steuerraub der deutschen Geschichte
- **Lobby-Akteur*innen:** Bundesverband deutscher Banken und andere Bankenverbände, Kanzleien wie Freshfields und Steueranwält*innen wie "Mr. CumEx" Hanno Berger
- Strategien: Copy-Paste Gesetzesvorlagen fürs Finanzministerium; Rechtsgutachten, die kriminelle Deals legal erscheinen lassen; einen Maulwurf im Finanzministerium finanzieren; Panikmache gegen neue Regeln und Steuer-Rückforderungen; Parteispenden und andere Gefälligkeiten
- Schaden: Rund 10 Milliarden Euro an Steuergeldern

4.5 ORGANISIERTE KRIMINALITÄT IN NADELSTREIFEN: DER CUMEX-STEUERRAUB UND DIE POLITIK

Italienische Mafiosi, japanische Yakuza-Gangs, kolumbianische Drogenbosse - organisierte Kriminalität hat viele Gesichter. Auch das weltweite CumEx-Netzwerk aus Banker*innen, Berater*innen und Superreichen gehört dazu. Durch jahrzehntelang industriell betriebenen Steuerraub hat diese Bande dem deutschen Staat Milliarden gestohlen. Möglich wurde ihr Griff in die Staatskasse auch durch den Lobbyismus der Finanzbranche und ihre Nähe zu Staat und Politik.

CumEx war eine perfide Gelddruckmaschine, von der eine ganze Industrie aus Börsenhändler*innen, Banker*innen, Steuerberater*innen und reichen Anleger*innen jahrelang profitiert hat. Durch komplexe Aktiengeschäfte rund um die Dividendenstichtage großer Konzerne ließen sie sich einmal gezahlte Kapitalertragssteuern mehrfach vom Finanzamt erstatten. "Bei Cum-Ex geht es nicht um klassische Steuerhinterziehung", erklärt der Journalist Oliver Schröm, der den Skandal mit aufgedeckt hat: "Hier greift jemand in die Staatskasse und nimmt sich dort Geld heraus, auf das er gar keinen Anspruch hat."⁴¹⁹ Dem Staat wird letztendlich Geld gestohlen. Geschätzter Schaden für den deutschen Fiskus allein durch CumEx: 10 Milliarden Euro. ⁴²⁰

"Es ging um einen blanken Griff in die Steuerkasse, in die alle Steuerzahler normalerweise einzahlen."

Rolf Raum, bis Juni 2022 Richter am Bundesgerichtshof 421

Schon in den 1990er Jahren wurden CumEx-Deals betrieben. So richtig angeheizt wurde das Geschäft aber erst durch das Jahressteuergesetz 2007. Das Finanzministerium wollte die Geschäfte damit eigentlich unterbinden. Das Gesetz regelte jedoch nur CumEx-Deals, die über Inlandsbanken abgewickelt wurden – und ließ ausländische Geldinstitute außen vor. Involvierte Banken witterten daraufhin fälschlicherweise eine Gesetzeslücke. Die Deals wurden nun über Auslandsbanken abgewickelt – mit der Argumentation, dies sei legal, da solche Deals im Gesetz nicht explizit untersagt

wurden. Viele weitere Banken stiegen ein. **Das Gesetz, das den Steuerraub beenden sollte, wurde also zu seinem "Brandbeschleuniger"**, so einer der Profiteur*innen später vor Gericht.⁴²²

Wie konnte das passieren?

COPY UND PASTE VOM BANKENVERBAND

Alle entscheidenden Stellen des 2007er Jahressteuergesetzes in Bezug auf CumEx-Geschäfte stammten vom Bundesverband deutscher Banken (BdB). Mit 61 bis 70 Lobbyistinnen und einem jährlichen Lobby-Budget von fast sieben Millionen Euro ist er einer der stärksten Player der Finanzlobby in Deutschland. Schon Anfang 2003 hatte der BdB den "Entwurf eines steuergesetzlichen Formulierungsvorschlags" an das Finanzministerium geschickt und damit auf CumEx hingewiesen. Ziel des BdB war es keinesfalls, die Geschäfte zu unterbinden, sondern einen klaren gesetzlichen Rahmen dafür zu schaffen. Dabei hätte es statt eines neuen Gesetzes eher zusätzliche Kontrollen gebraucht, um die Deals aufzudecken. Als das Ministerium dann 2005/06 an Formulierungen arbeitete, um die windigen Aktiengeschäfte zu unterbinden, wurde der BdB-Vorschlag wieder aus der Schublade gezogen.

CumEx-Profiteur*innen wie der Steueranwalt Hanno Berger wurden ebenfalls über die Pläne des Ministeriums informiert. Er hatte gerade begonnen, das bis dato von Banken betriebene CumEx-Geschäft für reiche Investor*innen wie den Immobilienmogul Rafael Roth zu öffnen. 425 Durch teure Gutachten, die CumEx-Deals eine Schein-Legalität verschafften und Beteiligten wie Berger nutzten, spielten auch Anwält*innen und Kanzleien wie Freshfields eine wichtige Rolle in dem Skandal. 426

Immer wieder wurden der Lobby Informationen aus dem Ministerium zugespielt und Lobbyist*innen um Feedback gebeten. Anfang Februar 2006 schickte der damalige Steuer-Referatsleiter, Michael Gierlich, den aktualisierten Gesetzesentwurf an einen Lobbyisten des BdB. Der leitete den Text an die Steuerexpert*innen des Verbands weiter. Er schrieb: "[...] anbei die überarbeitete Fassung des Gesetzentwurfs [...], die uns Herr Gierlich mit der Bitte um "Gegenlesen" zur Verfügung gestellt hat. Erst nach unserer Stellungnahme will er den neuen Entwurf an die Länder schicken. Für Ihre Anmerkungen wären wir Ihnen daher dankbar [...]."427

"Natürlich haben die Banken kein Interesse daran, ihr höchst lukratives Geschäftsfeld zu zerstören. Und so ist ihr Vorschlag dann auch nicht geeignet, Cum-Ex zu stoppen. Doch das ist dem Bundesfinanzministerium entweder nicht klar oder egal."

Oliver Schröm, Journalist und Autor von "Die Cum-Ex Files"428

Derart bestens informiert hatte die Finanzlobby Zeit, die kommende Gesetzesänderung zu analysieren und die Verlagerung des CumEx-Geschäfts ins Ausland vorzubereiten. 429 Und sie nutzte die Chance, "um die endgültige Fassung in unserem Sinne zu beeinflussen", wie Hanno Berger 2006 an einen Kollegen schrieb. 430

Schließlich wurde der Text des BdB so ins Gesetz übernommen, wie es sich die Banken und ihre Berater*innen gewünscht hatten. **Und zwar "eins zu eins, ohne dass ein Komma geändert wurde", so ein Anwalt später vor Gericht.**⁴³¹ Tatsächlich wurde in einem vom BdB kopierten Absatz der

Begründung des Gesetzes gerade einmal ein Buchstabe beim Wort "Leerverkaufes" gestrichen, wie die Transparenzinitiative abgeordnetenwatch feststellte. Bei einem internationalen Treffen von Banker*innen im Jahr 2008 bezeichnete sich der BdB ganz selbstverständlich als "Initiator" der entsprechenden Passagen. Aus auch der BdB ganz selbstverständlich als "Initiator" der entsprechenden Passagen.

Passage aus einem Schreiben des Bankenverbands an das Finanzministerium, Dezember 2002⁴³⁴

Passage aus der Begründung des Jahressteuergesetzes 2007, September 2006⁴³⁵

In dem Sonderfall eines sogenannten Leerverkaufs, bei dem der Verkäufer die Aktien selbst erst beschaffen muss und der Erwerb dieser Wertpapiere durch den Veräußerer erst zu einem Zeitpunkt möglich ist, in dem bereits der Dividendenabschlag vorgenommen wurde, ist der betreffende Aktienbestand im Zeitpunkt der Dividendenzahlung noch im rechtlichen Eigentum eines Dritten, dem seinerseits auch die Dividende und der damit verbundene Kapitalertragsteuer-Anrechnungsanspruch als rechtlichem Eigentümer der Aktien zustehen. Deshalb sind in diesem Fall zusätzliche Regelungen notwendig, um dem Fiskus die Kapitalertragsteuer betragsmäßig zur Verfügung zu stellen, die dem Anrechnungsanspruch entspricht, der dem Aktienerwerber als wirtschaftlichem Eigentümer und Dividendenbezieher zusteht.

In dem Sonderfall eines sogenannten Leerverkaufes, bei dem der Veräußerer die Aktien selbst erst beschaffen muss und der Erwerb dieser Wertpapiere durch den Veräußerer erst zu einem Zeitpunkt möglich ist, in dem bereits der Dividendenabschlag vorgenommen wurde, ist der betreffende Aktienbestand im Zeitpunkt der Dividendenzahlung noch im rechtlichen Eigentum eines Dritten, dem seinerseits auch die Dividende und der damit verbundene Kapitaletragsteuer-Anrechnungsanspruch als rechtlichem Eigentümer der Aktien zustehen. Deshalb sind in diesem Fall zusätzliche Regelungen notwendig, um dem Fiskus die Kapitaletragsteuer betragsmäßig zur Verfügung zu stellen, die dem Anrechnungsanspruch entspricht, der dem Aktienerwerber als wirtschaftlichem Eigentümer und Dividendenbezieher zusteht.

TRAUTES ZUSAMMENSPIEL: FINANZLOBBY UND MINISTERIUM

Nach einem anonymen Hinweis auf anhaltende Milliardenschäden für den Fiskus versuchte das Finanzministerium im März 2009 erneut, CumEx zu beenden. Wieder bezog das Ministerium die Finanzlobby eng in seine Überlegungen ein. "Das gehört ja mit dazu", sagte ein Beamter später lapidar vor dem CumEx-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages. 436

"Der Austausch mit Bankenverbänden gehört natürlich zum alltäglichen Geschäft eines Steuerbeamten im Bundesfinanzministerium."

Florian Scheurle, ehemaliger Steuer-Abteilungsleiter im Finanzministerium 437

Hanno Berger, dem früh die Erstfassung der neuen Regel sowie interne Protokolle aus dem Ministerium vorlagen, ⁴³⁸ mobilisierte gleich eine ganze Armada von Finanzlobbyist*innen gegen die Pläne. Er bat sie, sich dagegen einzusetzen – freilich ohne seinen Namen zu nennen. ⁴³⁹ So schrieb der damalige Chef des Deutschen Aktieninstituts, Rüdiger von Rosen, an Finanzminister Peer Steinbrück (SPD), dass aufgrund der geplanten Regeln ein "immenser Schaden für die Funktionsfähigkeit des deutschen Aktienmarktes" entstehen könnte. "Die Regelung scheint mir insofern weit über das – sicherlich zu unterstützende – Ziel hinaus zu schießen", so von Rosen. ⁴⁴⁰ Ähnlich alarmistisch klang ein Schreiben, das der BdB gemeinsam mit anderen Verbänden ans Ministerium schickte. ⁴⁴¹ "Frei erfundene Horrorszenarien" nannte der Journalist Massimo Bognanni die maßlosen Übertreibungen der Branche später in seinem Buch zum CumEx-Steuerraub. ⁴⁴²

Im Detail forderten die Verbände unter anderem, Publikumsfonds von den neuen Regeln auszunehmen. Das Finanzministerium übernahm den Vorschlag – erneut mit der Folge, dass Beteiligte darin ein Schlupfloch sahen. **So schrieb ein Banker triumphierend von einem "Riesen-Scheunentor" für CumEx-Deals.** Auch 2009 lief der CumEx-Reibach über Pensionsfonds weiter.

MAULWURF IM MINISTERIUM

Bei ihren Lobbybemühungen konnten die Banken besonders auf einen Mitarbeiter im Finanzministerium setzen, der ihnen wohlgesonnen war: Arnold Ramackers. Der Finanzrichter arbeitete ab 2004 vier Jahre in der Steuerabteilung. Er leitete 2004/05 den Gesetzesvorschlag des BdB an die Bundesländer weiter, bügelte Kritik daran ab und kopierte schließlich fast wortgleich die BdB-Formulierungen ins Gesetz, die CumEx-Geschäfte legal erschienen ließen. 2007 sorgte er dann dafür, dass Hinweise eines Bundestagsabgeordneten auf anhaltende Cum-Ex Betrügereien nicht die Ministeriumsspitze erreichten. 445 Mitte 2008 ließ er sich beurlauben. Im Urlaub erhielt Ramackers von vier Lobbyverbänden Geld für Gutachten, darunter der BdB und der Sparkassen- und Giroverband. Zeitgleich agierte er aber weiter als eine Art informeller Sachverständiger des Finanzministeriums. Laut seinem früheren Vorgesetzten wurde er "ab und zu mal intern [...] eingeschaltet" und nahm sogar an Sitzungen im Ministerium und in Bund-Länder-Gruppen teil. 446

"CumEx wurde nicht nur von einer kleinen Clique gieriger Banker begangen. Es war ein ganzer Industriezweig, bestens vernetzt in Finanzverwaltung, Politik, Wissenschaft – und eben in die Medien. Eine 'neue Form organisierter Kriminalität'."

Massimo Bognanni, Journalist und Autor von "Unter den Augen des Staates" ⁴⁴⁷

Ramackers war der perfekte Doppelagent der CumEx-Industrie. Und die wusste das. In einem Brief nannte ein Mitarbeiter des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken Ramackers Gehälter eine "sinnvolle Investition". Das habe Ramackers durch sein "positives Wirken in der Vergangenheit bereits nachgewiesen". Im Ministerium hinterfragte niemand seine Kontakte zur Bankenlobby. Im Gegenteil: 2010 wurde Ramackers dort erneut angestellt. Er leitete weiterhin vertrauliche Informationen an den BdB weiter und beriet die Banken dazu, was sie dem Finanzministerium wie am besten vorschlagen sollten. 448

DIE WARBURG BANK UND DIE HAMBURGER SPD

Inzwischen stehen die ersten CumEx-Akteur*innen vor Gericht, erste Urteile sind gefallen und die ursprünglichen Geschäfte unterbunden. **Die Saga der Lobby-Affären rund um den größten Steuerraub der deutschen Geschichte ist aber noch nicht vorbei.** Seit 2021 untersucht ein Ausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft, ob Olaf Scholz und andere SPD-Größen wie Peter Tschentscher Einfluss auf die Finanzverwaltung genommen haben, auf Millionen von Steuerrückzahlungen der Warburg Bank zu verzichten. 449 Die Hamburger Bank hatte mit CumEx-Geschäften dreistellige Millionenbeträge ergaunert, die sie inzwischen zurückzahlen musste. 450

2016 und 2017 hatte die Warburg Bank vehement versucht, die Rückzahlung der gestohlenen Gelder an das Finanzamt zu verhindern. Dazu traf sich der Bankeigner Christian Olearius mit Hamburger SPD-Größen, darunter Ex-Vize-Bürgermeister Alfons Pawelczyk, der damalige Bundestagsabgeordnete und SPD-Bezirksvorsitzende Johannes Kahrs sowie der damalige Erste Bürgermeister Olaf Scholz. Olearius bemühte in den Gesprächen das Horrorszenario der existenzbedrohten Bank. Kahrs und Pawelczyk wurden vornehm von ihm zum Essen eingeladen, 2017 erhielt die Hamburger SPD Spenden der Warburg Bank und verbundener Gesellschaften. Bis heute schwebt der Verdacht über den Spenden, sie könnten eine Gegenleistung für die Mühen der SPD-Größen gewesen sein. Noch im April 2019 – die

Ermittlungen gegen Warburg waren längst bekannt – trafen sich Kahrs, Olearius und der damalige Finanz-Staatssekretär Jörg Kukies (SPD) an einem "stillen Plätzchen" in Berlin zum Frühstück. ⁴⁵²

Nach solchen Treffen gab sich der Banker stets hoffnungsvoll. **Und tatsächlich entschied die Hamburger Finanzbehörde, dass die Warburg Bank die CumEx-Beute nicht zurückzahlen musste.** Kurz zuvor hatte der damalige Finanzsenator und heutige Hamburger Bürgermeister, Peter Tschentscher (SPD), ein Schreiben der Bank in Chefsache-Manier an die Behörde weitergeleitet. ⁴⁵³ Tschentscher habe damit politischen Einfluss auf die Mitarbeiter*innen der Behörde ausgeübt, argumentieren Expert*innen wie der frühere Hamburger Finanzsenator Wolfgang Peiner (CDU). "Das ist der Beginn einer Einflussnahme, wenn etwas über den Finanzsenator in den steuerlichen Apparat eingespeist wird", so Peiner im August 2022 vor dem Untersuchungsausschuss der Hamburgischen Bürgschaft. ⁴⁵⁴

"Ich meine, sein zurückhaltendes Verhalten so auslegen zu können, dass wir uns keine Sorgen zu machen brauchen."

Christian Olearius, Eigner der Warburg Bank, über ein Treffen mit Olaf Scholz im November 2017⁴⁵⁵

Bis heute bestreiten die Beteiligten eine Begünstigung der Warburg Bank. Und doch zeigt auch der Hamburger Teil der CumEx-Affäre, was die Kölner Ober-Staatsanwältin Anne Brorhilker, die seit Jahren zu CumEx ermittelt, immer wieder in ihren Plädoyers kritisiert: eine unheilvolle Nähe zwischen Finanzbranche, Staat und Politik. Ohne diese Nähe hätte es den CumEx-Steuerraub in diesem Ausmaß nicht gegeben.

- **Worum geht es?** Massives Verzögern und Abschwächen von Eigenkapital-Auflagen für Banken
- **Lobby-Akteur*innen:** Institute for International Finance (IIF), Deutsche Bank, Deutsche Kreditwirtschaft, Europäischer Bankenverband und viele andere
- Strategien: Frühes Lobbying in der Agenda-Setting-Phase auf internationaler und europäischer Ebene; Panikmache vor vermeintlicher Kreditklemme und Wettbewerbsnachteilen; Festhalten an bestehenden Regulierungs-Schlupflöchern; Lobbying über Verbündete in der Realwirtschaft
- **Schaden**: 70 Milliarden Euro an deutschen Steuergeldern, allein durch Lobbyismus vor der Krise

4.6 KNIEFALL VOR DER LOBBY: DAS BASELER REGELWERK UND DAS ZU GERINGE EIGENKAPITAL DER BANKEN

Nach der Finanzkrise 2008 haben die Steuerzahler*innen in Deutschland mehr als 70 Milliarden Euro für Bankenrettungen gezahlt. Das sind 3.000 Euro für jede Familie. 457 Schuld daran war auch der Lobbyismus der Finanzbranche: Vor der Krise hatte sie Regeln verhindert, die sie zu ausreichend Eigenkapital gezwungen hätten, um Verluste selbst auffangen zu können. Die Folge war eine extreme Verschuldung der Banken, eine der Hauptursachen der Finanzkrise. Und auch nach der Krise gelang es der Finanzlobby, schärfere Regeln zur Eigenkapital-Ausstattung zu verwässern und zu verzögern.

Jedes vernünftig wirtschaftende Unternehmen finanziert seine Geschäfte mit mindestens 25 bis 30 Prozent Eigenkapital. Wenn es finanzielle Verluste gibt, bei Zahlungsausfällen von Kund*innen beispielsweise, schützt dieses Kapital das Unternehmen vor der Insolvenz. Doch an genau diesem Schutz fehlte es den Banken, als sie sich im großen Stil am amerikanischen Immobilienmarkt verzockten. So hatte die Münchener Hypo Real Estate Bank kurz vor ihrem Kollaps 2008 gerade einmal 0,08 Prozent Eigenkapital in ihrer Bilanz. 99,92 Prozent des Geldes, mit dem die Bank gewirtschaftet hatte, waren Schulden.

Möglich wurde diese extreme Verschuldung durch laxe globale Standards für die Bankenregulierung. Sie werden vom Baseler Ausschuss entwickelt, einem Gremium aus Notenbanker*innen und Vertreter*innen von Aufsichtsbehörden aus 28 Ländern. Sein Basel II genanntes Regelwerk von 2004 war maßgeblich vom Institute for International Finance (IIF) beeinflusst worden, einer Art Epizentrum der globalen Finanzlobby mit über 400 Banken, Vermögensverwaltern, Hedgefonds und Versicherungsunternehmen als Mitgliedern. Das IIF hatte dafür gesorgt, dass interne Risikomodelle Teil von Basel II wurden. Damit konnten die großen Banken ihre tatsächlichen Risiken künstlich kleinrechnen und Eigenkapital einsparen. 460 In der Krise fielen die hochverschuldeten Banken dann um wie Dominosteine und mussten gerettet werden. Und die Chefs großer Banken, Jamie Dimon von

JPMorgan Chase etwa, gaben zähneknirschend zu, dass die exzessive Verschuldung der Banken "eine der Kernursachen der Krise" war. 461

"Der Steuerzahler soll nie mehr bei einer Bankenkrise belastet werden. Aber das geht nur, wenn die Eigenkapitalausstattung genügend groß ist."

Hans Gersbach, Professor für Makroökonomie an der ETH Zürich, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium 462

Nach der Krise sollte sich das mit den Schulden ein für alle Mal ändern. Banken sollten nicht mehr gefährlich auf Pump leben können, sondern in der Lage sein, größere Verluste selbst zu tragen. Eine erneute Bankenkrise sollte so verhindert werden. 2010 schlug der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium vor, die Eigenkapitalanforderungen von Banken auf bis zu 15 Prozent ihrer Bilanzsumme anzuheben. 463 Andere forderten sogar 20 bis 30 Prozent, um die Geldhäuser robuster und das Finanzsystem stabiler zu machen. 464

Aber die Geschichte wiederholte sich. Die Bankenlobby sorgte dafür, dass es wieder nicht dazu kam.

LOBBYING IN DER AGENDA-SETTING-PHASE

Noch inmitten der Krise nahm die Finanzlobby erneut den Baseler Ausschuss ins Visier. Im September 2009 kündigte der Ausschuss die Überarbeitung seiner bisherigen Standards an, darunter strengere Eigenkapitalregelungen.⁴⁶⁵

Da war die Lobby längst in der Offensive. Bereits im Juli hatte das IIF medienwirksam ein Papier veröffentlicht. Darin begrüßte die Lobbygruppe zwar neue Regeln für den Bankensektor, warnte aber davor, übers Ziel hinaus zu schießen. **Ganze Volkswirtschaften könnten sonst gefährdet werden.** ⁴⁶⁶ Das IIF hatte mehrere Top-Lobbyist*innen, die vorher Mitglieder im Baseler Ausschuss gewesen waren, und einen Ehemaligen, der durch die Drehtür gegangen war und inzwischen im Ausschuss saß. Also: einen engen Draht zu den Regulierer*innen. ⁴⁶⁷

"Trotz des immensen politischen Willens für Reformen gewannen die großen internationalen Banken […] die Kontrolle über den Baseler Prozess. Sie verzerrten die neuen Regeln zu ihren Gunsten und schlossen so das entscheidende Zeitfenster für weitreichende Reformen."

Ranjit Lall, Professor für Internationale Politische Ökonomie, Universität Oxford 468

Dank dieses guten Drahts und des frühen Agierens erlangte die Finanzlobby erneut die Kontrolle über den Basel-Prozess. Das IIF forderte schon in seinem Papier vom Juli 2009, Kapitalstandards nur innerhalb des so genannten risikobasierten Ansatzes zu ändern – also weiter die internen Rechenmodelle zu verwenden, welche die extreme Verschuldung der Banken mit ermöglicht hatten. ⁴⁶⁹ **Als beim Baseler Ausschuss Warnungen davor eingingen, war es zu spät.** Der risikobasierte Ansatz war bereits fester Bestandteil des zukünftigen Reformpakets, genannt Basel III. ⁴⁷⁰

SCHRECKGESPENST KREDITKLEMME

Der Baseler Ausschuss wurde im Laufe der Verhandlungen überschwemmt mit Lobbypapieren. Von 274 Kommentaren, die dort eingingen, stammten 230 aus der Feder von Wirtschaftslobbygruppen, darunter die Deutsche Bank, die Deutsche Börse und der Zentrale Kreditausschuss (heute bekannt als "Die Deutsche Kreditwirtschaft", ein Zusammenschluss des Verbands der Volksbanken und Raiffeisenbanken, des Bundesverbands deutscher Banken, des Verbands Öffentlicher Banken, des Sparkassen- und Giroverbands und des Verbands deutscher Pfandbriefbanken). Allein die Kommentare des IIF umfassten 151 Seiten. 472

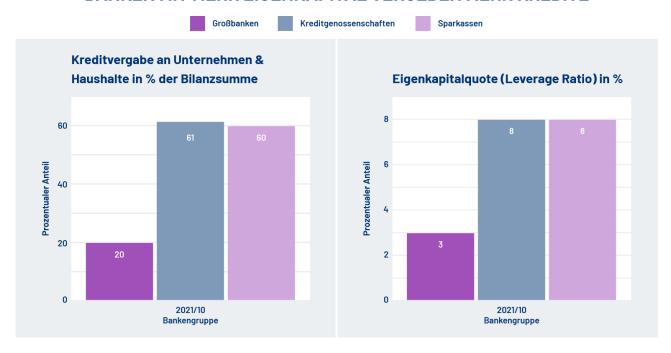
Beim Kampf gegen höhere Eigenkapital-Auflagen setzte die Finanzindustrie auf Panikmache. Die Auflagen könnten den Wirtschaftsaufschwung abwürgen und zehn Millionen Arbeitsplätze kosten, warnte das IIF, nachdem die Vorschläge für das Basel III Reform-Paket öffentlich gemacht worden waren. Die Banken würden die höheren Kapitalkosten an die Kunden weitergeben und der Wirtschaft weniger Kredite geben, behauptete Joseph Ackermann, damals Vorsitzender des IIF und Chef der Deutschen Bank. Es sei daher wichtig, die neuen Regeln schrittweise über einen längeren Zeitraum einzuführen, so Ackermann. 473

"Hier wird ein typisches Schreckgespenst heraufbeschworen, mit dem uns weisgemacht werden soll, wir müssten zwischen Wirtschaftswachstum und Finanzstabilität wählen, könnten aber nicht beides haben."

Martin Hellwig und Anat Admati in ihrem Buch "Des Bankers neue Kleider" ⁴⁷⁴

Die Behauptung, dass Banken mit weniger Eigenkapital mehr Kredite an die Wirtschaft vergeben können, war da schon längst empirisch widerlegt. Die Panikmache verfing trotzdem. **Als Basel III 2010 beschlossen wurde, konnten die Banken zufrieden sein.** Die Eigenkapital-Anforderungen wurden zwar erhöht, blieben aber weit hinter den Empfehlungen zurück. Banken mussten nun eine risikogewichtete Eigenkapitalquote (Equity Ratio) von sieben Prozent erreichen – aber die bezieht sich eben nur auf einen winzigen Teil ihrer Aktiva und sah dazu noch übermäßig lange Übergangsfristen bis 2019 vor. ⁴⁷⁵ Erstmals führte Basel III auch eine so genannte Leverage Ratio ein, also eine Eigenkapitalvorschrift, die sich auf die gesamte Bankbilanz bezieht. Sie betrug aber nur mindestens drei Prozent Eigenkapital im Verhältnis zu den gesamten Aktiva – ein "empörend niedriger" Wert, so die Ökonomin Anat Admati und der Ökonom Martin Hellwig. ⁴⁷⁶

BANKEN MIT MEHR EIGENKAPITAL VERGEBEN MEHR KREDITE



Quelle: Bundesbank Zeitreihen-Datenbank 10-2021

Entsprechend sarkastisch war die Kritik der *Financial Times*. Sie nannte Basel III eine "Maus, die nicht brüllte" – wenngleich "die Bankenbranche darauf bestehen wird, dass die Maus ein Tiger ist, der kurz davor steht, die Weltwirtschaft zu verschlingen."⁴⁷⁷ **Nach Bekanntgabe des Reform-Pakets schnellten die Kurse der größten Privatbanken in die Höhe.**⁴⁷⁸

Nur wenig später veröffentlichte übrigens die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zwei Berichte, die die Horrorszenarien des IIF widerlegten. 479 Aber da war es bereits zu spät.

KAMPF GEGEN OUTPUT-FLOOR

Der erste Teil der Basel III-Reformen hatte ein fatales Schlupfloch intakt gelassen: interne Rechenmodelle der Banken, mit denen sie ihre Risiken – und damit das Eigenkapital – beliebig kleinrechnen und Stabilität vorgaukeln konnten. Das zweite Paket sollte die Tricksereien beenden. Eine Eigenkapital-Untergrenze, der so genannte Output-Floor, sollte die Manipulation durch bankinterne Risikomodelle drastisch reduzieren. Das betraf vor allem Großbanken wie die Deutsche Bank, die Commerzbank und die DZ Bank, die mit diesen Modellen rechnen. Es ging beim Output-Floor daher auch darum, faire Wettbewerbsbedingungen für die kleineren und mittelgroßen Geldinstitute herzustellen, die meist mit den Standardmodellen rechnen. 480

Die Bankenlobby lief Sturm gegen den Output-Floor. **Neben technischen Argumenten setzte sie auf bekannte Schreckgespenster.** "Die potenziellen Auswirkungen auf die Kreditvergabe an die Realwirtschaft und die Finanzierung von Wachstum müssen sorgfältig geprüft werden", forderte die Deutsche Bank in einem Schreiben an den Baseler Ausschuss im Jahr 2015. Gemeinsam mit dem Bundesverband der Industrie (BDI) warnte der Bankenverband: "Die Banken dürfen nicht aus der Unternehmensfinanzierung verdrängt werden."⁴⁸¹ **Wie viele andere Lobbygruppen nannten die beiden Verbände die neuen Regeln jetzt übrigens konsequent Basel IV (nicht mehr Basel III) – um zu**

suggerieren, dass die Politik den Hals nicht voll bekäme und sich anmachte, die "Regulierungsschraube mit neuen Ansätzen zu überdrehen."

"Anzuerkennen ist, dass sich insbesondere auch die deutsche Verhandlungsdelegation lange gegen einen Kompromiss zu Lasten der […] Banken gestemmt hat."

Deutsche Kreditwirtschaft⁴⁸³

Erneut hatte die Lobby Erfolg: Mehrmals wurde die Fertigstellung von Basel III verschoben, nachdem sich unter anderem die Vertreter*innen Deutschlands der Bankenlobby angeschlossen hatten. 484 Im Dezember 2017 wurden die Reformen dann endlich verabschiedet – neun Jahre nach dem Kollaps der Bank Lehman Brothers. Die Reformen enthalten einen Output-Floor von 72,5 Prozent. Das bedeutet: Banken, die Eigenkapitalanforderungen mit ihren internen Modellen berechnen, müssen mindestens 72,5 Prozent des Limits einhalten, das Standardmodelle ergeben würden. Da anfangs deutlich höhere Werte im Gespräch gewesen waren, werteten Expert*innen das als "einen beträchtlichen Verhandlungserfolg der Bankenverbände". 485 Und: Sie bekamen erneut sehr lange Zeit – bis 1.1.2027 – um die Vorschriften vollständig umzusetzen. In der Corona-Pandemie wurde diese Deadline nochmal um ein Jahr verschoben. 486 Auf ganze 20 Jahre nach dem großen Crash.

DIE BASEL III-VERWÄSSERUNG DER EU

Doch die Geschichte des Verwässerns und Verzögerns ist damit noch nicht zu Ende. Die Baseler Vereinbarungen werden erst rechtsverbindlich, wenn sie in nationale beziehungsweise EU-Gesetzgebung übernommen werden. Schon beim ersten Basel III-Paket wurden die Mindeststandards bei der Überführung in EU-Recht unterwandert. Nun sieht es so aus, dass auch die Basel III-Finalisierung auf EU-Ebene im Interesse der Finanzlobby abgeschwächt und auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben wird.

Schon der Gesetzesentwurf der Europäischen Kommission vom Oktober 2021 enthält die Fußabdrücke der Bankenlobby. Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) begrüßte ausdrücklich das "bewusste Abweichen" vom angestrebten Zeitplan des Baseler Ausschusses für das Inkrafttreten der neuen Regeln. 488 Statt 2023 soll die Umsetzung nach Willen der Kommission erst 2025 beginnen – und statt am 1.1.2028 erst 2030 abgeschlossen sein. Außerdem nimmt der Vorschlag der Kommission bestimmte Eigenkapitalanforderungen vom Output-Floor aus. 489

Wie sehr der Kommissionsvorschlag Basel III verwässert, zeigen Berechnungen der Bundesbank vom September 2022: Während eine volle Umsetzung der Baseler Vereinbarungen die Eigenkapitalanforderungen an den deutschen Bankensektor um fast 20 Prozent hätte steigen lassen, schrumpft dieser Anstieg durch den Vorschlag der EU-Kommission auf mickrige 5,4 Prozent. ⁴⁹⁰ Anscheinend spielte die deutsche Bundesregierung in Person des damaligen Finanz-Staatssekretärs und ehemaligen Goldman Sachs-Lobbyisten Jörg Kukies erneut eine wichtige Rolle bei der Verwässerung der Baseler Vorschriften. ⁴⁹¹

"Das Kernargument der Lobby war: Das schwächt die europäischen Banken. Das bekamen wir immer und immer wieder zu hören."

EU-Diplomat 492

Diesmal konnte die Lobby mit der Behauptung punkten, europäische Banken würden gegenüber ihren US-amerikanischen Konkurrenten benachteiligt. Die Deutsche Kreditwirtschaft warnte: "Der europäische Markt würde zu wesentlich größeren Teilen als heute von US-amerikanischen Banken dominiert, während Banken in Deutschland, Frankreich und anderen europäischen Ländern damit beschäftigt wären, ihre Eigenkapitalsituation zu verbessern."⁴⁹³ Dabei wurde geflissentlich verschwiegen, dass der Output-Floor für US-Banken nur deshalb keiner Verschärfung gleichkäme, weil die Eigenkapitalanforderungen in den USA längst strikter waren als in Europa. **Die USA hatten nach der Krise gründlicher aufgeräumt.**

EINE MEISTERLEISTUNG DER BANKENLOBBY

Der Vorschlag der EU-Kommission vom Oktober 2021 sei eine "Meisterleistung" der deutschen und europäischen Finanzlobby, urteilt ein Finanzlobbyist. Schon lange vor der Verabschiedung des Baseler Regelwerks Ende 2017 hätte sie darauf hingearbeitet, dass die spätere Umsetzung der Eigenkapitalauflagen auf europäischer Ebene "nicht so einschlagen wird, wie es einmal geplant war".

Mit einem Vorschlag vom November 2022 wollen die EU-Mitgliedstaaten den Vorschlag der Kommission nun durch zusätzliche Ausnahmen noch weiter verwässern. Es sähe so aus, als könnten "unsere Banken (bzw. deren Lobbyisten) auf der Zielgeraden der Basel-III-Reform noch etliche Erleichterungen herausschlagen", urteilte das Portal Finanz-Szene.⁴⁹⁶

Europäische Banken werden sich also auch in Zukunft weiter massiv verschulden können. So urteilte die Organisation Finance Watch schon 2021: "Der Entwurf des Bankenpakets 2021 wird dem Basel-Ill-Reformzyklus nach der Krise nicht gerecht. Er führt dazu, dass die europäischen Banken weiterhin unzureichend kapitalisiert und die Steuerzahler gefährdet sind."⁴⁹⁷14 Jahre nach einer der schwersten Finanzkrisen der Geschichte ist die Stabilität unseres Finanzsystems also weiter gefährdet.

- Worum geht es? Verhinderung eines Verbots von Verkaufsprovisionen für Finanzprodukte
- Lobby-Akteur*innen: Finanzvertriebe wie die Deutsche Vermögensberatung, der Bundesverband Deutscher Vermögensverwalter, der Bundesverband Finanzdienstleistung AfW, Deutsche Bank, Commerzbank, der Sparkassen- und Giroverband, der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, der Fondsverband BVI und viele mehr
- Strategien: Teilnahme an Expert*innengruppen und Konsultationen; Hinterzimmergespräche; Parteispenden; Nebenjobs für Politiker*innen; Auftragsstudien, die Nachteile der Honorarberatung aufzeigen
- Schaden: geschätzt 50 Milliarden Euro jährlich für geprellte Anleger*innen

4.7 AUF KOSTEN DER VERBRAUCHER*INNEN: PROVISIONSVERTRIEB BEI FINANZPRODUKTEN

Zehntausende hatten in der Krise 2008/09 mit dubiosen Finanzprodukten viel Geld verloren. Danach sollte ein Verbot von Verkaufsprovisionen für Finanzvermittler unlauteren Vertriebsmethoden ein Ende bereiten. Nie wieder sollte der Vertrieb Verbraucher*innen zu riskante und zu teure Produkte aufdrängen – nur, weil beim Verkauf eine üppige Provision winkt. Doch in Berlin und Brüssel verhinderte die Branche das Provisionsverbot.

Wenn Sparkassen- oder Volksbanken-Verkäufer*innen dazu raten, in einen Fonds zu investieren oder der*die Vermittler*in aus dem Bekanntenkreis zu einer Lebensversicherung rät, dann unterliegen sie einem massiven Interessenkonflikt. Denn beim Vertrieb von Finanzprodukten kassieren die vermeintlichen Berater*innen teils hohe Provisionen von den Anbieter*innen – ein Anreiz, sich daran und weniger am Bedarf der Kund*innen zu orientieren. Die Folge: Falschberatung und schlecht informierte Verbraucher*innen, die mit teuren oder ungeeigneten Produkten nur wenig Rendite einfahren. Im schlimmsten Fall ist das ganze Geld weg.

"Solange Banken und Finanzdienstleister Prämien dafür kassieren, dass sie bestimmte Anlageprodukte vermitteln [...] wird die Branche Sparer weiter scharenweise in überteuerte und/oder riskante Anlageprodukte drängen."

Julius Reiter, Anleger- und Verbraucheranwalt 498

So erlitten in der Finanzkrise 2008/09 zehntausende so genannte Lehman-Omas heftige Verluste, weil ihnen Banken teils ohne ausreichende Beratung Zertifikate der Investmentbank Lehman Brothers verkauft hatten, die mit deren Pleite weitgehend wertlos wurden. Bei Riester-Rentenversicherungen

steht fast jeder vierte eingezahlte Euro im Alter nicht mehr zur Verfügung, weil er für Provisionen und andere Kosten draufgeht. 499 Auch bei Lebensversicherungen warnt die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vor "Interessenkonflikten im Vertrieb" und zu hohen Kosten. 500

Der Verbraucheranwalt Julius Reiter kennt aus der Praxis "etliche hanebüchene Fälle", in denen Vermittler*innen dank Provisionen das Falsche angepriesen haben: teure Fonds statt ETF-Sparplänen oder die zigte Lebensversicherung statt des Einstiegs ins Aktiensparen.⁵⁰¹ Auf mindestens 50 Milliarden Euro schätzte Professor Andreas Oehler von der Universität Bamberg schon 2012 den Schaden von provisionsgetriebener Fehlberatung – und zwar jährlich.⁵⁰²

DIE PROVISIONSLOBBY

Profitierende gibt es viele. Darunter ist die Branche der Finanzvermittler*innen, von Kritiker*innen als "gehirnwaschende Drückerkolonne" verspottet. Durch Hausbesuche, Telefonate oder per Video-Konferenz verkaufen sie Versicherungen, Riester-Renten und Bausparverträge gegen Provision. Im Jahr 2021 kassierte der mit Abstand größte Finanzvertrieb in Deutschland, die Deutsche Vermögensberatung (DVAG), über 2,2 Milliarden Euro an Verkaufsprovisionen. Durch Aber auch Filialbanken kassieren Provisionen, wenn sie Finanzprodukte verkaufen – die Sparkassen zum Beispiel Fonds und Zertifikate der Sparkassentochter Deka oder die Deutsche Bank Fonds ihrer Tochter DWS. Auch die Anbieter*innen von Fonds und Versicherungen sind Teil des Interessenkartells, weil sie einen möglichst provisionshungrigen Vertrieb brauchen, um Produkte in den Markt zu drücken.

"Der provisionsgetriebene Vertrieb hat eine einflussreiche Lobby: Banken, Versicherungen, Strukturvertriebe und etliche andere Finanzanbieter verteidigen die fragwürdigen Anreize."

Sven Giegold, heute Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, im Jahr 2012⁵⁰⁵

Immer wieder hat dieses Interessenkartell gegen ein Verbot der Provisionsberatung gekämpft – mal in Berlin, mal in Brüssel. Und zwar mit Erfolg.

OFFENLEGUNGSPFLICHTEN STATT PROVISIONSVERBOT IN DER EU

Nach dem Höhepunkt der Finanzkrise setzte die EU auf mehr Verbraucher*innenschutz bei Finanzdienstleistungen. Im Oktober 2011 schlug die EU-Kommission für die Überarbeitung der Finanzmarktrichtlinie MiFID (Markets in Financial Instruments Directive) ein Provisionsverbot für die Vermittlung von Geldanlagen vor – allerdings nur für Portfoliomanager*innen und für Vermittler*innen, die sich als unabhängig bezeichneten. ⁵⁰⁶ **Diese Einschränkung kann schon als Erfolg der Finanzlobby gewertet werden.** Denn ein Großteil der Anlageberatung und damit auch die dort verbreiteten Interessenkonflikte blieb vom partiellen Verbot völlig unberührt. ⁵⁰⁷ Verbraucherschützer*innen, die für ein uneingeschränktes Verbot eintraten, waren von der Kommission nur rudimentär in die Entwicklung des MiFID-II-Vorschlags eingebunden worden. Anders die Finanzlobby: Über Expert*innen-Gruppen, Konsultationen, vertrauliche Gespräche und einen regen E-Mail-Austausch mit den EU-Beamt*innen hatte sie ihre Spuren auf dem Papier der Kommission hinterlassen. ⁵⁰⁸

Im Europaparlament wurde der Vorschlag in puncto Provisionsverbot dann weiter abgeschwächt. In einem wahren Abstimmungskrimi folgten Konservative, Liberale und Sozialdemokrat*innen 2012

den Vorschlägen der Finanzlobby: Sie stimmten gegen das Provisionsverbot und stattdessen nur für mehr Offenlegungspflichten für die Branche. "Insbesondere der deutsche Finanzsektor, der das deutsche Modell der Anlageberatung auf Provisionsbasis verteidigte, spielte eine einflussreiche Rolle bei der Gestaltung der Position des Europäischen Parlaments", fand die Politologin Lisa Kastner in ihrer Untersuchung der Lobbyschlacht um MiFID-II heraus. ⁵⁰⁹ Allein elf Lobbyist*innen der Deutschen Bank lobbyierten zu MiFID-II, unterstützt von jeweils drei der Commerzbank, des Bankenverbands und des Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) sowie zwei vom Fondsverband BVI. ⁵¹⁰ "Dank unseres Eingreifens im Herbst 2012" wurde das Provisionsverbot gekippt, freute sich der BVI. ⁵¹¹

"Die deutsche Finanzlobby spielt in Brüssel über das Parlament – da hat sie starke Verbündete."

EU-Diplomat 512

Auch der DSGV spielte eine aktive Rolle. Vor der entscheidenden Abstimmung hatte er in "mehrfach stattgefundenen persönlichen, elektronischen und schriftlichen Kontakten" mit Abgeordneten gegen ein Provisionsverbot lobbyiert. Gegenüber Lobbycontrol bestätigte der Verband, "insbesondere mit den deutschen Abgeordneten" im Ausschuss für Wirtschaft und Währung im "ständigen Meinungsaustausch" zu stehen. He Parlament gilt der DSGV als besonders einflussreich. "Der DSGV ist einer der mächtigsten Player der deutschen Finanzlobby in Brüssel", sagt ein Lobbyist. Und begründet das so: "Den Parlamentariern ist durchaus bewusst, dass auch Landräte und Bürgermeister der eigenen Partei in den Verwaltungsräten der Sparkassen sitzen. Wenn die Sparkassen nun ein Problem haben, kann es passieren, dass sie nicht nur vom Verband, sondern auch von den eigenen Leuten angesprochen werden. Das hat dann einen Kaskadeneffekt. Von den Grünen bis zu den Konservativen: Im Europaparlament und im Bundestag wollen alle an der Seite der Sparkassen stehen. Dass Sparkassen Kredite an Kommunen vergeben und Politiker*innen aller Couleur in ihren Gremien sitzen, wirkt also bis nach Brüssel.

BESTENS VERNETZT: DIE DEUTSCHE VERMÖGENSBERATUNG

Auch der Finanzvertrieb ist exzellent in die Politik vernetzt. Zum Beispiel die Deutsche Vermögensberatung DVAG. Sie gehört seit Jahren zu den größten Geldgeber*innen der Parteien in Deutschland, insbesondere der CDU/CSU und der FDP (siehe den Abschnitt zu Parteispenden und sponsoring in Kapitel 3.2). Und sie hat einen Beirat mit bester Politikbesetzung. Unter den Mitglieder tummeln sich unter anderem der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber (der federführende Abgeordnete in der MiFID-II-Lobbyschlacht), die frühere SPD-Justizministerin Brigitte Zypries, der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Hermann-Otto Solms sowie der Ex-Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di und heutige grüne Bundestagsabgeordneter Frank Bsirke. Auch Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl, der ehemalige Finanzminister Theo Waigel und andere Politgrößen sind beziehungsweise waren jahrzehntelang Teil des Einflussnetzes der DVAG. "Seit den 70ern unangetastet! DVAG und CDU: Eine innige Liebe", kommentierte das Satiremagazin ZDF Royale den Old-Boys-Klüngel Ende 2021 treffend. 517

Für Rechtsanwalt Julius Reiter sind solche Netzwerke zwischen Finanzlobby und Politiker*innen der Grund dafür, dass beim Thema Provisionsberatung Politik zulasten von Verbraucher*innen betrieben wird. "De facto haben sich Unternehmen der Branche, etwa Finanzvertriebe wie AWD oder DVAG, mit ihren üppigen Provisionseinnahmen politischen Einfluss gesichert. Da wurden Politiker mit Posten

versorgt oder anderweitig in Netzwerke eingebunden", schrieb Reiter anlässlich einer Diskussion im April 2022.⁵¹⁸

VON DECKELCHEN ZU DECKELCHEN

Alle Jahre wieder wird das Netzwerk der Provisionslobby aktiviert. 2013 zum Beispiel. Da wurden im Gesetz zur Stärkung der Honorarberatung Sparprodukte, Versicherungen und Kredite vom Provisionsverbot ausgenommen. 519 Oder 2014, als das Lebensversicherungsreformgesetz versuchte, die Abschlusskosten bei Lebensversicherungen zu drücken. Weil die Branche teils schlicht von Abschlussprovisionen zu laufenden Vergütungen umschichtete, blieb der erwünschte Rückgang der Kosten für Verbraucher*innen auch diesmal leider aus. 520

Deshalb machte sich das Finanzministerium 2019 erneut ans Werk. Ziel diesmal: ein Provisionsdeckel für Lebens- und Restschuldversicherungen. Aber der Provisionsdeckel für Lebensversicherungen kam nie. Er scheiterte noch in der Regierung am Widerstand der CDU/CSU-geführten Ministerien, die den Vorstoß des SPD-geführten Finanzministeriums blockierten. Schon kurz nach Vorlage des Entwurfs freute sich der Bundesverband Deutscher Vermögensberater (BDV) über den "geschlossene[n] Widerstand der Finanzpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion". Ein gutes Jahr später sagte ein resignierter SPD-Bundestagsabgeordneter Lothar Binding zu einem Deckel bei Lebensversicherungen: "Ich vermute, dass er nicht kommt, den Lobbyverbänden wird ein zu großer Einfluss eingeräumt." Das finale Gesetz von 2021 deckelt tatsächlich nur Provisionen für einen kleinen Teilbereich, den Verkauf von Restschuldversicherungen.

"Da sitzen Leute im Bundestag, die wissen, warum sie das bekämpfen. Nicht aus allgemeinen Erwägungen, sondern sie schätzen die Leute, die die Provisionen kassieren, um es mal höflich zu sagen."

Olaf Scholz, SPD, damals noch Finanzminister, März 2021⁵²⁴

Müßig zu erwähnen, dass es das Provisionsverbot auch nicht in den Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung von 2021 schaffte, obwohl es die Grünen und Teile der SPD wollten. "Der Druck der Finanzlobby auf die Koalitionsverhandlungen war gewaltig", schrieb die WirtschaftsWoche. 525 Banken und Versicherungsunternehmen insbesondere hatten nochmal an die FDP appelliert, bei ihrer provisionsfreundlichen Position zu bleiben. 526 Eine von der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) in Auftrag gegebene und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG verfasste Studie lieferte die dafür nötigen Argumente ("Ein Provisionsverbot würde insbesondere Kleinanleger:innen belasten."). 527 Am Ende waren "Eingriffe in das Vergütungssystem [...] nicht einmal eine Randnotiz im Koalitionsvertrag wert" freute sich der Vorstand vom Bundesverband Finanzdienstleistung AfW, Norman Wirth. "Aktuelle Wetterlage: strahlender Sonnenschein", so Wirths Kommentar zur Ampel-Regierung aus Sicht des Finanzvertriebs. 528

DIE DISKUSSION GEHT WEITER

Gleichzeitig ermahnte Wirth die Branche, sich geschlossen gegen weitere Angriffe auf das provisionsbasierte Verkaufssystem zu stellen. In Deutschland nimmt sich die BaFin gerade dem Problem von hohen Kosten beim Vertrieb von Lebensversicherungen an. ⁵²⁹ Auf EU-Ebene gibt es weiter Kritik am Provisionssystem, mit der anstehenden Überarbeitung von MiFID-II ist die Diskussion neu aufgeflammt. ⁵³⁰ Die Provisions-Profiteur*innen jedenfalls scheinen sich bereits dagegen in Stellung zu bringen.

5) VON TRANSPARENZ BIS ENTFLECHTUNG – DEN EINFLUSS DER FINANZINDUSTRIE BEGRENZEN

"Lobbyismus höhlt die Demokratie aus", lautet das drastische Urteil der Organisation Lobbycontrol. Sie beobachtet das lobbyistische Treiben in Deutschland seit vielen Jahren und stellt fest: Lobbyismus ist aufwändiger und undurchsichtiger geworden. **Das erschwert demokratische Kontrolle, begünstigt finanzstarke Player und benachteiligt diejenigen mit weniger Ressourcen.** Die Konsequenzen sind alarmierend: Politische Entscheidungen entsprechen oft den Interessen Vermögender; Bürger*innen sehen sich nicht mehr von der Politik vertreten; und die Demokratie droht, zu einer leeren Hülle zu verkommen. ⁵³¹

Die Finanzlobby spielt in dieser Entwicklung eine herausragende Rolle: Finanziell und personell gehört sie zu den am stärksten aufgestellten Lobby-Branchen. Aufgrund ihrer zentralen Stellung als Kreditgeberin von Politik und Wirtschaft hat sie besonders privilegierte Zugänge zu Entscheidungsträger*innen. Und sie hat immer wieder dafür gesorgt, dass Finanzmärkte nicht besser reguliert wurden – auf Kosten von Verbraucher*innen, Anleger*innen, Steuerzahler*innen, der Stabilität des Finanz- und Wirtschaftssystems sowie des Vertrauens der Menschen in die Demokratie. Den Einfluss der Finanzlobby zu begrenzen, begreifen viele daher als Zukunftsaufgabe. So warnt der Journalist Felix Holtermann: "Wird die Macht der Skrupellosen, des Geldes und seiner Lakaien nicht durch den Rechtsstaat gebrochen, dann droht der nächste Fall Wirecard oder Schlimmeres."532

Zivilgesellschaftliche Organisationen, Journalist*innen und Wissenschaftler*innen haben eine Reihe von Vorschlägen entwickelt, um den Lobbyeinfluss der Finanzindustrie zurückzudrängen. Dazu gehören:

- Transparenz und ausgewogene Beteiligung bei Lobbykontakten: Durch die regelmäßige, proaktive Veröffentlichung von Lobbytreffen hochrangiger Politiker*innen und leitender Beamter sollen illegitime Einflüsse sichtbar und im vornherein verhindert werden. Anders als im Cumex-Skandal und in der Wirecard-Affäre kämen sie so nicht erst Jahre später durch die mühsame Arbeit von Untersuchungsausschüssen ans Licht. Für die Regierung wäre das ein zusätzlicher Anreiz, verschiedene Interessenvertreter*innen ausgewogen in politische Prozesse einzubinden.
- Legislativer Fußabdruck: Die ,Lobby-Spur für Gesetze' soll transparent machen, wer Einfluss auf Gesetzesentwürfe aus den Ministerien genommen hat ob durch Gespräche oder schriftliche Stellungnahmen. Es müsste auch öffentlich gemacht werden, welche Gesetzespassagen von Dritten übernommen wurden. Damit stünden Parlament, Medien und Öffentlichkeit wichtige Informationen für die Kontrolle der Regierung und eine aufgeklärte Debatte zur Verfügung. Anders als beispielsweise bei CumEx: Dass der größte Steuerraub der Geschichte durch ein Gesetz befeuert wurde, das in Teilen vom Bankenverband formuliert worden war, kam erst Jahre später heraus.
- Schärfere Regeln zur Vermeidung von Interessenkonflikten: Dazu gehören effektive Karenzzeiten für Politiker*innen und politische Beamt*innen, die in Lobbyjobs wechseln wollen. 535 Fälle wie der des ehemaligen Staatssekretärs im Kanzleramt, Klaus-Dieter Fritsche, der das Amt später für Wirecard lobbyierte, oder der Fall der früheren Bundesministerin Brigitte Zypries (SPD), die nur neun Monate nach ihrem Amtsausscheiden mit besten Kontakten und Insiderwissen in den Beirat der Deutschen Vermögensberatung DVAG wechselte, sollen so verhindert werden.

- Mehr Transparenz und strenge Grenzen für Parteispenden und Sponsoring: Parteispenden und Sponsoring sollten ab 2.000 Euro namentlich veröffentlicht werden, ab 10.000 Euro sofort. Zudem sollten sie auf maximal 50.000 Euro pro Spender*in beziehungsweise Sponsor*in, Partei und Jahr begrenzt werden. Dass sich reiche Finanzunternehmer*innen und -konzerne Zugang zur Politik erkaufen, würde damit zumindest eingedämmt. Die Organisation abgeordnetenwatch und die Linksfraktion im Bundestag fordern sogar ein generelles Verbot von Unternehmensspenden an Parteien. Dass sich reiche Finanzunternehmensspenden an Parteien.
- Lobbyeinfluss in der Gesellschaft zurückdrängen: Dazu gehören Maßnahmen gegen Meinungsmache an Schulen und Universitäten wie eine Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien, umfassende Werbeverbote und die Beendigung von Kooperationen mit Finanzkonzernen, wenn sie den Schutzraum Schule und die wissenschaftliche Unabhängigkeit gefährden. Und es braucht die solide öffentliche Finanzierung von Schulen, Hochschulen, Medien, Sport und Kultur, deren Unterfinanzierung ein Einfallstor für Werbung und Lobbyismus darstellt. 538
- Schrumpfung des Finanzsektors: Da mit der Marktmacht auch die politische Macht großer Konzerne wächst, gewinnen Forderungen nach einer Begrenzung von Marktmacht auch in lobbykritischen Debatten an Bedeutung. ⁵³⁹ Beispiele für Forderungen nach einer Begrenzung der Größe beziehungsweise Schrumpfung des Finanzsektors sind strengere Kapitalanforderungen an Banken, die Zerschlagung von Unternehmen mit zu starker Marktmacht wie der Vermögensverwalter BlackRock und ein Vertriebsverbot komplexer Produkte für Kleinanleger*innen. ⁵⁴⁰
- Stärkung von Gegenmacht: Dazu zählt der umfassende Schutz von Whistleblower*innen, die bei der Aufdeckung der Wirecard und CumEx-Skandale eine wichtige Rolle gespielt haben. 541 Außerdem: die Stärkung von unabhängigem Journalismus, um Missstände aufzudecken und Verantwortliche zu benennen, sowie eine lebendige Zivilgesellschaft und kritische Öffentlichkeit. Dazu erklärt der Journalist Hans-Martin Tillack in seinem Buch "Die Lobby-Republik": "Auch Reformen für eine transparente Politik kamen in Berlin immer nur zustande, wenn der Druck der Öffentlichkeit größer war [...] Fehlt dieser Druck auf die Politik, geht bei der Korruptionsbekämpfung in der Regel wenig voran." 542

Ein wichtiges Gegenmittel zu einer von der Finanzlobby getriebenen Politik im Auftrag des Geldes liegt nach Auffassung von Expert*innen in der Gesellschaft selbst: eine starke Zivilgesellschaft, in Form von Organisationen und engagierten Einzelpersonen, die kritisch nachfragen, sich einmischen, recherchieren, auf die Straße gehen. Die Lobbyismus-Forschung zeigt das relativ klar: "Noisy politics", also öffentliche Aufmerksamkeit und die Präsenz lauter, gut vernetzter zivilgesellschaftlicher Stimmen in der politischen Debatte können der Finanzlobby die Stirn bieten. Wenn Diskussionen über Finanzmärkte dagegen nur der Branche selbst überlassen werden, so die Warnung von Anat Admati und Martin Hellweg, "wird das Finanzsystem weiterhin von übermäßigen Risiken [...] bedroht sein, mit bösen Folgen für uns alle". Die Ökonom*innen weiter: "Nur öffentlicher Druck kann die Politik verändern."544

QUELLENVERZEICHNIS

- Deniz Igan und andere (2009) A Fistful of Dollars: Lobbying and the Financial Crisis. IMF Working Paper, WP/09/287, https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2009/wp09287.pdf. Deniz Igan und Thomas Lambert (2019) Bank Lobbying: Regulatory Capture and Beyond, IMF Working Paper, WP/19/171, https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2019/08/09/Bank-Lobbying-Regulatory-Capture-and-Beyond-45735
- Bürgerbewegung Finanzwende (2020) Ungleiches Terrain. Eine Studie zu Größe und Einfluss der Finanzlobby in Deutschland, 9. Dezember, https://www.finanzwende.de/fileadmin/user_upload/Lobbyreport_Finanzwende.pdf, S. 26.
- Thomas Fricke (1999) Abzug aus der Provinz, *Manager Magazin*, 29. Januar, https://www.manager-magazin.de/magazin/artikel/a-1908.html.
- ⁴ Zitiert nach: Markus Balser und Uwe Ritzer (2016) Lobbykratie. Wie die Wirtschaft sich Einfluss, Mehrheiten, Gesetze kauft, München: Droemer Verlag, S. 135f.
- ⁵ Ebd., S. 2.
- Bürgerbewegung Finanzwende (2022) Lobbyregister: Finanzbranche ragt heraus, 10. April, https://www.finanzwende.de/themen/finanzlobbyismus/lobbyregister-finanzbranche-ragt-heraus/. Der aktualisierte Datensatz vom November 2022 kann bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.
- ⁷ Bürgerbewegung Finanzwende (2020), siehe Endnote 2, S.26.
- Ebd., S. 3. Es handelt sich hier um Schätzungen zur Personalstärke aus dem Jahr 2020. Seit 2022 bietet das Lobbyregister genauere Zahlen. In manchen Fällen liegen diese weit über den Schätzungen von Finanzwende zum Beispiel bei vielen Unternehmen. Hier lag die Schätzung in Anlehnung an den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages 5 Lobbyist*innen pro Hauptstadt-Repräsentanz eindeutig zu niedrig. In anderen Fällen liegen die Zahlen im Register weit unter der Finanzwende Schätzung zum Beispiel bei einigen Verbänden. Hierfür gibt es verschiedene Erklärungen: Einerseits beruhten die Schätzungen auf der Gesamtzahl der Mitarbeiter*innen von Verbänden, da, so die Argumentation, das gesamte Personal die Interessenvertretung des Verbands unterstützt. Zudem hat das Register einen begrenzten Anwendungsbereich: Es wird nur die Interessenvertretung auf Bundesebene erfasst, allerdings nicht gegenüber Bundesbehörden wie der Finanzaufsicht BaFin. Ebenfalls außen vor ist die Interessenvertretung auf europäischer Ebene und auf Ebene der Bundesländer. Finanzwende plant, eine Analyse zur Stärke der Finanzlobby auf Basis des Registers vorzulegen, sobald es sich noch weiter eingespielt hat.
- ⁹ Ebd., S. 3. Es handelt sich hier um Schätzungen zum Budget aus dem Jahr 2020. Seit 2022 bietet das Lobbyregister genauere Zahlen. Zu den Differenzen zwischen den Zahlen siehe Endnote 8.
- Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000774/9685?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DGDV%26pageSize%3D10%26sort%3DFINANCIALEXPENSES_DESC.
- ¹¹ Bürgerbewegung Finanzwende (2020), siehe Endnote 2, S. 3.
- ¹² ING: Peer Steinbrück, https://www.ing.de/ueber-uns/menschen/vorstandsberater/.
- ARD (2021) Die Story im Ersten: Geld. Macht. Politik, 12. Juli, https://www.youtube.com/watch?v=VK6C4LrevFq. Ab Minute 15'45.
- Prof. Dr. Thomas von Winter zitiert nach: Diana Wehlau (2009) Lobbyismus und Rentenreform. Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung, Bremen: VS Verlag, S. 61.

- ¹⁵ Interview mit einer früheren Büro-Mitarbeiterin eines Abgeordneten des Wirtschafts- und Währungsausschusses im Europaparlament, 23. Mai 2022.
- Laut Angaben im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung, https://www.lobbyregister.bundestag.de. Stand: 22. November 2022.
- ¹⁷ Ebd.
- GDV: Jörg Asmussen Vita, https://www.gdv.de/resource/blob/57896/98768a4dc253e294b34ca4621cbdd6cd/joerg-asmussen-vita-data.pdf.
- Linkedin: Dietmar Schwarz, https://www.linkedin.com/in/dietmar-schwarz-b26061229/?originalSubdomain=de.
- ²⁰ Linkedin: Friedrich Paulsen, https://www.linkedin.com/in/friedrich-paulsen-3645b249/?originalSubdomain=de.
- ²¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung (2020) Deutsche Bank wählt Sigmar Gabriel in Aufsichtsrat, 20. Mai, https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/deutsche-bank-waehlt-sigmar-gabriel-in-aufsichtsrat-16779393.html.
- VÖB: Lebenslauf Iris Bethge-Krauß, https://www.voeb.de/fileadmin/Dateien/Inhalt/Gesch%C3%A4ftsf%C3%Bchrung/Lebenslauf_Iris_Bethge-Krau%C3%9F.pdf.
- Linkedin: Daniel Quinten, https://www.linkedin.com/in/daniel-quinten-9a53b69a/?originalSubdomain=de.
- ²⁴ Linkedin: Heiner Herkenhoff, <u>https://www.linkedin.com/in/heiner-herkenhoff-4962a0175/?originalSubdomain=de</u>.
- Linkedin: Sebastian Oys, https://www.linkedin.com/in/sebastian-oys-5a8874181/?originalSubdomain=de.
- ²⁶ Timm Genett: Lebenslauf, http://www.timm-genett.de/lebenslauf.html.
- Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: Dr. Florian Gerster, https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000059/7821?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DFlorian%2BGerster%26page%3D1%26pageSize%3D10%26sort%3DREGISTRATION_DESC.
- ²⁸ Markus Balser und Uwe Ritzer (2016), siehe Endnote 4, S. 44.
- DZ Bank (2021) Pariser Platz 3. Die DZ Bank in Berlin, https://www.dzbank.de/content/dam/dzbank/dokumente/de/dzbank/profil/standorte/DZB%20Bros%20PP3 %20Jan%202021.pdf, S. 28.
- Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: Scalable Capital, https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R004045/8202?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DScalable%26 page%3D1%26pageSize%3D10%26sort%3DREGISTRATION_DESC.
- Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: N26 Group,
 - $\frac{\text{https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000493/10290?backUrl=\%2Fsuche\%3Fq\%3DN26\%2BGroup\%26pageSize\%3D10\%26sort\%3DREGISTRATION_DESC.}$

- Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: Raisin GmbH,
 - $\frac{\text{https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R003035/8040?backUrl=\%2Fsuche\%3Fq\%3DRaisin\%26page\%3D1\%26pageSize\%3D10\%26sort\%3DREGISTRATION_DESC.}$
- Saskia Littmann (2022) Etappensieg für die Neobroker, WirschaftsWoche, 8. April, https://www.wiwo.de/finanzen/boerse/trade-republic-und-co-etappensieg-fuer-die-neobroker/28238810.html.
- Markus Balser und Uwe Ritzer (2016), siehe Endnote 4, S. 45, 128.
- Hans-Martin Tillack (2015) Die Lobby-Republik. Wer in Deutschland die Strippen zieht, Hanser Berlin, S. 67.
- Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: FGS Global (Europe) GmbH, https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R002565/11535?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DBlackrock%2 6pageSize%3D10%26sort%3DREGISTRATION_DESC.
- Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: Brunswick Group, https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R001872/11494?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DMorgan%2BS tanley%26pageSize%3D10%26sort%3DREGISTRATION_DESC.
- Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: Fuchs & Cie., https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000801/11555?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DFuchs%2B%2">https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000801/11555?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DFuchs%2B%2">https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000801/11555?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DFuchs%2B%2">https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000801/11555?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DFuchs%2B%2">https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000801/11555?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DFuchs%2B%2">https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000801/11555?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DFuchs%2B%2">https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000801/11555?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DFuchs%2B%2">https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000801/11555?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DFuchs%2B%2">https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000801/11555?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DFuchs%2B%2">https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000801/11555?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DFuchs%2B%2">https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000801/11555?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DFuchs%2B%2">https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000801/11555?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DFuchs%2B%2">https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000801/11555?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DFuchs%2B%2">https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000801/11555?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DFuchs%2B%2">https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000801/11555?backUrl=%2Fsuche/R000801/200801/
- Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: MSLGROUP Germany GmbH, https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000756/10500?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DMSL%2BGROUP%26pageSize%3D10%26sort%3DFINANCIALEXPENSES_DESC.
- ⁴⁰ Joschka Fischer and Company: Wir machen Sie zukunftsfähig, https://jfandc.de/das-machen-wir#leistungen.
- Joschka Fischer and Company: JF&C-Round Table. Wir bringen Politik und Wirtschaft an einen Tisch, https://ifandc.de/veranstaltungen/if-c-round-table.
- Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: Joschka Fischer & Company GmbH, https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R001093/11497?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DJoschka%2BFischer%2B%2526%2BCompany%2BGmbH%26pageSize%3D10%26sort%3DREGISTRATION_DESC.
- Deutsche Börse Group: Stellungnahmen und Positionspapiere, https://www.deutsche-boerse.com/dbg-de/regulierung/publikationen/stellungnahmen-positionspapiere.
- ⁴⁴ GDV (2020) Interview mit GDV-Hauptgeschäftsführer Jörg Asmussen. "Wir werden nachhaltiger und digitaler werden", 30. September. Text nicht mehr online verfügbar.
- EU-Transparenz-Register: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., https://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/displaylobbyist.do?id=0767788931-41. https://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/displaylobbyist.do?id=0767788931-41.
- ⁴⁶ Bankenverband (2022) Podcast Folge 10: Was ist Interessenvertretung?, https://bankenverband.de/blog/bankgeheimnis-neue-podcast-reihe/. Ab Minute 5'38.

- ⁴⁷ Ausgewertet werden die Daten auf der von Corporate Europe Observatory und Lobbycontrol betriebenen Homepage LobbyFacts EU: https://www.lobbyfacts.eu/.
- ⁴⁸ Interview mit Finanzlobbyist, 13. Mai 2022.
- Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: Deutsche Bank AG, https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R001998/10640?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3D%2522Deutsche%2BBank%2522%26pageSize%3D10%26sort%3DREGISTRATION_DESC.
- ⁵⁰ Christina Deckwirth (2022) Wirtschaftsnahe Vorfeldorganisationen: Direkter Lobby-Zugang zu Parteien, 25. Februar, https://www.lobbycontrol.de/2022/02/wirtschaftsnahe-vorfeldorganisationen-direkter-lobby-zugang-zu-parteien/.
- Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V., https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R004438/8084?backUrl=%2Fsuche%3Fpage%3D2%26pageSize%3D25%26filter%255Bactivelobbyist%255D%255Btrue%255D%3Dtrue%26sort%3DREGISTRATION_DESC.
- ⁵² Bürgerbewegung Finanzwende (2022), siehe Endnote 6.
- Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: Volkswagen Financial Services AG, https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R001704/4853?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3D%2522Volkswagen%2BFinancial%2BServices%2522%26page%3D1%26pageSize%3D10%26sort%3DREGISTRATION_DESC.
- Stefano Pagliari und Kevin L. Young (2015) Capital United? Business Unity in Regulatory Politics and the Special Place of Finance, Regulation and Governance, <a href="https://www.researchgate.net/publication/279196451_Capital_United_Business_Unity_in_Regulatory_Politics_and_the_Special_Place_of_FinanceSpecial-Place-of-Finance.pdf?origin=publication_detail, S. 1. Übersetzung: Pia Eberhardt.
- Lisa Kastner (2018) Civil Society and Financial Regulation. Consumer Finance Protection and Taxation after the Financial Crisis. Routledge: New York, S. 181. Übersetzung: Pia Eberhardt.
- Stefano Pagliari und Kevin L. Young (2014) Leveraged interests: Financial industry power and the role of private sector coalitions, Review of International Political Economy, 21:3, S. 575-610, S. 575, https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/09692290.2013.819811. Übersetzung: Pia Eberhardt.
- Andreas Kolbe und andere (2011) Marktordnung für Lobbyisten. Wie Politik den Lobbyeinfluss regulieren kann, https://www.otto-brenner-stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH70_Lobby_KolbeHoenigsberger_2011_12_05.pdf, S. 15.
- Ulrich Müller (2021) Die Macht von übermächtigen Konzernen beschneiden, 8. Juni, https://www.lobbycontrol.de/2021/06/die-macht-von-uebermaechtigen-konzernen-beschneiden/.
- Jonas Fehling (2014) Diese 35 Firmen kontrollieren die Welt, Focus Online, 18. Juni, https://www.focus.de/finanzen/news/das-netzwerk-der-macht-diese-konzernen-kontrollieren-die-welt_id_3929949.html. Originalstudie: Stefania Vitali und andere (2011) The Network of Global Corporate Control, PLoS ONE 6(10), https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0025995.
- Bürgerbewegung Finanzwende (2021) Die Marktmacht von BlackRock, 8. Juni, https://www.finanzwende.de/themen/banken-und-schattenbanken/die-marktmacht-von-blackrock/.
- Interview mit einer früheren Büro-Mitarbeiterin eines Abgeordneten des Finanzausschusses im Bundestag, 14. Juni 2022.

- ⁶² Hans-Martin Tillack (2015), siehe Endnote 35, S. 51.
- ⁶³ Anat Admati und Martin Hellwig (2014) Des Bankers Neue Kleider. Was bei Banken wirklich schiefläuft und was sich ändern muss, München: FinanzBuchVerlag, S. 301-02.
- ⁶⁴ Christian Fuchs und Martin Reyher (2021) Wie Sigmar Gabriel für die Deutsche Bank lobbyierte, *Zeit Online*, 8. September, https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-09/lobbyismus-sigmar-gabriel-ex-minister-angela-merkel-deutsche-bank-bda-daimler.
- Martin Reyher und Tania Röttger (2022) Die diskreten Lobbyjobs der Ex-Abgeordneten, 30. September, https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/die-diskreten-lobbyjobs-der-ex-abgeordneten.
- Deutsche Bank (2022) Geschäftsbericht 2021, 11. März, https://investor-relations.db.com/files/documents/annual-reports/2022/Geschaeftsbericht_2021.pdf, S. 448
- ⁶⁷ Christian Fuchs und Martin Reyher (2021), siehe Endnote 64.
- Martin Reyher und Christian Fuchs (2021) Sigmar Gabriel lobbyierte bei Merkel für die Deutsche Bank, 7. September, https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/sigmar-gabriel-lobbyierte-bei-merkel-fuer-die-deutsche-bank.
- Linkedin: Frank Dornseifer, https://www.linkedin.com/in/frank-dornseifer-0a966318/?originalSubdomain=de.
- ⁷⁰ Linkedin: Dr. Carolin C. Breuer, <u>https://www.linkedin.com/in/dr-carolin-c-breuer-64023546/?originalSubdomain=de</u>.
- MSL (2022) Daniel Holefleisch ist neuer Partner bei MSL, 28. April, https://mslgroup.de/news/daniel-holefleisch-ist-neuer-partner-bei-msl/.
- ⁷² VÖB (2022): Stellenausschreibung Leiterln (m/w/d) Government Affairs (Berlin). Quelle nicht mehr online, kann bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.
- ⁷³ Ebd.
- Jan Dams (2022) Falsches Parteibuch? Die deutsche Industrielobby sucht neues Spitzenpersonal, Die Welt, 7. Februar, https://www.welt.de/wirtschaft/article236740021/BDI-trennt-sich-von-Hauptgeschaeftsfuehrer-Joachim-Lang.html.
- Thilo Bode (2018) Die Diktatur der Konzerne. Wie globale Unternehmen uns schaden und die Demokratie zerstören, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag, S. 40.
- Sönke Iwersen und Volker Votsmeier (2019) Bafin-Vizepräsidentin verteidigte in ihrem früheren Job umstrittene Aktiendeals, *Handelsblatt*, 28. Februar, https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/cum-ex/cum-ex-steuerskandal-bafin-vizepraesidentin-verteidigte-in-ihrem-frueheren-job-umstrittene-aktiendeals/24049784.html.
- Deutscher Bundestag: Biografie Dr. Klaus Wiener, CDU/CSU, https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/W/wiener_klaus-861052; Homepage von Klaus Wiener: Über mich, https://www.klauswiener.de/.
- Der Spiegel (2018) "Scholz macht die Brandstifter zur Feuerwehr", 19. März, https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/goldman-sachs-kritik-am-wechsel-von-joerg-kukies-insfinanzministerium-a-1198838.html.
- ⁷⁹ Florian Busch-Janser zitiert nach: Diana Wehlau (2009), siehe Endnote 14, S. 51.
- ⁸⁰ Lobbypedia: Jörg Asmussen, https://lobbypedia.de/wiki/J%C3%B6rg_Asmussen.
- ⁸¹ Lobbypedia: Daniel Bahr, https://lobbypedia.de/wiki/Daniel_bahr.

- 82 Christian Fuchs und Martin Reyher (2021), siehe Endnote 64.
- Andreas Wildhagen (2011) Joschka Fischer. Dick im Geschäft, WirtschaftsWoche, 27. Februar, https://www.wiwo.de/unternehmen/joschka-fischer-dick-im-geschaeft/5245342.html.
- Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: Joschka Fischer & Company GmbH, siehe Endnote 42.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2016) "Spekulantentum als Geschäftsmodell", 3. Oktober, https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/vizekanzler-zur-deutschen-bank-spekulantentum-als-geschaeftsmodell-14463932.html.
- Brunswick Group,

 https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R001872/11494?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DBrunswick%2
 https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R001872/11494?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DBrunswick%2
 https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R001872/11494?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DBrunswick%2
 https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R001872/11494?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DBrunswick%2
 https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R001872/11494?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DBrunswick%2
 https://www.politik-kommunikation.de/personalwechsel/gabriel-beraet-fuer-brunswick/.
- Martin Reyher (2022) Keine Unterlagen: Lobbygespräche von Ampel und Groko lassen sich oft nicht nachvollziehen, 5. April 2022, https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyjsmus/keine-unterlagen-lobbygespraeche-von-ampel-und-groko-lassen-sich-oft-nicht-nachvollziehen.
- 88 Thilo Bode (2018), siehe Endnote 75, S. 92-94.
- ⁸⁹ Christina Deckwirth (2021) Friedrich Merz: Ein Top-Lobbyist als Parteivorstand, 11. Januar, https://www.lobbycontrol.de/2021/01/friedrich-merz-ein-top-lobbyist-als-parteivorstand/.
- ⁹⁰ Christian Buchholz (2007) Die Nebeneinkünfte des Friedrich Merz, *Manager Magazin*, 11. Juli, https://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-493053.html.
- ⁹¹ Christina Deckwirth (2021), siehe Endnote 89.
- Der Spiegel (2019) Merz soll als Lobbyist viermal Bundesminister getroffen haben, 23. Januar, https://www.spiegel.de/politik/deutschland/friedrich-merz-soll-als-blackrock-lobbyist-viermal-bundesminister-getroffen-haben-a-1249428.html.
- ⁹³ Martin Reyher und Christian Fuchs (2021) Altkanzler Schröder spannte Bundestagsbüro für Lobbyaktivitäten ein, 1. Dezember, https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/altkanzler-schroeder-spannte-bundestagsbuero-fuer-lobbyaktivitaeten-ein.
- ⁹⁴ Benjamin Stahl (2022) Würzburger Versicherer BVUK trennt sich von Putin-Freund Gerhard Schröder, *Main-Post*, 2. März, https://www.mainpost.de/regional/wuerzburg/wuerzburger-versicherer-bvuk-trennt-sich-von-putin-freund-gerhard-schroeder-art-10742016.
- Sven Osterberg (2021) Aufstocker im Bundestag IV. Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 19. Wahlperiode, https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP48_Nebenverdienste_lV.pdf, S. 3.
- ⁹⁶ Ebd.
- ⁹⁷ abgeordnetenwatch: Christian Lindner. Nebentätigkeiten, <u>https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/christian-lindner/nebentaetigkeiten.</u>
- ⁹⁸ Josephine Andreoli (2021) Das verdienen Ihre Abgeordneten im Bundestag nebenher, 24. Juni, https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/nebentaetigkeiten/das-verdienen-ihre-abgeordneten-im-bundestag-nebenher.

- Martin Reyher (2010) Zwei Bücher, 60 Vorträge und über eine Million Euro: Die Nebeneinkünfte des Peer Steinbrück (mit Updates), 17. August, https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/nebentaetigkeiten/zwei-buecher-60-vortraege-und-ueber-eine-million-euro-die-nebeneinkuenfte-des-peer-steinbrueck-mit-updates.
- ¹⁰⁰ Frankfurter Rundschau (2011) "Steinbrück hat dem Kapital gut gedient", 7. Oktober, https://www.fr.de/politik/steinbrueck-kapital-gedient-11339331.html.
- ¹⁰¹ Timo Lange (2021) Konsequenzen aus Unions-Skandalen: Deutlich strengere Regeln für Abgeordnete, 3. Mai, https://www.lobbycontrol.de/2021/05/konsequenzen-aus-unions-skandalen-deutlich-strengere-regeln-fuer-abgeordnete/.
- ¹⁰² Thilo Bode (2018), siehe Endnote 75, S. 90-91.
- ¹⁰³ DVAG: Geschäftsleitung, Vorstand, Aufsichtsrat und Beirat, https://www.dvag.de/dvag/das-unternehmen/geschaeftsleitung.html.
- 104 Diana Wehlau (2009), siehe Endnote 14, S. 52.
- ¹⁰⁵ Ebd., S. 220-224.
- ¹⁰⁶ Ebd., S. 269.
- ¹⁰⁷ Ebd., S. 233.
- ¹⁰⁸ Josephine Andreoli (2021), siehe Endnote 98.
- ¹⁰⁹ Zivilgesellschaftliches Bündnis für ein Bundestransparenzgesetz (2022) Bundestransparenzgesetz, https://transparenzgesetz.de/gesetzentwurf.pdf, S. 4.
- Finanzwende Recherche (2022) Finanzwende klagt auf mehr Lobbytransparenz, 23. Mai, https://www.finanzwende-recherche.de/unsere-themen/finanzlobbyismus/finanzwende-klage-lobbytransparenz/; FragDenStaat (2022) Lobbyregister-Klage selbst gemacht, 4. April, https://fragdenstaat.de/blog/2022/04/04/lobbyregister-klage-selbst-gemacht/.
- 111 FragDenStaat (2022), ebd.
- FragDenStaat (2021) Finanzministerium will weniger Transparenz zu Aufträgen an externe Berater, 17. Juni, https://fragdenstaat.de/blog/2021/06/17/brh-bericht-externe-berater/.
- Twitter Post von Jörg Asmussen, 1. Mai 2022, https://twitter.com/JoergAsmussen/status/1520682622447505408.
- Gerhard Schick (2014) Machtwirtschaft nein danke!: Für eine Wirtschaft, die uns allen dient, Frankfurt: Campus Verlag.
- ¹¹⁵ Marco Bülow (2021) Lobbyland: Wie die Wirtschaft unsere Demokratie kauft, Berlin: Das Neue Berlin, S.145.
- ¹¹⁶ Ebd., S.134-135.
- Hans-Martin Tillack (2015), siehe Endnote 35, S. 112-113.
- ¹¹⁸ Interview mit einer früheren Büro-Mitarbeiterin eines Abgeordneten des Wirtschafts- und Währungsausschusses im Europaparlament, 23. Mai 2022.
- Commerzbank: Political Dialogue, https://www.commerzbank.de/en/nachhaltigkeit/gesellschaft/public_affairs/publicaffairs.html.
- ¹²⁰ Siehe diesen Linkedin Post von Kai Schulze, Leiter des Berliner Büros des BVI, über das 2022er Sommerfest des Verbandes: https://www.linkedin.com/feed/update/urn:li:activity:6933075683082473473/.
- ¹²¹ Twitter Post von Thadeus Jahn, Public Affairs Spezialist bei der Commerzbank, 24. März 2022, https://twitter.com/tcbjahn/status/1507006158560669717?cxt=HHwWqsCttbyH-kpAAAA.

- Sophie Kollmar, heute bei der Lobbyagentur Hill+Knowlton, zitiert nach: Elfnullelf (2016) Public Affairs digital und transparent neu denken, S. 23. Quelle nicht mehr online, kann bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.
- In ihrer Public Affairs Umfrage fragt die Lobbyagentur MSL jedes Jahr ab, welche Instrumente Lobbyist*innen nutzten, um politische Kontakte zu pflegen. Laut 2021er Ausgabe sind das die wichtigsten Instrumente: Email (94%), persönliche Treffen (92%), Anrufe und Telefonkonferenzen (72%), Videocalls (72%), Podiumsdiskussionen (68%), eigene Veranstaltungen (66%) und Social Media (53%). Siehe: MSL (2021) Public Affairs Umfrage 2021, 1. September, https://mslgroup.de/wp-content/uploads/2021/09/20210901_MSL_PA-Umfrage-2021_web.pdf, S. 6.
- ¹²⁴ Interview mit einer früheren Büro-Mitarbeiterin eines Abgeordneten des Wirtschafts- und Währungsausschusses im Europaparlament, 23. Mai 2022.
- ¹²⁵ Interview mit Finanzlobbyist, 13. Mai 2022.
- ¹²⁶ Transparency International (2014) Lobbying in Deutschland, https://www.transparency.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/2014/Lobbying_in_Deutschland_TransparencyDeutschland_2014.pdf, S. 12.
- ¹²⁷ Sascha Adamek und Kim Otto (2008) Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben, Köln: Kiepenheuer & Witsch, S. 49.
- ¹²⁸ Hans-Martin Tillack (2015), siehe Endnote 35, S. 116.
- ¹²⁹ VÖB: Stellenausschreibung. Quelle nicht mehr online, kann bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.
- ¹³⁰ Elfnullelf (2016), siehe Endnote 122, S. 23.
- ¹³¹ Hartmut Bäumer (2021) Schluss mit der Mauschelei? Das Lobbyregister macht zu viele Ausnahmen, *Der Tagesspiegel*, 25. März, https://www.tagesspiegel.de/politik/schluss-mit-der-mauschelei-das-lobbyregister-macht-zu-viele-ausnahmen/27032790.html.
- Oliver Schröm (2021) Die Cum-Ex-Files. Der Raubzug der Banker, Anwälte und Superreichen und wie ich ihnen auf die Spur kam, Berlin: Ch.Links Verlag, S. 72.
- Massimo Bognanni (2022) Unter den Augen des Staates. Der größte Steuerraub in der Geschichte der Bundesrepublik, dtv Verlag: München, S. 60-61.
- Bankenverband: Zusammenarbeit mit anderen, https://bankenverband.de/ueber-uns/zusammenarbeit-mit-anderen/.
- Die Deutsche Kreditwirtschaft: Über uns, https://die-dk.de/ueber-uns/.
- ¹³⁶ Interview mit Finanzlobbyist, 13. Mai 2022.
- David Howarth und Scott James (2020) The politics of bank structural reform: Business power and agenda setting in the United Kingdom, France, and Germany, *Business and Politics*, 22: 1, S. 25-51, https://orbilu.uni.lu/bitstream/10993/42384/1/Howarth%20and%20James%20Politics%20of%20Bank%20Structural%20Reform.pdf, S. 5, 13. Anat Admati und Martin Hellwig (2014), siehe Endnote 63, S. 472.
- Influence Map (2020), Sustainable Finance Policy Engagement, September, https://lobbymap.org/report/Sustainable-Finance-Policy-Engagement-ae2640f0ab05a86c3a53359b0c5a3057#10.
- Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: BVI Bundesverband Investment und Asset Management, https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000965/7108?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DBVI%26page%3D10%26sort%3DFINANCIALEXPENSES_DESC.
- BVI (2014) Der BVI. Beraten. Vermitteln. Informieren, https://www.bvi.de/uploads/tx_bvibcenter/Der_BVI._Beraten._Vermitteln._Informieren_.pdf, S. 9-10.

- 141 SPD Fraktion im Bundestag (2013) Lückenhafter Verbraucherschutz im Kapitalanlagegesetzbuch, 14. März, https://www.spdfraktion.de/presse/pressemitteilungen/lueckenhafter-verbraucherschutz-kapitalanlagegesetzbuch.
- Deutsche Kreditbank AG (2022) Nachhaltigkeitsbericht 2021, http://dok.dkb.de/pdf/nb.pdf, S. 48.
- ¹⁴³ Bankenverband (2022), siehe Endnote 46. Ab Minute 5'06.
- Sven Böll und Anne Seith (2013) Die Einflüsterer, *Der Spiegel*, 6/2013, http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/90848713, S. 72-73.
- ¹⁴⁵ Markus Balser und Uwe Ritzer (2016), siehe Endnote 4, S. 335-340.
- ¹⁴⁶ Axel Kleinlein (2013) Die Paranoia der Lobbyisten, *Handelsblatt*, 17. April. Text nicht mehr online verfügbar.
- ¹⁴⁷ AALEP (2017) Adopting a Lobbying Strategy, 23. Oktober, Übersetzung: Pia Eberhardt.
- Finanzwende Recherche (2022) Lobbyismus in Justiz und Rechtswissenschaft, Januar, https://www.finanzwende-recherche.de/wp-content/uploads/Report_Lobbyismus-in-Justiz-und-Rechtswissenschaft.pdf.
- Deutscher Bundestag (2022) Statistik zur Gesetzgebung, in: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, 20. Mai, https://www.bundestag.de/resource/blob/196202/ee30d500ea94ebf8146d0ed7b12a8972/kapitel_10_01_statistik_zur_gesetzgebung-data.pdf, S. 5.
- Lobbycontrol (2021) Lobbyreport 2021. Beispiellose Skandale strengere Lobbyregeln: Eine Bilanz von vier Jahren Schwarz-Rot, https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbyreport-2021_Beispiellose-Skandale-strengere-Lobbyregeln.pdf, S. 20.
- ¹⁵¹ Hans-Martin Tillack (2015), siehe Endnote 35, S. 121.
- Gerd Mielke (2008) Forschungsdefizite: Die wissenschaftliche Landkarte des Lobbyismus, in: Netzwerk Recherche: "In der Lobby brennt noch Licht". Lobbyismus als Schatten-Management in Politik und Medien, https://netzwerkrecherche.org/wp-content/uploads/2014/07/nr-werkstatt-12-lobbyismus-als-schatten-management-in-politik-und-medien.pdf, S. 28-37, S.32.
- Referentinnen-Entwürfe gelten häufig als "verbandsfest". Siehe: Diana Wehlau (2009), siehe Endnote 14, S. 193.
- ¹⁵⁴ Marco Bülow (2021), siehe Endnote 115, S.115.
- ¹⁵⁵ Bürgerbewegung Finanzwende (2020), sieht Endnote 2, S. 14-15.
- ¹⁵⁶ Ebd., S. 10, 13-14.
- ¹⁵⁷ Ebd., S. 14.
- ¹⁵⁸ Sascha Adamek und Kim Otto (2008), siehe Endnote 127, S.94.
- ¹⁵⁹ Bürgerbewegung Finanzwende (2020), siehe Endnote 2, S. 13.
- ¹⁶⁰ Sascha Adamek und Kim Otto (2008), siehe Endnote 127.
- ¹⁶¹ Ebd., S. 13.
- ¹⁶² Ebd., S. 92-93.
- ¹⁶³ Ebd., S. 94.

- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020) Neunzehnter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, <a href="https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/moderne-verwaltung/externe-personen-in-der-bundesverwaltung/19-bericht.pdf;jsessionid=1A113DA6A16CBEBF9451E3756A080357.2_cid373?__blob=publicationFile&v=4, S. 5, 10-32.</p>
- Twitter Austausch zwischen Andreas K. Gruber, Leiter Public Affairs und Nachhaltigkeit bei der DKB, und Markus Herbrand, finanzpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag, 22. März 2022, https://twitter.com/DKB_Politics/status/1506386040717725698.
- ¹⁶⁶ BVI: Unsere Leistungen, https://www.bvi.de/ueber-uns/unsere-leistungen/.
- ¹⁶⁷ Diana Wehlau (2009), siehe Endnote 14, S. 55.
- Twitter Austausch zwischen Andreas K. Gruber, Leiter Public Affairs und Nachhaltigkeit bei der DKB, und Markus Herbrand, finanzpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag, 22. März 2022, siehe Endnote 165.
- Christian H. Schuster und David Denne (2021) Vertrauen zählt mit Hintergrundgesprächen zum Erfolg, https://agentur-adverb.de/verbandsstratege/ausgabe-99-aufbruch-verbaende-nach-der-btw-21/vertrauen-zaehlt-mit-hintergrundgespraechen-zum-erfolg/.
- Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (2015) Geschäftsbericht 2014, April, https://www.bvk.de/downloads/media/6/79f54e492c46eb0b4f923ad1c16c7a0c/BVK-Gesch%C3%A4ftsbericht%202014.pdf, S. 8.
- Deutscher Bundestag (2022) Antwort der Bundesregierung: Lobbykontakte beim Amtswechsel der Bunderegierung, Drucksache 20/620, 8. Februar, https://dserver.bundestag.de/btd/20/006/2000620.pdf.
- 172 Martin Reyher (2022), siehe Endnote 87.
- 173 Deutscher Bundestag (2022), siehe Endnote 171.
- ¹⁷⁴ Martin Reyher (2022), siehe Endnote 87.
- EUTOP (2022) Aktuelle Informationen für unsere Kunden und Geschäftspartner, https://www.eutop.com/cms/upload/pdf/EUTOP_Magazin_DE.pdf?v=1, S.18.
- ¹⁷⁶ Ebd., S.11.
- ¹⁷⁷ Diana Wehlau (2009), siehe Endnote 14, S. 263.
- ¹⁷⁸ Ebd., S. 315, 317.
- Hans-Böckler Stiftung (2011) Interview: "Die Finanzindustrie hat die Politik in die Detailfalle gelockt", https://www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-interview-die-finanzindustrie-hat-die-politik-in-die-detailfalle-gelockt-5508.htm.
- ¹⁸⁰ Ebd.
- ¹⁸¹ Anat Admati und Martin Hellwig (2014), siehe Endnote 63, S. 23.
- ¹⁸² Ebd.

- Stephan Schulmeister (2021) Finance Capitalism and Democracy: The Case of the Financial Transactions Tax, in: Bettina de Souza und andere: Financial Crisis Management and Democracy. Lessons from Europe and Latin America, Springer: Cham, https://library.oapen.org/bitstream/handle/20.500.12657/43283/2021_Book_FinancialCrisisManagementAndle.pdf?sequence=1&isAllowed=y, S. 128-129; Lisa Kastner (2015) Delayed Industry Capture: A Lobbying Analysis of the EU Financial Transaction Tax, 2. November, https://www.aicgs.org/publication/delayed-industry-capture/.
- Europäische Kommission (2012) Liikanen report, 2. Oktober, https://ec.europa.eu/info/publications/liikanen-report_en.
- Siehe z.B. Deutsche Bank (2012) Universalbanken: gut für Kunden und Finanzstabilität, 19. Dezember, https://www.fundresearch.de/fundresearch-wAssets/sites/default/files/Universalbanken_Studie.pdf.
- Martin Hinze (2013) Die Mär von der Trennung, *Manager Magazin*, 31. Januar, https://www.managermagazin.de/unternehmen/banken/a-880621.html.
- Deutscher Bundestag (2013) Finanzausschuss Wortprotokoll 138. Sitzung, BT-Drucksache 17/12601, http://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Bibliothek/Gesetzesmaterialien/17_wp/Abschirmung_Risiken/wortproto.pdf?__blob=publicationFile, S.13.
- Zitiert nach Elsa Massoc (2019) Banks, power, and political institutions: the divergent priorities of European states towards "too-big-to-fail" banks: The cases of competition in retail banking and the banking structural reform, Business and Politics 22(1):1-26, <a href="https://www.researchgate.net/profile/Elsa-Massoc/publication/335329554_Banks_power_and_political_institutions_the_divergent_priorities_of_Europe an_states_towards_too-big-to-fail_banks_The_cases_of_competition_in_retail_banking_and_the_banking_structural_reform/links/5dde520 c92851c83644bb187/Banks-power-and-political-institutions-the-divergent-priorities-of-European-states-towards-too-big-to-fail-banks_The-cases-of-competition-in-retail-banking-and-the-banking-structural-reform.pdf?origin=publication_detail, S. 20. Übersetzung: Pia Eberhardt.</p>
- Ebd. Ian Hardie und Huw Macartney (2016) EU ring-fencing and the defence of too-big-to-fail banks, West European Politics, 39:3, S. 503-525.
- Finance Watch (2017) Too-big-to-regulate: The EU's bank structural reform proposal failed, 25. Oktober, https://www.finance-watch.org/press-release/too-big-to-regulate-the-eus-bank-structural-reform-proposal-failed/. Übersetzung: Pia Eberhardt.
- ¹⁹¹ Volker Votsmeier und Sönke Iwersen (2917) Vier Professoren und ein Steuerskandal, *Handelsblatt*, 2. August, http://www.jarass.com/Steuer/B/Vier%20Professoren.pdf.
- Deutscher Bundestag (2017), Beschlussempfehlung und Bericht des 4. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, Drucksache 18/12700, https://dserver.bundestag.de/btd/18/127/1812700.pdf, S. 352.
- ¹⁹³ Ebd., S. 411.
- Holger Balodis und Dagmar Hühne (2012) Die Vorsorge Lüge. Wie Politik und Rentenversicherungen uns in die Altersarmut treiben, Berlin: Econ Verlag, S. 76.
- Volksbank Freiburg (2022) Geschäftsbericht 2021, https://www.union-investment/Geschaeftsbericht_Volksbank_Freiburg_2021.pdf, S. 19; Union Investment (2022) Unser Management, https://www.union-investment.de/ueber-uns/union_investment_fuer_privatkunden/management.
- BDV (2022) BDV VOR ORT 2022: SAVE THE DATE, https://bdv.de/content/uploads/Einladung-BDV-vor-Ort.pdf.

- Forschungszentrum Generationenverträge: Referenzen, https://www.fiwi1.uni-freiburg.de/forschungszentrum-generationenvertraege/referenzen/.
- ¹⁹⁸ Markus Balser und Uwe Ritzer (2016), siehe Endnote 4, S. 234.
- Union Investment (2021) Gesetzliche Rente reicht im Alter nur für knapp die Hälfte des letzten Bruttoeinkommens, 27. Oktober, https://unternehmen.union-investment.de/startseite-unternehmen/Unsere-Themen/Sparen/Webseiten/Vorsorgeatlas-Deutschland-2021.html.
- Diana Wehlau (2009), siehe Endnote 14, S. 254-263. Holger Balodis und Dagmar Hühne (2012), siehe Endnote 194, S. 44-78.
- Deutscher Bundestag (2021) Parteispenden über 50.000 € Jahr 2021, https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/parteienfinanzierung/fundstellen50000/2021/2021-inhalt-816896.
- ²⁰² Marcel Pauly (2021) Parteien verzeichnen Großspendenrekord, *Der Spiegel*, 27. August, https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2021-parteien-verzeichnen-grossspenden-rekord-a-fd8473d3-18d4-454d-a693-4d2543de2f13.
- ²⁰³ Lobbycontrol (2021), siehe Endnote 150, S.46.
- Zum Beispiel beim Anlegerschutzgesetz von 2010. Das Portal abgeordnetenwatch berichtete damals von auffälligen Großspenden der DVAG an CDU und SPD im zeitlichen Umfeld der Gesetzesinitiative. Siehe: Martin Reyher (2010) abgeordnetenwatch.de-Bericht zu Unternehmensspenden an FDP und CDU hat ein parlamentarisches Nachspiel, 8. Dezember, https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/abgeordnetenwatchde-bericht-zu-unternehmensspenden-an-fdp-und-cdu-hat-ein-parlamentarisches-nachspiel.
- ²⁰⁵ Diana Wehlau (2009), siehe Endnote 14, S. 53.
- ²⁰⁶ Ebd., S. 239-40.
- Manager Magazin (2021) "Millionenspenden an Parteien korrumpieren", 23. September, <a href="https://www.manager-magazin.de/politik/fabio-de-masi-bundestagsabgeordneter-der-linken-ueber-finanzkriminalitaet-und-lobbyismus-millionenspenden-an-parteien-korrumpieren-a-ede6f080-f824-4007-9dec-a7bb79b942e2.
- Zum Beispiel: Bündnis 90/Die Grünen (2022) Aussteller, Sponsoren und Unterstützer der digitalen Bundesdelegiertenkonferenz im Januar 2022, https://cms.gruene.de/uploads/documents/Tranzsparenz-%C3%9Cbersicht-DBDK-2022.pdf.
- Zum Beispiel: SPD (2022) Sponsoring Einnahmenübersicht 2021, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Parteiorganisation/Finanzen/Sponsoring/Sponsoringeinnahmen _2021_-_insgesamt.pdf.
- Die Unterstützer*innen der CDU Parteitage werden in der Regel am unteren Ende der Parteitags-Homepage angegeben: https://www.cdu-parteitag.de/.
- ²¹¹ Siehe zum Beispiel das Foto der Sponsor*innentafel des FDP Parteitags vom April 2022, unter anderem veröffentlicht von Norbert Häring (2022) Wenn Pfizer und Evonik den Parteitag der FDP sponsern, 24. April, https://norberthaering.de/macht-kontrolle/fdp-pfizer/.
- ²¹² Entscheidung. Das Magazin der Jungen Union, Dezember 2021 März 2022, https://www.entscheidung.de/data/documents/2022/01/26/4-61f15b0fc478e.pdf, S. 22.
- ²¹³ Lobbycontrol (2021), siehe Endnote 150, S.43.
- ²¹⁴ Entscheidung. Das Magazin der Jungen Union, siehe Endnote 212, S. 23.

- Jackie Calmes und Louise Story (2009) In Washington, One Bank Chief Still Holds Sway, New York Times, 18. Juli, https://www.nytimes.com/2009/07/19/business/19dimon.html.
- ²¹⁶ Interview mit einer früheren Büro-Mitarbeiterin eines Abgeordneten des Wirtschafts- und Währungsausschusses im Europaparlament, 23. Mai 2022.
- ²¹⁷ Hans-Martin Tillack, siehe Endnote 35, S. 150.
- ²¹⁸ Ebd., S. 151.
- Wigbert Löer und Oliver Schröm (2014) Geld Macht Politik. Das Beziehungskonto von Carsten Maschmeyer, Gerhard Schröder und Christian Wulff, München: Droemer Verlag, S. 10.
- ²²⁰ BVI (2022): Podcast Episode 14: Das neue Lobbyregister ist da, https://www.bvi.de/presse/podcast/. Ab Minute 12'16.
- ²²¹ Markus Balser und Uwe Ritzer (2016), siehe Endnote 4, S. 59.
- ²²² Lobbypedia: Deep Lobbying, https://lobbypedia.de/wiki/Deep_lobbying.
- ²²³ Markus Balser und Uwe Ritzer (2016), siehe Endnote 4, S. 59-60.
- ²²⁴ Schufa: Schufa macht Schule. Eine Bildungsinitative für mehr Finanzkompetenz, https://www.schufa.de/ueber-uns/schufa-macht-schule/.
- Bankenverband: So geht Geld, https://bankenverband.de/service/schulbank/unterrichtsmaterialien/so-geht-geld/.
- ²²⁶ Sparkassen Schulservice, https://www.sparkassen-schulservice.de/.
- Volksbanken Raiffeisenbanken: Schulserviceportal "Jugend und Finanzen", https://www.vr.de/privatkunden/was-wir-anders-machen/engagement/schulserviceportal-jugend-und-finanzen.html.
- ²²⁸ Hoch im Kurs, https://www.hoch-im-kurs.de/finanztipps-fuer-schueler-und-studenten.html.
- ²²⁹ Bankenverband: Schulbanker, https://schulbanker.de/.
- ²³⁰ Sparkasse: Planspiel Börse, https://www.planspiel-boerse.de/.
- ²³¹ Finanztuber, https://www.finanztuber.de/.
- ²³² Bankenverband: Schulbank, https://bankenverband.de/service/schulbank/.
- Lobbycontrol (2018) Lobbyismus an Schulen. Einflussnahme auf Unterricht und was man dagegen tun kann, https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbyismus_an_Schulen.pdf#pk_campaign=Schulstudie, S.12.
- Allianz Umweltstiftung (2021) Informationen zum Thema "Hochwasser": Ursachen, Schutz und Vorsorge, https://umweltstiftung.allianz.de/content/dam/onemarketing/umweltstiftung/umweltstiftung/media/publikationen/wissen/hochwasser/index.html#28, S. 26.
- ²³⁵ René Scheppler (2016) OER Aus der Sicht der Lobbyisten, 16. April, https://bildungsradar.de/2016/04/16/oer-aus-der-sicht-der-lobbyisten/.
- Deutsche Börse Group (2017): Marktplatz der Tiere: Pixi-Buch von Deutsche Börse & Stiftung Lesen, 19. September, https://www.youtube.com/watch?v=yP1gsKqwjmk.
- ²³⁷ Thomas Leif zitiert nach Diana Wehlau (2009), siehe Endnote 14, S. 245.
- ²³⁸ Uwe Krüger (2015) Ein Angebot, das Sie ablehnen können Lobbyismus in den Medien, 5. Oktober, https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/netzdebatte/213073/ein-angebot-das-sie-ablehnen-koennen-lobbyismus-in-den-medien/.

- ²³⁹ Diana Wehlau (2009), siehe Endnote 14, S. 55.
- ²⁴⁰ Herbert Fromme (2014) Versicherer drängen in die Zeitungsbranche, Süddeutsche Zeitung, 22. Oktober, https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/projekt-freiraeume-versicherer-draengen-in-die-zeitungsbranche-1.2107333.
- Lobbypedia: Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft, https://lobbypedia.de/wiki/Gesamtverband_der_deutschen_versicherungswirtschaft.
- Lutz Frühbrodt (2016) Content Marketing. Wie "Unternehmensjournalisten" die öffentliche Meinung beeinflussen, <a href="https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH86_Contentmarketing_Fruehbrodt_2016_06_09.pdf, S. 60.
- ²⁴³ Hilkka Zebothsen (2017) Der GDV und das Alter, *Kom. Magazin für Kommunikation*, 24. Mai, https://www.kom.de/public-relations/der-qdv-und-das-alter/.
- ²⁴⁴ 7 Jahre länger: https://www.7jahrelaenger.de/7jl/presse.
- ²⁴⁵ Hilkka Zebothsen (2017), siehe Endnote 242.
- ²⁴⁶ Lutz Frühbrodt (2016), siehe Endnote 242, S. 89.
- ²⁴⁷ Bülend Ürük (2013) Abschied vom Journalismus: Claudio De Luca wird Pressesprecher der Deutschen Bank in Berlin, Newsroom, 3. April, https://www.newsroom.de/news/aktuelle-meldungen/leute-6/abschied-vom-journalismus-claudio-de-luca-wird-pressesprecher-der-deutschen-bank-in-berlin-780423/.
- ²⁴⁸ Linkedin: Jörg Eigendorf, https://www.linkedin.com/in/joerg-eigendorf/?originalSubdomain=de.
- ²⁴⁹ Linkedin: Sebastian Jost, https://www.linkedin.com/in/sebastian-jost-2730567/details/experience/.
- Deutsche Bank (2021) Sven Afhüppe leitet künftig die Abteilung Politische Angelegenheiten der Deutschen Bank, 16. Februar, https://www.db.com/news/detail/20210216-sven-afhueppe-leitet-kuenftig-die-abteilung-politische-angelegenheiten-der-deutschen-bank?language_id=3.
- Wolgang Messner (2021) Deutsche-Bank-Sprecher Jörg Eigendorf: Ich brauche kein Schmerzensgeld, um hier zu arbeiten, *Wirtschaftsjournalist*, https://kress.de/news/detail/beitrag/147189-deutsche-bank-sprecher-joerg-eigendorf-ich-brauche-kein-schmerzensgeld-um-hier-zu-arbeiten.html.
- ²⁵² Titel mehrerer Videos der DVAG Coach Kampagne mit Jürgen Klopp: https://www.youtube.com/playlist?list=PLkNsil3hU8xy0vgwKLJ1FkG0fMD1-RT7M.
- ²⁵³ DVAG: Das Unternehmen, https://www.dvag.de/dvag/das-unternehmen.html.
- DVAG (2021) DVAG & Jürgen Klopp "Sich immer weiterentwickeln", 1. Oktober, ab Min 0'00, https://www.youtube.com/watch?v=LvCKU5bQIPc.
- Sterne des Sports: Warum sollten wir mitmachen?, https://www.sterne-des-sports.de/banken/teilnahmeamwettbewerb.
- ²⁵⁶ DSGV: Kunst- und Kulturförderung, https://www.dsgv.de/unsere-verantwortung/gesellschaftliches-engagement/kunstfoerderung-kulturfoerderung.html.
- Deutsche Bank: Kunst, Kultur und Sport, https://www.db.com/what-we-do/responsibility/art-culture-sports/index?language_id=3&kid=cr-de-gesellschaft-kunst-kultur-und-sport-htm.redirect-en.shortcut#zeige-inhalt-von-warum-foerdern-wir-kunst-kultur-und-sport.
- ²⁵⁸ Allianz Kulturstiftung, https://kulturstiftung.allianz.de/.
- ²⁵⁹ Hypo Vereinsbank: Kunst & Kultur, https://www.hypovereinsbank.de/hvb/ueber-uns/kultur-gesellschaft/kunst-kultur.

- Die Welt (2022) Die Krypto-Branche drängt in die Bundesliga, 12. April, https://www.welt.de/sport/article238145651/Sponsoring-aus-Schmuddelecke-Krypto-Branche-draengt-in-Bundesliga.html.
- Deutsches Global Compact Netzwerk (2015) Sponsoring: Chancen nutzen, Risiken minimieren. Eine Orientierungshilfe für Unternehmern, https://www.globalcompact.de/migrated_files/wAssets/docs/Korruptionspraevention/Publikationen/sponsoring-chancen_nutzen_risiken_minimieren.pdf, S. 9.
- ²⁶² Diana Wehlau (2009), siehe Endnote 14, S. 259.
- ²⁶³ DRPR(2006)11/2006 Schleichwerbung in der ARD, https://drpr-online.de/11-2006-schleichwerbung-in-der-ard/.
- Lobbycontrol (2021), siehe Endnote 150, S. 8.
- DRPR (2021) DRPR-Verfahren 01/2021. Beschwerdeausschuss Politik. Fall: Guttenberg_Wirecard, 22. Juni, https://drpr-online.de/wp-content/uploads/2021/06/Ratsbeschluss_KTG_Wirecard_final.pdf.
- Wissenschaft im Dialog (2021) Wissenschaftsbarometer 2021, https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-2021/.
- ²⁶⁷ DIA: Über uns, https://www.dia-vorsorge.de/ueber-uns/.
- ²⁶⁸ Holger Balodis und Dagmar Hühne (2012), siehe Endnote 194, S. 87-88.
- ²⁶⁹ DIA: Über uns, siehe Endnote 267.
- ²⁷⁰ Holger Balodis und Dagmar Hühne (2012), siehe Endnote 194, S. 68
- ²⁷¹ BVI: Forschung und Lehre, https://www.bvi.de/ueber-uns/bildung/forschung-und-lehre/.
- Frauke Lüpke-Narberhaus und Oliver Trenkamp (2011) Kauf Dir einen Prof, *Der Spiegel*, 28. August, https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/deutsche-bank-deal-mit-berliner-unis-kauf-dir-einen-prof-a-765337.html.
- ²⁷³ Lobbypedia: Deep lobbying, https://lobbypedia.de/wiki/Deep_lobbying.
- Dan McCrum (2022) House of Wirecard. Wie ich den größten Wirtschaftsbetrug Deutschlands aufdeckte und einen Dax-Konzern zu Fall brachte, Berlin: Ullstein
- ²⁷⁵ Ebd., S. 296.
- ²⁷⁶ Hans-Martin Tillack (2021) PR-Agentur bot Wirecard an, Journalisten auf eine "schwarze Liste" zu setzen, *Der Stern*, 29. Januar, https://www.stern.de/politik/deutschland/agentur-wmp-wollte-fuer-wirecard-schwarze-liste-von-journalisten-schreiben-30355742.html.
- Deutscher Bundestag (2021) Beschlussempfehlung und Bericht des 3. Untersuchungsausschusses der 19. Wahlperiode, Drucksache 19/309900, 22. Juni, https://dserver.bundestag.de/btd/19/309/1930900.pdf, S. 1613.
- ²⁷⁸ Ebd.
- ²⁷⁹ Cardo Communications: Kommunikation in Krisen, http://www.cardocommunications.com/de/arbeitsfelder/kommunikation-in-krisen.php.
- ²⁸⁰ Felix Holtermann (2021) Geniale Betrüger. Wie Wirecard Politik und Finanzsystem bloßstellt. Frankfurt: Westend Verlag, S. 255.
- ²⁸¹ Oliver Schröm (2021), siehe Endnote 132.

- Im Abschlussbericht des Wirecard Untersuchungsausschusses des Bundestags ist an mehreren Stellen von über 20 Milliarden Euro Gesamtschaden die Rede. Laut der Daten des Insolvenzverwalters könnte der Schaden noch höher liegen. Er hatte bis Mai 2022 rund 12.700 Forderungsanmeldungen von Gläubiger*innen in Höhe von 14,3 Milliarden Euro erfasst. Weitere 29.000 Anmeldungen von Banken, Investor*innen, Geschäftspartner*innen und Aktionär*innen waren darin allerdings noch nicht enthalten. Von über 20 Milliarden Euro Gesamtschaden zu sprechen scheint daher auf keinen Fall zu hoch gegriffen. Siehe: Alexander Hübner (2022) Insolvenzverwalter Wirecard-Milliarden haben nie existiert, Reuters, 21. Mai, https://www.reuters.com/article/deutschland-wirecard-idDEKCN2D21SH.
- Martin Hesse (2019) Finanzaufsicht zeigt Journalisten wegen Marktmanipulation an, *Der Spiegel*, 16. April, https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/wirecard-bafin-zeigt-journalisten-wegen-marktmanipulation-an-a-1263139.html.
- Financial Times (2020) Wirecard and the missing €1.9bn: my story, 26. Juni,

 https://www.ft.com/video/37cb70e6-72df-471e-943d-2d32c2785650. Übersetzt nach: Maria Kotsev (2020)

 Wie der Journalist Dan McCrum Wirecard zu Fall brachte, Der Tagesspiegel, 24. Juli,

 https://www.tagesspiegel.de/politik/ich-hatte-das-gefuehl-durchzudrehen-wie-der-journalist-dan-mccrum-wirecard-zu-fall-brachte/26034480.html.
- Newsroom (2020) Wirecard-Aufdecker: Ja, wir wurden bedroht, 11. August, https://www.newsroom.de/news/aktuelle-meldungen/vermischtes-3/ja-wir-wurden-bedroht-911118/.
- ²⁸⁶ Deutscher Bundestag (2021), siehe Endnote 277, S. 1720.
- ²⁸⁷ Süddeutsche Zeitung (2020) Bafin-Chef Hufeld: Waren bei Wirecard zu formalistisch, 2. September, https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/banken-frankfurt-am-main-bafin-chef-hufeld-waren-bei-wirecard-zu-formalistisch-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200902-99-400581.
- ²⁸⁸ Felix Holtermann (2021), siehe Endnote 280, S. 15.
- ²⁸⁹ Deutscher Bundestag (2021), siehe Endnote 277, S. 1613.
- M. Grill und andere (2021) Ein "Honigtopf" für Ehemalige, *Tagesschau*, 29. Januar, https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/wirecard-lobbyismus-geldwaescheverdacht-101.html.
- ²⁹¹ Josephine Andreoli (2020) Angela Merkel bat Guttenberg um Argumentationshilfe zu Wirecard, 9. Oktober, https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/angela-merkel-bat-guttenberg-um-argumentationshilfe-zu-wirecard.
- ²⁹² Felix Holtermann (2021), siehe Endnote 280, S. 240.
- Daniel Pontzen (2020) Lobbyismus: Wirecard und Guttenberg, Inside PolitiX, 16. Dezember, https://www.zdf.de/politik/inside-politix/inside-politix-lobbyismus-wirecard-daniel-pontzen-100.html. Ab Minute 6'41.
- ²⁹⁴ Josephine Andreoli (2020), siehe Endnote 291.
- ²⁹⁵ Fbd.
- ²⁹⁶ Deutscher Bundestag (2021) siehe Endnote 277, S. 549.
- ²⁹⁷ Ebd., S. 585.
- ²⁹⁸ Ebd.
- Philipp Eckstein und andere (2021) Wirecard schickte Politiker auf Lobby-Tour, *Tagesschau*, 28. Januar, https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/wirecard-gluecksspiel-lobbyarbeit-101.html.
- ³⁰⁰ Deutscher Bundestag (2021), siehe Endnote 277, S. 1642.

- John Spiegel (2021) »Bei Wirecard haben zu viele Lobbyisten Geld gerochen«, 23. April, https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/hans-michelbach-csu-bei-wirecard-haben-zu-viele-lobbyisten-geld-gerochen-a-42245cd4-6e3a-4f68-b10c-99aa04b69ac6.
- ³⁰² Canzel Kiziltepe (2021) Rede zum Abschlussbericht des UA Wirecard, 29. Juni, https://cansel-kiziltepe.de/rede-zum-abschlussbericht-des-ua-wirecard/.
- Twitter Post von Lisa Paus, damals noch finanzpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, 22. Juni 2021, https://twitter.com/lisapaus/status/1407287011292106754.
- Thomas Steinman (2020) Massive Zweifel am Wirecard-Leerverkaufsverbot, Capital, 22. Dezember, https://www.capital.de/wirtschaft-politik/massive-zweifel-am-wirecard-leerverkaufsverbot.
 Siehe auch: Dan McCrum (2022), siehe Endnote 274, S. 274-282.
- ³⁰⁵ Felix Holtermann (2021), siehe Endnote 280, S. 217.
- ³⁰⁶ Deutscher Bundestag (2021), siehe Endnote 277, S. 1808-1810.
- ARD (2021) Die Story im Ersten: Geld. Macht. Politik, 12. Juli, https://www.youtube.com/watch?v=VK6C4LrevFg. Ab Minute 27'19.
- Thomas Steinman (2021) PR-Rat rügt Guttenberg für Wirecard-Lobbyarbeit, *Capital*, 22. Juni, https://www.faz.net/aktuell/finanzen/finanzmarkt/corona-am-markt-ein-virus-namens-leerverkaeufe-16696027.html.
- ³⁰⁹ Deutscher Bundestag (2021), siehe Endnote 277, S. 1810.
- ³¹⁰ Deutscher Bundestag (2021), siehe Endnote 277, S. 1613.
- Schätzungen zu den möglichen Einnahmen aus der FTT hängen von unterschiedlichen Annahmen ab, darunter der Steuersatz, die geographische Reichweite der Steuer sowie die Finanzinstrumente, auf die sie Anwendung fände. Für Deutschland gehen die wichtigsten Schätzungen von jährlichen Einnahmen zwischen 13 und 45 Milliarden Euro aus. Hier wurde das Mittel dieser beiden Werte, 29 Milliarden Euro, angenommen. Siehe: Manuel Funke u.a. (2020) Der deutsch-französische Vorschlag zu einer EU-Finanztransaktionssteuer, Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 24, https://www.econstor.eu/bitstream/10419/214876/1/169181265X.pdf, S.30.
- Europäische Kommission (2011) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über das gemeinsame Finanztransaktionssteursystem und zur Änderungen der Richtlinien 2008/7/EG, KOM(2011) 594 endgültig, 28. September, https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0594:FIN:DE:PDF.
- Tagesschau (2011) EU-Kommission für Finanztransaktionssteuer, 28. September, https://www.tagesschau.de/wirtschaft/barroso240.html.
- "Die Finanzindustrie hat die Forderungen, eine Transaktionssteuer einzuführen, lange nicht ernst genommen", sagte Dorothea Schäfer vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gegenüber dem *Tagesspiegel*. Siehe: Carla Neuhaus (2014) Wie Banken gegen die Finanztransaktionssteuer kämpfen, *Der Tagesspiegel*, 1. Dezember, https://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/kosten-der-finanzkrise-wie-banken-gegen-die-finanztransaktionssteuer-kaempfen/11059896.html. Die Industrie dachte unter anderem, dass sich die EU allein schon wegen dem finanzmarkt-freundlichen Mitgliedsland Großbritannien nie auf eine FTT würde einigen können. Die Option einer auf nur einige Staaten begrenzten Steuer unter der verstärkten Zusammenarbeit der EU hatte sie gar nicht auf dem Schirm. Siehe: Lisa Kastner (2018) Civil Society and Financial Regulation. Consumer Finance Protection and Taxation after the Financial Crisis. Routledge: New York, S. 158.
- ³¹⁵ Lisa Kastner (2015), siehe Endnote 183. Übersetzung: Pia Eberhardt.

- ³¹⁶ Europäische Kommission (2011) Summary report for the consultation on financial sector taxation, https://ec.europa.eu/taxation_customs/system/files/2016-09/summary_results_en.pdf. Übersetzung: Pia Eberhardt.
- Martin Hesse und Christoph Pauly (2012) Aufmarsch der Lobby, *Der Spiegel*, 18. März, https://www.spiegel.de/wirtschaft/aufmarsch-der-lobby-a-c5682943-0002-0001-0000-000084430203.
- Fonds Professionell (2012) BVI: Finanztransaktionssteuer belastet Fondssparer, 12. Januar, https://www.fondsprofessionell.de/news/uebersicht/headline/bvi-finanztransaktionssteuer-belastet-fondssparer-101488/newsseite/0/.
- ³¹⁹ Carsten Sieling (2016) Steuermythen: "Die Finanztransaktionssteuer trifft vor allem Kleinanleger und Riestersparer", 4. Oktober, https://steuermythen.de/mythen/mythos-10/.
- DPA (2013) Finanztransaktionssteuer schadet Unternehmen, 19. November, https://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/politik-aktieninstitut-finanztransaktionssteuer-schadet-unternehmen_id_2746854.html.
- Financial Times (2013) German companies weigh in against Tobin tax, 8. Mai, https://www.ft.com/content/5cb60a60-b7d2-11e2-bd62-00144feabdc0.
- DPA (2013) Deutsche Wirtschaft warnt vor Finanztransaktionssteuer, 16. November, https://www.focus.de/finanzen/news/deutsche-wirtschaft-warnt-vor-finanztransaktionssteuer-eu_id_2348574.html.
- Siehe zum Beispiel: Manolis Kalaitzake (2017): Death by a Thousand Cuts? Financial Political Power and the Case of the European Financial Transaction Tax, New Political Economy, Vol. 22:6, S. 709-726, <a href="https://www.researchgate.net/profile/Manolis-Kalaitzake/publication/316019790_Death_by_a_Thousand_Cuts_Financial_Political_Power_and_the_Case_of_the_European_Financial_Transaction_Tax/links/59f3315faca272607e28ff1e/Death-by-a-Thousand-Cuts-Financial-Political-Power-and-the-Case-of-the-European-Financial-Transaction_Tax.pdf?origin=publication_detail.
- 324 Lisa Kastner (2017) How the financial industry mobilized against the European Financial Transaction Tax, 21.
 Mai, https://progressivepost.eu/financial-industry-mobilised-european-financial-transaction-tax/.
 Übersetzung: Pia Eberhardt.
- ³²⁵ Ebd. Übersetzung: Pia Eberhardt.
- Goldman Sachs (2013) Financial Transaction Tax: How severe?, 1. Mai, https://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Dateien/Kampagnen-Seite/Unterstuetzung_Ausland/EU/2013/2013.05._GS_on_Fin_I_Transaction_tax_FTT_-Bottom_Up_Analysis_Europe.pdf.
- Siehe zum Beispiel: The Telegraph (2013) Bundesbank chief Jens Weidmann attacks FTT, 24. April, https://www.telegraph.co.uk/finance/newsbysector/banksandfinance/10015912/Bundesbank-chief-Jens-Weidmann-attacks-FTT.html.
- ³²⁸ Manolis Kalaitzake (2017), siehe Endnote 323.
- European Commission (2014) Financial Transaction Tax: Time to engage, compromise and deliver, Rede von Algirdas Šemeta, 4. Februar, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_14_92.
- EPO (2011) 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer, 13. April, <a href="https://www.epo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=7167:1000-oekonomen-wollen-finanzmarktsteuer&catid=46<emid=115">https://www.epo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=7167:1000-oekonomen-wollen-finanzmarktsteuer&catid=46<emid=115.
- ³³¹ Siehe beispielsweise die Kampagne Steuer gegen Armut: https://www.steuer-gegen-armut.org/.

- 332 Das Europaparlament war das erste EU-Organ, das sich öffentlich für eine FTT aussprach. Siehe: Europaparlament (2010) Resolution on financial transaction taxes – making them work, 10. März, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-7-2010-0056_EN.html?redirect.
- Letter from Financial Industry Professionals in Support of Financial Transaction Taxes, 21. Juni 2012, https://www.robinhoodtax.org.uk/sites/default/files/FTT_Financier_letter_final.pdf.
- Europäische Kommission (2013) Finanztransaktionssteuer im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit: Kommission erläutert Einzelheiten, 14. Februar, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_13_115.
- 335 Die wichtigsten Analysen sind in diesem Artikel der WirtschaftsWoche verlinkt, der zugleich zeigt, welch starken medialen Widerhall die Papiere hatten: Christian Ramthun (2014) Am Rande der Legalität, WirtschaftsWoche, 17. Februar, https://www.wiwo.de/finanzen/boerse/boersensteuer-am-rande-der-legalitaet/9493330-all.html.
- Florian Neuhann (2021) Finanztransaktionssteuer: Bitteres Jubiläum, *ZDF heute*, 28. September, https://www.zdf.de/nachrichten/politik/finanztransaktionssteuer-eu-zehn-jahre-100.html.
- ³³⁷ Carla Neuhaus (2014), siehe Endnote 314.
- 338 Stephan Schulmeister (2014) Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten, *Le Monde Diplomatique*, 11. Dezember, https://monde-diplomatique.de/artikel/!253972.
- 339 Stephan Schulmeister (2013): Top Secret!, taz, 6. Juni, https://taz.de/Debatte-Finanztransaktionssteuer/!5065905/.
- 340 Zum Beispiel hier: WEED (2012) Nicht stichhaltig! Zu den Einwänden gegen die Finanztransaktionssteuer, Februar, https://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Dateien/Kampagnen-seite/Materialien/WEED_120228_Factsheetnicht_stichhaltig.pdf.
- ³⁴¹ Lisa Kastner (2017), siehe Endnote 324. Übersetzung: Pia Eberhardt.
- Tagesschau (2018) Börsensteuer à la française, 10. Dezember, https://www.tagesschau.de/wirtschaft/finanztransaktionssteuer-scholz-101.html?fbclid=lwAR2FVmLAt89emQX67cJLqQ4LB04jmlKYzwBvvvQrlEqeAvPVglL4ZJhHF8I.
- Zum Beispiel: Steuer gegen Armut (2018) Etikettenschwindel! Kampagne "Steuer gegen Armut" wird aus Protest eingestellt, 4. Dezember, https://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Dateien/Kampagnen-Seite/PM_Steuer_gegen_Armut_04122018Website.pdf; Bürger*innenbewegung Finanzwende (2019) Die aktuelle Debatte um die Finanztransaktionssteuer, 12. September, https://www.finanzwende.de/themen/banken-und-schattenbanken/finanztransaktionssteuer/die-aktuelle-debatte-um-die-finanztransaktionssteuer/.
- ³⁴⁴ Harald Schumann (2020) Scholz-Vorschlag ist purer Etikettenschwindel, *Der Tagesspiegel*, 2. Januar, https://www.tagesspiegel.de/politik/plaene-fuer-eine-finanztransaktionssteuer-scholz-vorschlag-ist-purer-etikettenschwindel/25383472.html.
- Deutsches Aktieninstitut (2021) Kurvenlage, https://www.dai.de/fileadmin/user_upload/DAI_21022_Kurvenlage_01_2021_210830_DS_150.pdf, S. 51.
- Hans-Walter Peters (2021) Europas Geldhäuser müssen wettbewerbsfähiger werden, *Handelsblatt*, 6. April, https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-europas-geldhaeuser-muessen-wettbewerbsfaehiger-werden/27057970.html.
- ³⁴⁷ Carla Neuhaus (2014), siehe Endnote 314.
- 348 Karsten Seibel (2021) Die rot-grüne Beerdigung eines Jahrhundertprojekts, *Die Welt*, 28. November, https://www.welt.de/finanzen/geldanlage/article235340412/Finanztransaktionssteuer-Vom-grossen-Scholz-Projekt-ist-ploetzlich-keine-Rede-mehr.html.

- Aktuelle Statistiken zur Riester-Rente finden sich auf der Homepage des Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Statistik zur privaten Altersvorsorge (Riester-Rente), <a href="https://www.bmas.de/DE/Service/Statistiken-Open-Data/Statistik-zu-Riester-Vertraegen/statistik-zu-statistik-zu-Riester-Vertraegen/statistik-zu-statistik-zu-Riester-Vertraegen/statistik-zu-statistik-zu
- ³⁵⁰ Carsten Germis (2001), Rentenreform: Die Rente ist sicher ganz privat, *Tagesspiegel*, 11. Mai, https://www.tagesspiegel.de/politik/rentenreform-die-rente-ist-sicher-ganz-privat/226934.html.
- ³⁵¹ Zitiert nach: Hermannus Pfeiffer (2001) Analysten lieben Aventis, *Die Zeit*, 3. Mai, https://www.zeit.de/2001/19/Analysten_lieben_Aventis.
- ³⁵² Zitiert nach: Diana Wehlau (2009), siehe Endnote 14, S. 18.
- 353 Ebd., S. 252.
- ³⁵⁴ Ebd., S. 176, 254-263.
- ³⁵⁵ Zitiert nach: Herbert Fromme (2001) Wie ein schlecht gepackter Koffer, *Financial Times Deutschland*, 6. Juni, https://versicherungsmonitor.de/2001/06/06/wie-ein-schlecht-gepackter-koffer/.
- ³⁵⁶ Ebd.
- ³⁵⁷ Diana Wehlau (2009), siehe Endnote 14, S. 295, 304.
- Ebd., S. 235-239. Siehe auch: Jörg Sommer und Diana Wehlau (2012) Spendable Finanzbranche privatisierte Alterssicherung?, WSI Mitteilungen 06/2012, https://www.wsi.de/data/wsimit_2012_06_sommer.pdf.
- Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung (2022): Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, siehe Endnote 10.
- ³⁶⁰ Diana Wehlau (2009), siehe Endnote 14, S. 146, 157.
- ³⁶¹ Zitiert nach: Ulrike Winkelmann (2011), "Lobbyismus ist immer ein Geflecht", *Der Freitag*, 15. Januar, https://www.freitag.de/autoren/uwi/lobbyismus-ist-immer-ein-qeflecht.
- ³⁶² Diana Wehlau (2009), siehe Endnote 14, S. 190, 292-298.
- ³⁶³ Ebd., S. 220-224.
- Presseportal (2000) Hansgeorg Hauser wird Beauftragter des Vorstands der Commerzbank, 1. Februar, https://www.presseportal.de/pm/6676/108029.
- ³⁶⁵ Zitiert nach Diana Wehlau, siehe Endnote 14, S. 242.
- ³⁶⁶ Wigbert Löer und Oliver Schröm (2014), siehe Endnote 219, S. 116-17.
- ³⁶⁷ Ebd., S. 31-32.
- ³⁶⁸ Ebd., Kapitel 4.
- ³⁶⁹ Zitiert nach ebd., S. 107.
- 370 Zitiert nach ebd., S. 118.
- ³⁷¹ Zitiert nach ebd., S. 129.
- 372 Ebd., Kapitel 6.
- Michal König (2010) Dandy und Rentnerband, *Süddeutsche Zeitung*, 17. Mai, https://www.sueddeutsche.de/geld/maschmeyer-und-ruerup-gruenden-firma-dandy-und-rentnerband-1.128982.
- ³⁷⁴ Lobbypedia, Walter Riester, https://lobbypedia.de/wiki/Walter_Riester.

- ³⁷⁵ Zum Beispiel: Kornelia Hagen und Axel Kleinlein (2011) Zehn Jahre Riester-Rente: Kein Grund zum Feiern, DIW Wochenbericht Nr. 47.2011, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.389132.de/11-47-1.pdf; ZDF Frontal 21(2011) Riesterrente Miese Geschäfte mit der Zusatzrente, 24. Mai, https://www.youtube.com/watch?v=uKDCqfePn94; ZDF Wiso (2021) Ärger mit der Rente: Ist Riester noch zu retten?, 9. August, https://www.zdf.de/verbraucher/wiso/aerger-mit-der-rente-ist-riester-noch-zu-retten-100.html.
- Bürgerbewegung Finanzwende (2020) Riester: Viel Gebühren, wenig Rente, https://www.finanzwende.de/themen/verbraucherschutz/riester-viel-gebuehren-wenig-rente/.
- 377 Bund der Versicherten (2019) Lobbyverband der Versicherer verschleiert Riester-Desaster, 2. Dezember, https://www.bundderversicherten.de/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilungen/lobbyverband-derversicherer-verschleiert-riester-desaster.
- Zitiert nach: NachDenkSeiten (2020) Mit 150 Jahren, da hört das Leben auf... Wie die privaten Rentenversicherer ihre Kunden alt und die Bilanzen schön aussehen lassen, 19. Mai, https://www.nachdenkseiten.de/?p=61094.
- ³⁷⁹ ZDF Wiso (2021), siehe Endnote 375. Ab Minute 25'44.
- ³⁸⁰ Interview mit Dorothea Mohn, 23. März 2022.
- ³⁸¹ Interview mit Axel Kleinlein, 11. April 2022.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands/ Bündnis 90/ Die Grünen/ Freie Demokraten (2021) Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf.
- Europäische Kommission (2019) Nachhaltiges Finanzwesen: Kommission begrüßt Einigung auf EU-weites Klassifikationssystem für nachhaltige Investitionen (Taxonomie), 18. Dezember, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_19_6793.
- ³⁸⁴ Ebd.
- Silke Stremlau (2019) Nachhaltigkeit als Chance, *BaFin Perspektiven*, Ausgabe 2/2019, S. 49-61, <a href="https://www.bafin.de/SharedDocs/Downloads/DE/BaFinPerspektiven/2019/bp_19-2_sustainable_finance.pdf;jsessionid=45C21087F1A8B4D816428D4AE082FB1C.2_cid503?__blob=publication_File&v=9, S. 53.
- ³⁸⁶ GDV (2019) Wettbewerbsfähiger Versicherungsmarkt für die Zukunft, 10. April. Text nicht mehr online verfügbar.
- ³⁸⁷ Influence Map (2019) The EU's Sustainable Finance Taxonomy. An Analysis of how business has sought to influence this key EU sustainable finance policy, https://influencemap.org/report/Who-s-Influencing-the-EU-s-Taxonomy-c78635abb8cf94597e0af16a5831275a, S. 6-7.
- Ebd., S.2. Übersetzung: Pia Eberhardt. Zwar zeigte sich in dieser Phase, dass es bei Finanzmarkt-Akteur*innen auch Unterstützung für die Taxonomie gab zum Beispiel bei den Versicherungsunternehmen Allianz und AXA. Aber die Gruppe der Unterstützer*innen war klein. Und sie hat laut InfluenceMap die Positionen der jeweiligen Branchenverbände mitgetragen, die wiederum vehement gegen einen breiten Anwendungsbereich der Taxonomie mobil gemacht haben.
- Jan Ovelgönne (2021) Der Einfluss der Finanzlobby auf das EU Verordnungsverfahren über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen (sog. "EU-Taxonomie"). Hausarbeit am Institut für Sozioökonomie an der Universität Duisburg Essen, 3. April, S. 15-16. Quelle kann bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.
- ³⁹⁰ Ebd., S. 7.

- Bei einem Call für Feedback zur Taxonomie Ende 2018/ Anfang 2019 kamen fast 40 Prozent der Antworten aus der Finanzindustrie verglichen mit 23 Prozent aus dem Energiesektor und 21 Prozent aus der Industrie. Siehe: Europäische Kommission (2019) Published Results. Feedback on the usability of the taxonomy, https://ec.europa.eu/eusurvey/publication/taxonomy-feedback-usability?surveylanguage=en.
- Reclaim Finance und Change Finance (2020) In the shadows. Who is opposing the EU taxonomy for polluting activities, https://reclaimfinance.org/site/wp-content/uploads/2020/12/Report-In-the-shadows-Who-is-opposing-a-taxonomy-for-polluting-activities-Reclaim-Finance.pdf, S. 4, 16.
- Open letter by 52 civil society organisations to Commissioner McGuinness: Making the Financial Sector in the EU go Green Urgently Demands a Taxonomy of Harmful Activities, 19. Januar 2021, https://www.changefinance.org/wp-content/uploads/2021/01/Open-Letter_Taxonomy-of-harmful-activities.pdf.
- ³⁹⁴ Influence Map (2019), siehe Endnote 387, S. 14. Übersetzung: Pia Eberhardt.
- Ebd., S. 15.; Reclaim Finance und Change Finance (2020), siehe Endnote 392, S. 3.
- Reclaim Finance und Observatoire de Multinationales (2021) Hijacked. Exposing BlackRock's Grip on the EU's Climate Finance Plans, https://reclaimfinance.org/site/wp-content/uploads/2021/07/Report-EU-taxonomy-0ut-with-science-in-with-lobbyists-RF.pdf, S. 8. Siehe auch: Influence Map (2020), siehe Endnote 138.
- ³⁹⁷ Influence Map (2019), siehe Endnote 387, S. 7.
- Das Investment (2018) "Kein Eingriff in die Anlagefreiheit durch ESG-Auflagen!", 6. Februar, https://www.dasinvestment.com/fondsverbands-chef-thomas-richter-keine-eingriffe-in-die-anlagefreiheit-durch/.
- ³⁹⁹ Interview mit einem früheren Büro-Mitarbeiter eines Abgeordneten des Wirtschafts- und Währungsausschusses im Europaparlament, 13. Mai 2022.
- Deutsche Kreditwirtschaft (2019) Einigung bei EU-Taxonomie wichtiger Meilenstein praxisnahe Umsetzung auf Level 2 dringend notwendig, 18. Dezember,

 https://www.bvr.de/Presse/Deutsche_Kreditwirtschaft/Einigung_bei_EU_Taxonomie_wichtiger_Meilenstein_n_praxisnahe_Umsetzung_auf_Level_2_dringend_notwendig.
- ⁴⁰¹ Europäische Kommission (2019) Questions and Answers: political agreement on an EU-wide classification system for sustainable investments (Taxonomy), 18. Dezember, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ganda_19_6804.
- Forum nachhaltige Geldanlagen (2022) Pressemitteilung FNG-Marktbericht 2022 Deutschland:
 Privatanleger:innen verdreifachen Investitionen in Nachhaltige Geldanlagen Marktanteil steigt auf 9,4 Prozent –
 Nachhaltige Kapitalanlagen übersteigen Marke von 500 Milliarden Euro, 9. Juni, https://www.forum-ng.org/de/neuigkeiten/artikel/pressemitteilung-fng-marktbericht-2022-deutschland.
- EU Technical Expert Group on Sustainable Finance (2019) Taxonomy Technical Report, Juni, https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/business_economy_euro/banking_and_finance/documents/19 0618-sustainable-finance-teq-report-taxonomy_en.pdf, S. 251.
- European Banking Federation (2019) EBF final response to the Call for feedback on TEG report on EU Taxonomy, 16. September, https://www.ebf.eu/wp-content/uploads/2019/09/EBF-response-to-the-Call-forfeedback-on-TEG-report-on-EU-Taxonomy-.pdf, S. 5.
- ⁴⁰⁵ AFME (2019) AFME Position on the Taxonomy Report by the EU Technical Expert Group on Sustainable Finance, 13. September, https://www.gfma.org/wp-content/uploads/2019/09/gfma-letter-on-teg-eu-taxonomy-report-13-september-2019.pdf, S. 11-12.

- 406 Institute of International Finance (2019) Brief an Olivier Guersent von der Europäischen Kommission, Re: EU Sustainable Finance Taxonomy, 16. September 2019, https://www.iif.com/Portals/0/Files/content/Regulatory/09162019_letter_to_ec_on_sf_taxonomy.pdf, S. 2.
- European Commission (2022) Questions and Answers on the EU Taxonomy Complementary Climate Delegated Act covering certain nuclear and gas activities, 2. Februar, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/QANDA_22_712.
- ⁴⁰⁸ Institute of International Finance (2019), siehe Endnote 406, S. 2. Übersetzung: Pia Eberhardt.
- ⁴⁰⁹ AFME (2019), siehe Endnote 405, S. 13. Übersetzung: Pia Eberhardt.
- ⁴¹⁰ Siehe AFMEs Beitrag zur Konsultation: Europäische Kommission (2019) Published Results. Feedback on the usability of the taxonomy, https://ec.europa.eu/eusurvey/publication/taxonomy-feedback-usability?surveylanguage=en. Übersetzung: Pia Eberhardt.
- Beispielsweise veröffentlichte die Institutional Investors Group on Climate Change die größte klimaorientierte Investor*innengruppe weltweit – im Januar 2022 einen offenen Brief an die Europäische Kommission, in dem der Zusammenschluss forderte, Gas aus der Taxonomie auszuschließen. Siehe IIGCC (2022) IIGCC publishes open letter calling for gas to be excluded from the EU Taxonomy, 12. Januar, https://www.iigcc.org/news/iigcc-publishes-open-letter-calling-for-gas-to-be-excluded-from-the-eu-taxonomy/.
- Elizabeth Meager (2022) What the inclusion of gas and nuclear in the EU Taxonomy means, *Capital Monitor*, 14. Februar, https://capitalmonitor.ai/factor/environmental/what-the-inclusion-of-gas-and-nuclear-in-the-eu-taxonomy-means/.
- ⁴¹³ Frank Stocker (2022) Europas größte Fondsgesellschaft wird EU-Taxonomie folgen, *Die Welt*, 15. Januar, https://www.welt.de/wirtschaft/article236240174/Atomkraft-Warum-der-Einstieg-nachhaltiger-Fonds-bald-starten-koennte.html.
- ⁴¹⁴ Investment Channel (2022) ESG-Update mit Frank Dornseifer, 4. März, https://investmentchannel.eu/esg-update-mit-frank-dornseifer/. Ab Minute 6'00.
- Finanzwende Recherche (2021) Mehrheit der Gesellschaft hält Geldanlagen in Atomkraft für nicht nachhaltig, 22. August, https://www.finanzwende-recherche.de/unsere-themen/nachhaltige-finanzmaerkte/mehrheit-haelt-geldanlagen-in-atomkraft-fuer-nicht-nachhaltig/.
- ⁴¹⁶ Michael Weiland (2022) Greenwashing durch EU-Nachhaltigkeitstaxonomie, 2. Februar, https://www.greenpeace.de/klimaschutz/energiewende/atomausstieg/greenwashing-eu-nachhaltigkeitstaxonomie.
- Deutsche Umwelthilfe (2022) Ukraine-Krieg: Umweltorganisationen fordern EU-Kommission auf, aktuellen Taxonomie-Entwurf zurückzuziehen, 10. März, https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/ukraine-krieg-umweltorganisationen-fordern-eu-kommission-auf-aktuellen-taxonomie-entwurf-zurueckzuz/.
- Lena Gürtler und andere (2022) Wissenschaftler im Abseits, *Tagesschau*, 13. Januar. https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/eu-taxonomie-101.html.
- ⁴¹⁹ Oliver Schröm (2021), siehe Endnote 132, S. 27.
- Schätzungen eines Teams um Prof. Dr. Christoph Spengel von der Universität Mannheim, die im Rahmen des CumEx-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages erstellt wurden. Siehe: Deutscher Bundestag (2017), siehe Endnote 192, S. 505-506.
- ⁴²¹ Zitiert nach: Wolfgang Janisch und Klaus Ott (2021) BGH erkennt kriminellen "Griff in die Steuerkasse", Süddeutsche Zeitung, 28. Juli, https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/cum-ex-steuerhinterziehung-bgh-urteil-1.5366147.

- DPA (2019): Zeuge im "Cum-Ex"-Prozess: Staat selbst förderte Steuerdeals, https://www.zeit.de/news/2019-10/29/zeuge-im-cum-ex-prozess-staat-selbst-foerderte-steuerdeals, 29. Oktober.
- Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung (2022): Bundesverband deutscher Banken e.V., https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R001458/11574?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3D%2522Bundesverband%2Bdeutscher%2BBanken%2522%26page%3D1%26pageSize%3D10%26sort%3DNAME_ASC.
- ⁴²⁴ Bundesverband deutscher Banken (2003): Abwicklung von Aktiengeschäften an der Börse in zeitlicher Nähe zum Ausschüttungstermin, https://dserver.bundestag.de/btd/18/CD12700/Anlagen%200001-0100/Anlage%200070.pdf.
 https://dserver.bundestag.de/btd/18/CD12700/Anlagen%200001-0100/Anlage%200070.pdf.
- ⁴²⁵ Oliver Schröm (2021), siehe Endnote 132, Kap. 4 und S. 72-73.
- ⁴²⁶ Massimo Bognanni (2022), siehe Endnote 133, S. 108, 177-79, 189-90.
- ⁴²⁷ Deutscher Bundestag (2017), siehe Endnote 192, S. 160.
- 428 Oliver Schröm (2021), siehe Endnote 132, S. 220.
- ⁴²⁹ Ebd., S. 73, 267.
- WDR (2021) Eine Staatsanwältin kämpft gegen Steuerraub, 6. Juli, https://www.youtube.com/watch?v=7P1yvPjetsM. Ab Minute 18'15.
- ⁴³¹ DPA (2019), siehe Endnote 422.
- Susan Jörges (2020) Wie sich die Bankenlobby ein Gesetz zum großangelegten Steuerraub schrieb, 13. Januar, https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/wie-sich-die-bankenlobby-ein-gesetz-zum-grossangelegten-steuerraub-schrieb.
- ⁴³³ Deutscher Bundestag (2017), siehe Endnote 192, S. 511-512.
- ⁴³⁴ Bundesverband Deutscher Banken (2002), siehe Endnote 424, S. 4.
- Deutscher Bundestag (2006) Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2007 (JStG 2007), 25. September, Drucksache 16/2712, https://dserver.bundestag.de/btd/16/027/1602712.pdf, S. 47.
- ⁴³⁶ Deutscher Bundestag (2017), siehe Endnote 192, S. 197.
- ⁴³⁷ Ebd., S. 527.
- 438 Massimo Bognanni (2022), siehe Endnote 133, S. 93.
- ⁴³⁹ Oliver Schröm (2021), siehe Endnote 132, S. 76.
- ⁴⁴⁰ Deutscher Bundestag (2017), siehe Endnote 192, S. 198.
- Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. und andere (2009): Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahr von Steuermindereinnahmen bei der Erstattung von Kapitalertragssteuer durch Gestaltungen im Zusammenhang von Leerverkäufen um den Dividendenstichtag, https://dserver.bundestag.de/btd/18/CD12700/Anlagen%200101-0200/Anlage%200112.pdf.
- 442 Massimo Bognanni, siehe Endnote 133, S. 151-52.
- ⁴⁴³ Ebd., S. 97.
- ⁴⁴⁴ Ebd., S. 121.
- ⁴⁴⁵ Deutscher Bundestag (2017), siehe Endnote 192, S. 517ff.
- ⁴⁴⁶ Ebd., S. 426.

- Twitter Post von Massimo Bognanni, 18. Mai 2022, https://twitter.com/buon_anni/status/1526831835325599746.
- ⁴⁴⁸ Deutscher Bundestag (2017), siehe Endnote 192, S. 151-153.
- Hamburgische Bürgerschaft Parlamentarischer Untersuchungsausschuss "Cum-Ex Steuergeldaffäre", https://www.hamburgische-buergerschaft.de/fachausschuesse/14545864/pua-cum-ex/.
- ⁴⁵⁰ Tagesschau (2022) Staat darf "Cum-Ex"-Millionen behalten, 29. April, https://www.tagesschau.de/wirtschaft/cum-ex-bundesverfassungsgericht-warburg-101.html.
- Oliver Schröm (2021), siehe Endnote 132, Kap. 17. *Der Spiegel* (2022) Erhielt die Hamburger SPD eine Dankeschön-Spende?, 23. September, https://www.spiegel.de/panorama/cum-ex-skandal-erhielt-die-hamburger-spd-eine-dankeschoen-spende-von-der-warburg-bank-a-10b3eed5-8885-4ea5-80aa-4018b070e7ba.
- ⁴⁵² Massimo Bognanni (2022) Ein Frühstück, das Fragen aufwirft, *Tagesschau*, 13. Mai, https://www.tagesschau.de/investigativ/cum-ex-warburg-bank-olearius-spd-101.html.
- ⁴⁵³ Oliver Schröm (2021), siehe Endnote 132, Kap. 17.
- ⁴⁵⁴ Zeit online (2022) Hamburgs Ex-Finanzsenator wirft Peter Tschentscher Fehlverhalten vor, 11. August, https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-08/cum-ex-skandal-warburg-bank-hamburg-finanzsenator-peter-tschentscher.
- ⁴⁵⁵ Oliver Schröm (2021), siehe Endnote 132, S. 291f.
- ⁴⁵⁶ WDR (2021), siehe Endnote 430. Ab Minute 1'22.
- ⁴⁵⁷ Cerstin Gammelin (2018) Jede Familie zahlt 3000 Euro für Finanzkrise, *Süddeutsche Zeitung*, 12. September, https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/finanzkrise-kosten-deutschland-1.4126273.
- ⁴⁵⁸ Sven Giegold und andere (2019) Finanzwende. Den nächsten Crash verhindern, Berlin: Verlag Klaus Wagenbach, S. 32.
- Ebd., S. 32. Dabei betrachten wir das Eigenkapital im Vergleich zur gesamten Bilanzsumme (Leverage Ratio). Die Leverage Ratio entspricht der Eigenkapitalquote wie sie in der Realwirtschaft verwendet wird und fällt in der Regel niedriger aus als die risikogewichtete Eigenkapitalquote (Equity Ratio), bei der das Eigenkapital nur zu einem kleinen Teil der Vermögenswerte einer Bank ins Verhältnis gesetzt wird. Expert*innen halten die Leverage Ratio für den weitaus besseren Indikator für die Widerstandskraft einer Bank. Siehe: Dorothea Schäfer (2011) Banken: Leverage Ratio ist das bessere Risikomaß, DIW Wochenbericht Nr. 4, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.388890.de/11-46.pdf, S. 11-17.
- Ranjit Lall (2015) Timing as a source of regulatory influence: A technical elite network analysis of global finance, *Regulation & Governance* 9, 125-143, S. 131-132.
- ⁴⁶¹ Zitiert nach Anat Admati und Martin Hellwig (2014), siehe Endnote 63, S. 358.
- ⁴⁶² Zitiert nach: Monitor (2017) Crash mit Ansage: Bundesregierung blockiert Bankenregulierung, https://www.wdr.de/tv/applications/daserste/monitor/pdf/2017/manuskript-bankenregulierung.pdf, S. 2.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010) Reform von Bankenregulierung und Bankenaufsicht nach der Finanzkrise, Gutachten Nr. 03/10, <a href="https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ministerium/Veroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/wissenschaftlicher-beirat-gutachten-bankenregulierung.pdf?__blob=publicationFile&v=3, S. 23.
- ⁴⁶⁴ Anat Admati und Martin Hellwig (2014), siehe Endnote 63.
- Basel Committee on Banking Supervision (2009) Press release: Comprehensive response to the global banking crisis, 7. September, https://www.bis.org/press/p090907.htm.

- ⁴⁶⁶ Al Yoon (2010) Global banks urge prudence in far-reaching reforms, *Reuters*, 23. Juli, https://www.reuters.com/article/financial-regulation-iif-idUSN2352487320090723.
- ⁴⁶⁷ Ranjit Lall (2015), siehe Endnote 460, S. 133.
- ⁴⁶⁸ Ebd. S. 132. Übersetzung: Pia Eberhardt.
- ⁴⁶⁹ Anat Admati und Martin Hellwig, siehe Endnote 63, S. 284-85.
- 470 Ranjit Lall (2015), siehe Endnote 460, S. 133.
- ⁴⁷¹ Basel Committee on Banking Supervision (2010) Comments received on the consultative documents "Strengthening the resilience of the banking sector" and "International framework for liquidity risk measurement, standards and monitoring", https://www.bis.org/publ/bcbs165/cacomments.htm.
- ⁴⁷² Institute for International Finance (2010) IIF Comments on BCBS Consultative Documents Strengthening the Resilience of the Banking Sector and International Framework for Liquidity Risk Measurement, Standards and Monitoring, 16. April, https://www.bis.org/publ/bcbs165/ioif.pdf.
- ⁴⁷³ Harald Freiberger und Alexander Hagelüken (2010) Regulierung oder Arbeitsplätze, *Süddeutsche Zeitung*, 10. Juni, https://www.sueddeutsche.de/geld/deutsche-bank-chef-ackermann-regulierung-oder-arbeitsplaetze-1.957140.
- ⁴⁷⁴ Anat Admati und Martin Hellwig, siehe Endnote 63, S. 27.
- ⁴⁷⁵ Ebd., S. 272.
- ⁴⁷⁶ Ebd., S. 278.
- 477 Martin Wolf (2010) Basel: the mouse that did not roar, *Financial Times*, 14. September, https://www.ft.com/content/966b5e88-c034-11df-b77d-00144feab49a.
- Olaf Storbeck (2010) Das Eigenkapital-Märchen, *Handelsblatt*, 23. September, https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/oekonomie/wissenswert/basel-iii-auflagen-daseigenkapital-maerchen/3545942.html.
- ⁴⁷⁹ Siehe zum Beispiel: Sara Schaefer Muñoz (2011) Capital Idea, Say Regulators, *The Wall Street Journal*, 11 October, https://www.wsj.com/articles/SB10001424052970204450804576623152130810600.
- Christian M. Stiefmüller (2020) Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages zum Antrag der Fraktion der FDP "Basel III-Finalisierung Kreditversorgung Deutschlands erhalten" (BT-Drucksache 19/17745), 1. Juli, https://www.bundestag.de/resource/blob/709620/49055008e859d01a058136eea48b1b96/Protokoll-data.pdf, S. 80. Auch die Sachverständige Dorothea Schäfer vom Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) argumentierte im Ausschuss in diese Richtung, siehe ebd., S. 10.
- ⁴⁸¹ Bankenverband und Bundesverband der Industrie (2016) Positionspapier: Basel IV setzt bewährte Unternehmensfinanzierung unter Druck, Juli, https://bankenverband.de/media/files/Positionspapier_BdB-BDI_Basel_IV_Juli_2016_vXJqGx7.pdf, S. 8.
- ⁴⁸² Ebd., S. 4.
- Deutsche Kreditwirtschaft (2017) Deutsche Kreditwirtschaft: Einigung zu Basel IV darf nicht zu Lasten der Wirtschaft in Europa gehen, 7. Dezember, https://www.bvr.de/Presse/Deutsche_Kreditwirtschaft/Deutsche_Kreditwirtschaft_Einigung_zu_Basel_IV_darf_nicht_zu_Lasten_der_Wirtschaft_in_Europa_gehen.
- 484 Monitor (2017), siehe Endnote 462.
- ⁴⁸⁵ Christian M. Stiefmüller (2020), siehe Endnote 480, S. 81.

- ⁴⁸⁶ Ulrich Schüppler (2021) Hoffnung auf ein milderes Basel III Das Coronavirus verschafft den Banken mehr Zeit, *Immobilienzeitung*, 18. Februar, https://www.iz.de/finanzen/news/-hoffnung-auf-ein-milderes-basel-iii--das-coronavirus-verschafft-den-banken-mehr-zeit-159849?crefresh=1">https://www.iz.de/finanzen/news/-hoffnung-auf-ein-milderes-basel-iii--das-coronavirus-verschafft-den-banken-mehr-zeit-159849?crefresh=1">https://www.iz.de/finanzen/news/-hoffnung-auf-ein-milderes-basel-iii--das-coronavirus-verschafft-den-banken-mehr-zeit-159849?crefresh=1">https://www.iz.de/finanzen/news/-hoffnung-auf-ein-milderes-basel-iii--das-coronavirus-verschafft-den-banken-mehr-zeit-159849?crefresh=1">https://www.iz.de/finanzen/news/-hoffnung-auf-ein-milderes-basel-iii--das-coronavirus-verschafft-den-banken-mehr-zeit-159849?crefresh=1">https://www.iz.de/finanzen/news/-hoffnung-auf-ein-milderes-basel-iii--das-coronavirus-verschafft-den-banken-mehr-zeit-159849?crefresh=1">https://www.iz.de/finanzen/news/-hoffnung-auf-ein-milderes-basel-iii--das-coronavirus-verschafft-den-banken-mehr-zeit-159849?crefresh=1">https://www.iz.de/finanzen/news/-hoffnung-auf-ein-milderes-basel-iii--das-coronavirus-verschafft-den-banken-mehr-zeit-159849?crefresh=1">https://www.iz.de/finanzen/news/-hoffnung-auf-ein-milderes-basel-iii--das-coronavirus-verschafft-den-banken-mehr-zeit-159849?crefresh=1">https://www.iz.de/finanzen/news/-hoffnung-auf-ein-milderes-basel-iii--das-coronavirus-verschafft-den-banken-mehr-zeit-159849?crefresh=1">https://www.iz.de/finanzen/news/-hoffnung-auf-ein-milderes-banken-mehr-zeit-159849?crefresh=1">https://www.iz.de/finanzen/news/-hoffnung-auf-ein-milderes-banken-mehr-zeit-159849?crefresh=1">https://www.iz.de/finanzen/news/-hoffnung-auf-ein-milderes-banken-mehr-zeit-159849?crefresh=1">https://www.iz.de/finanzen/news/-hoffnung-auf-ein-milderes-banken-mehr-zeit-159849?crefresh=1"
- ⁴⁸⁷ Siehe beispielsweise: Corporate Europe Observatory (2012) Addicted to risk, https://corporateeurope.org/en/2012/05/addicted-risk.
- Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (2021) Pressemitteilung: Vorschlag zu Basel III mit Licht und Schatten, 27. Oktober, https://www.bvr.de/Presse/Pressemitteilungen/Vorschlag_zu_Basel_III_mit_Licht_und_Schatten.
- Finance Watch (2022) "Cracks in the pillars Financial stability loses out in the EU's Basel III endgame", https://www.finance-watch.org/wp-content/uploads/2022/03/basel3-banking-package-2021-analysis.pdf, S. 12-15.
- Deutsche Bundesbank (2022) Deutsche Bundesbank veröffentlicht aktualisierte Auswirkungen zum Basel III-Reformpaket, 30. September, https://www.bundesbank.de/de/presse/pressenotizen/deutsche-bundesbank-veroeffentlicht-aktualisierte-auswirkungen-zum-basel-iii-reformpaket-897988.
- ⁴⁹¹ Finanzwende (2021) Bankenregulierung: die #Finanzlobby droht sich erneut durchzusetzen, 10. Juni, https://pages.facebook.com/Finanzwende/photos/a.2140163086246056/2874169539512070/?type=3&source=48.
- ⁴⁹² Interview mit einem EU-Diplomaten, 8. Juni 2022.
- Deutscher Bundestag (2020) Wortprotokoll der 88. Sitzung Finanzausschuss, BT-Drucksache 19/17745, 1. Juli, https://www.bundestag.de/resource/blob/709620/49055008e859d01a058136eea48b1b96/Protokoll-data.pdf, S. 9.
- ⁴⁹⁴ Ebd., S. 11, 64.
- ⁴⁹⁵ Interview mit Finanzlobbyist, 13. Mai 2022.
- Bernd Neubacher (2022) 4,0% statt 19,8%: Wie unsere Banken das Basel-III-Finale gewinnen, Finanz-Szene, 7. November, https://finanz-szene.de/banking/40-statt-198-wie-unsere-banken-das-basel-iii-finale-gewinnen/.
- ⁴⁹⁷ Finance Watch (2022), siehe Endnote 489.
- Julius Reiter (2018) Warum ich die Bürgerbewegung "Finanzwende" unterstütze, 19. Oktober, http://www.digital-fairplay.de/2018/10/19/warum-ich-die-buergerbewegung-finanzwende-unterstuetze/.
- ⁴⁹⁹ Bürger*innenbewegung Finanzwende (2020) Riester: Viel Gebühren, wenig Rente, 3. Dezember, https://www.finanzwende.de/themen/verbraucherschutz/riester-viel-gebuehren-wenig-rente/.
- BaFin (2022) Wenn Lebensversicherungen zu viel kosten, 18. März, https://www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Fachartikel/2022/fa_bj_2203_Effektivkosten_Versicherer.html.
- Julius Reiter (2019) Finanzberatung: Wie sozial sind Provisionen?, 16. Oktober, http://www.digital-fairplay.de/2019/10/17/finanzberatung-wie-sozial-sind-provisionen/.
- Andreas Oehler (2012) Die Verbraucherwirklichkeit: Mehr als 50 Milliarden Euro Schäden j\u00e4hrlich bei Altersvorsorge und Verbraucherfinanzen. Befunde, Handlungsempfehlungen und L\u00f6sungsm\u00f6glichkeiten, Dezember, https://www.uni-bamberg.de/fileadmin/uni/fakultaeten/sowi_lehrstuehle/finanzwirtschaft/Transfer/20122012x_Milliardenschaeden_bei_Altersvorsorge_und_Verbr....pdf.

- ZDF Magazin Royale (2021) Verkaufen, verkaufen, verkaufen wie das System der Deutschen Vermögensberatung AG funktioniert, 12. November, https://www.youtube.com/watch?v=KUdcTGQvhKl. Schon 1995 nannte der Bund der Versicherten die DVAG die "größte deutsche Drückerkolonne, die mit Schrottprodukten die Leute für ihr Leben" schädigte. Siehe: Der Spiegel (1995) Steinreicher Charlatan, 4. Juni, https://www.spiegel.de/wirtschaft/steinreicher-scharlatan-a-29a32ba6-0002-0001-0000-00009186088.
- ⁵⁰⁴ Cash Hitliste Allfinanzbetriebe 2022, https://www.cash-online.de/cash-hitlisten/finanzvertriebe/allfinanzvertriebe-2022/.
- Sven Giegold (2012) Provisionsvertrieb verhindert gute Beratung für Alle, 26. Oktober, https://sven-giegold.de/provisionsvertrieb-verhindert-gute-beratung-fur-alle/.
- Europäische Kommission (2011) Review of the Markets in Financial Instruments Directive (MiFID): Frequently Asked Questions, 20. Oktober, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEMO_11_716.
- BEUC (2012) Proposals for Directive of the European Parliament and of the Council on markets in financial instruments repealing Directive 2004/39/EC of the European Parliament and of the Council and Regulation of the European Parliament and of the Council on markets in financial instruments and amending Regulation [MiFIR] on OTC derivatives, central counterparties and trade repositories, 31. Januar, https://www.beuc.eu/publications/2012-00064-01-e.pdf, S. 13.
- Yiorgos Vassalos (2020) L'Europe de la finance Enquête sur la production de la régulation financière européenne (le cas de MiFID 2, 2009-2017), Doktorarbeit an der Universität Straßburg, 2. Oktober, Kapitel 6.
- ⁵⁰⁹ Lisa Kastner (2018), siehe Endnote 314, S. 99. Übersetzung aus dem Englischen: Pia Eberhardt.
- ⁵¹⁰ Yiorgos Vassalos (2020), siehe Endnote 508, S. 114 und S. 121.
- ⁵¹¹ BVI (2014) BVI 214. Daten. Fakten. Perspektiven, Juni, https://www.bvi.de/uploads/tx_bvibcenter/BVI_2027_2013_Jahrbuch_2014_Magazin_V30_RZ_Web.pdf, S. 5.
- ⁵¹² Interview mit einem EU-Diplomaten, 8. Juni 2022.
- Nina Katzemich (2012) Verbraucherschutz bei Provisionen auf der Kippe, 25. Oktober, https://www.lobbycontrol.de/2012/10/verbraucherschutz-bei-provisionen-auf-der-kippe/.
- ⁵¹⁴ Ebd.
- ⁵¹⁵ Interview mit Finanzlobbyist, 13. Mai 2022.
- DVAG: Geschäftsleitung, Vorstand, Aufsichtsrat und Beirat, https://www.dvag.de/dvag/das-unternehmen/geschaeftsleitung.html.
- ⁵¹⁷ ZDF Magazin Royale, Twitter Post vom 15. November 2021, https://twitter.com/zdfmagazin/status/1460292030417022987.
- Julius Reiter, Twitter Post vom 5. April 2022, https://twitter.com/julius_reiter/status/1511232456262889474.
- ⁵¹⁹ Cash Online (2013) Honorarberatung: Verbraucherzentrale kritisiert Gesetz, 7. Mai, https://www.cash-online.de/finanzberater/2013/honorarberatung-verbraucherzentrale/119536/.
- So heißt es im Evaluationsbericht des Finanzministeriums zum Lebensversicherungsreformgesetzes vom Juni 2018: "Die Abschlusskosten sind nur um rund 5 % zurückgegangen. Durch einen gesetzlichen Provisionsdeckel sollte etwaigen Fehlanreizen entgegengewirkt und eine weitere Senkung der Abschlusskosten unterstützt werden." Siehe: Bundesministerium der Finanzen (2018) Bericht an den Finanzausschuss des Deutschen Bundestages. Evaluierung des Lebensversicherungsreformgesetzes, Juni, S.21.

- Bundesministerium der Finanzen (2021) BMF-Entwurf eines gesetzlichen Provisionsdeckels in der Restschuldversicherung, 12. Februar, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung_VII/19_Legislaturperiode/2019-04-18-Provisionsdeckelung/0-Gesetz.html.
- 522 BDV (2019) Stellungnahme des Bundesverbandes Deutscher Vermögensberater zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Finanzen für ein Gesetz zur Deckelung der Abschlussprovisionen von Lebensversicherungen und von Restschuldversicherungen, 6. Mai, <a href="https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung-VII/19_Legislaturperiode/2019-04-18-Provisionsdeckelung/Stellungnahme-04.pdf?__blob=publicationFile&v=2, S. 1.
- Jonas Tauber (2019) Binding: Der Fokus liegt auf der ersten Säule, *Versicherungsmonitor*, 9. November, https://versicherungsmonitor.de/2020/11/09/binding-der-fokus-liegt-auf-der-ersten-saeule/.
- Michael Fiedler (2021) Provisionsdeckel: Scholz teilt gegen Versicherer-Lobby aus, Versicherungsbote, 16.
 März, https://www.versicherungsbote.de/id/4901351/Provisionsdeckel-Scholz-teilt-gegen-Versicherer-Lobby-aus/.
- Saskia Littmann und andere (2021) Hat die Lobby mal wieder gesiegt?, WirtschaftsWoche, 6. Dezember, https://www.wiwo.de/my/finanzen/geldanlage/provisionsverbot-hat-die-lobby-mal-wieder-gesiegt/27853396.html?ticket=ST-954894-tynL0JqrDWbePXq74glJ-cas01.example.org.
- Oliver Stock (2021) Provisionsverbot für Sparkassen, Banken und Versicherer? Ampel plant Finanz-Hammer, *Focus*, 25. November, https://www.focus.de/finanzen/boerse/schutz-von-kleinanlegern-sparkassen-banken-und-versicherer-stehen-vor-stunde-null-neue-koalition-plant-provisionsverbot_id_24454680.html.
- KPMG (2021) Auf Provisionsberatung verzichten? Besser nicht, November, https://home.kpmg/de/de/home/themen/2021/11/auf-provisionsberatung-verzichten.html.
- Norman Wirth (2022) Provisionsverbot: Trügerische Ruhe, *procontra*, 22. März, https://www.procontra-online.de/artikel/date/2022/03/provisionsverbot-truegerische-ruhe/.
- Friederike Krieger (2022) BaFin: Merkblatt soll Provisionsverbot verhindern, *Versicherungsmonitor*, 2. November, https://versicherungsmonitor.de/2022/11/02/bafin-merkblatt-soll-provisionsverbot-verhindern/.
- Better Finance (2022) Better Finance Applauds and Supports Proposed Ban on Sales Commissions Paid to Retail Distributors of Investment Products, 25. Oktober, https://betterfinance.eu/publication/better-finance-applauds-and-supports-proposed-ban-on-sales-commissions-paid-to-retail-distributors-of-investment-products/.
- Lobbycontrol (2021), siehe Endnote 150, S. 8-9.
- ⁵³² Felix Holtermann (2021), siehe Endnote 280, S. 16-17.
- Veröffentlicht werden sollen Termine der*des Kanzler*in sowie von Minister*innen, Staatssekretär*innen und Abteilungs- und Referatsleitenden mit im Lobbyregister eingetragenen Akteur*innen. Andere Gespräche oder Termine wären davon nicht betroffen, etwa mit politisch aktiven Privatpersonen. Angegeben werden sollen das Datum des Treffens, Ort und Dauer, das Thema, Informationen zu den Teilnehmenden sowie die Form des Termins (zum Beispiel Präsenztermin oder Telefonkonferenz). Siehe: Lobbycontrol (2022) Jetzt Lobbytreffen offenlegen!, 22. September, https://www.lobbycontrol.de/2022/09/aktion-lobbytreffen-offenlegen/; Zivilgesellschaftliches Bündnis für ein Bundestransparenzgesetz (2022) Bundestransparenzgesetz, https://transparenzgesetz.de/gesetzentwurf.pdf, §6, Absatz 22.

- Den legislativen Fußabdruck fordert beispielsweise die von Transparency International Deutschland und dem Verband der Chemischen Industrie (VCI) gegründete Allianz für Lobbytransparenz, bei der auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Die Familienunternehmer, NABU sowie die Verbraucherzentrale Bundesverband Mitglied sind. Siehe: Allianz für Lobbytransparenz (2022) Pressemitteilung: Erste Bilanz zum Lobbyregister: Guter Anfang, aber noch Luft nach oben, 1. März, https://www.transparency.de/aktuelles/detail/article/erste-bilanz-zum-lobbyregister-guter-anfang-aber-noch-luft-nach-oben/.
- Organisationen wie Lobbycontrol kritisieren die bisherigen Regeln für Seitenwechsler*innen als unzureichend. Für Minister*innen und parlamentarische Staatssekretär*innen seien sie mit 18 Monaten zu kurz, um Kontakte und Insiderwissen abkühlen zu lassen und Interessenkonflikte zu verhindern. Angemessener wären demnach eine Karenzzeit von drei Jahren, während denen ein Wechsel in Lobbytätigkeiten gesetzlich verboten sein sollte. Zudem fehle es an Sanktionen im Falle von Regelverletzungen und die Regeln gelten nur für Minister*innen und parlamentarische Staatssekretär*innen, nicht aber für politische Beamte. Siehe: Lobbycontrol (2021), Endnote 150, S. 30-37.
- Siehe zum Beispiel: Lobbycontrol (2021), Endnote 150, S. 30-37; Transparency Deutschland (2020)
 Transparency Deutschland fordert Verbesserungen bei Parteienfinanzierung vor der Bundestagswahl, 28.
 Dezember, https://www.transparency.de/aktuelles/detail/article/transparency-deutschland-fordert-verbesserungen-bei-parteienfinanzierung-vor-der-bundestagswahl/.
- Abgeordnetenwatch: Unternehmensspenden an Parteien verbieten, Privatspenden deckeln!, https://www.abgeordnetenwatch.de/kampagnen/petitionen/unternehmensspenden-an-parteien-verbieten-privatspenden-deckeln; Deutscher Bundestag (2021) Antrag: Unabhängigkeit der Parteien sichern Spenden von Unternehmen verbieten und private Parteispenden begrenzen, Drucksache 20/ 287, 16. Dezember, https://dserver.bundestag.de/btd/20/002/2000287.pdf.
- 538 Siehe zum Beispiel:
 - Forderungen und Handlungsempfehlungen von LobbyControl zum Thema Lobbyismus an Schulen, https://lobbypedia.de/wiki/Lobbyismus_an_Schulen#Forderungen_und_Handlungsempfehlungen_von_LobbyControl; Tim Engartner (2019) Wie DAX-Unternehmen Schule machen, https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/wie-dax-unternehmen-schule-machen/, S. 65-68; Bürgerbewegung Finanzwende (2020) Finanzvertrieb an Hochschulen, https://www.finanzwende.de/kampagnen/finanzvermittler-mlp-runter-vom-campus/finanzvertrieb-an-hochschulen/.
- Siehe zum Beispiel: Ulrich Müller (2021) Die Macht von übermächtigen Konzernen beschneiden, 8. Juni, https://www.lobbycontrol.de/2021/06/die-macht-von-uebermaechtigen-konzernen-beschneiden/; Max Bank (2022) Monopolmacht gemeinsam zurückdrängen, 15. Juni, https://www.lobbycontrol.de/2022/06/monopolmacht-gemeinsam-zurueckdraengen/; Konferenz Rebalancing Power: from monopolies to democratic economies, https://rebalancing-power.org/.
- Siehe zum Beispiel: Michael Peters & Magdalena Senn (2021) Der Finanzsektor ist zu groß. Warum ein aufgeblähter Finanzsektor der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft schadet, Dezember, https://www.finanzwende-recherche.de/wp-content/uploads/2021/12/Report_Der-Finanzsektor-ist-zu-gross.pdf, S. 24-25; Finanzwende Recherche (2021) Regulieren und Entflechten Handlungsbedarf bei BlackRock und Co., 13. April, https://www.finanzwende-recherche.de/unsere-themen/handlungsbedarf-bei-blackrock-und-co/.
- Die EU-Richtlinie und die geplante Umsetzung auf deutscher Ebene gehen hier nach Ansicht von Whistleblowing-Organisation nicht weit genug. Siehe: Whistleblower Netzwerk (2022) Ein neuer Gesetzentwurf zum Whistleblowerschutz liegt vor, 28. Juli, https://www.whistleblower-net.de/online-magazin/2022/07/28/ein-neuer-gesetzentwurf-zum-whistleblowerschutz-liegt-vor/.
- ⁵⁴² Hans-Martin Tillack (2015), siehe Endnote 35, S. 314.

Das zeigt beispielsweise Lisa Kastner's Arbeit zum Lobbyismus rund um die Finanztransaktionssteuer. Während sich die Finanzlobby direkt nach der Krise 2008/09 zurückhielt und die EU-Institutionen auf Distanz zu ihr gingen, nutzte ein breites zivilgesellschaftliches Netzwerk die Gunst der Stunde. Kastner wertet die Tatsache, dass die EU-Kommission die Steuer überhaupt vorschlug, als großen Agenda-Setting-Erfolg der Zivilgesellschaft – selbst wenn der Vorschlag dann infolge der massiven Lobbykampagne der Industrie bis zur Unkenntlichkeit verwässert wurde. Siehe: Lisa Kastner (2015), siehe Endnote 183.

⁵⁴⁴ Anat Admati und Martin Hellwig (2014), siehe Endnote 63, S. 33.